

PROGRAMMBEGLEITUNG  
VOR ORT

im Modellgebiet  
Bremen – Gröpelingen

ENDBERICHT 2002

Juni 2002

Dipl.-Geogr. Thomas Franke  
Dipl.-Ing. Ulrike Meyer

**Programmbegleitung vor Ort**

im Modellgebiet Bremen – Gröpelingen

Endbericht

Juni 2002

Dipl.-Geogr. Thomas Franke

Dipl.-Ing. Ulrike Meyer

Deutsches Institut für Urbanistik 

Straße des 17. Juni 112 · 10623 Berlin

## Inhalt

|           |   |    |
|-----------|---|----|
| <b>1.</b> | <b>Selbstverständnis und methodische Vorgehensweise der<br/>Programmbegleitung vor Ort im Modellgebiet Bremen-Gröpelingen</b> ..... | 5  |
| <b>2.</b> | <b>Ausgangslage: Geschichte, Probleme und Potenziale des Modellgebiets</b> .....  | 8  |
| 2.1       | Historische Entwicklung .....   | 8  |
| 2.2       | Das Modellgebiet heute: Strukturen und Probleme .....   | 9  |
| 2.2.1     | Bevölkerungsstruktur und -entwicklung, Sozialstruktur .....   | 9  |
| 2.2.2     | Beschäftigungssituation .....   | 12 |
| 2.2.3     | Gewerbe- und Branchenstruktur/Lokale Ökonomie .....   | 13 |
| 2.2.4     | Gebietsstruktur/Flächennutzung/Umweltsituation .....  | 13 |
| 2.2.5     | Wohnverhältnisse und Wohnumfeld .....   | 15 |
| 2.2.6     | Soziale und kulturelle Infrastruktur .....  | 15 |
| 2.2.7     | Zusammenleben im Quartier .....   | 17 |
| 2.3       | Entwicklungspotenziale im Modellgebiet .....  | 19 |
| 2.4       | Fazit .....   | 20 |
| <b>3.</b> | <b>Entwicklungsziele und Integriertes Handlungskonzept</b> .....  | 22 |
| 3.1       | Begründung und Verfahren der Gebietsauswahl .....   | 22 |
| 3.2       | Chronologie zum Programm „Soziale Stadt“ im Modellgebiet .....  | 23 |
| 3.3       | Leitbilder, Ziele, Entwicklungskonzepte und -strategien .....   | 24 |
| 3.4       | Handlungsfelder, Projekte und Maßnahmen .....   | 27 |
| 3.5       | Zielkonflikte und Umsetzungsschwierigkeiten .....   | 41 |
| <b>4.</b> | <b>Finanzierung und Mittelbündelung</b> .....   | 42 |
| 4.1       | Öffentliche Mittel .....  | 42 |
| 4.1.1     | Eingesetzte Förderprogramme und kommunale Haushaltsmittel .....   | 42 |
| 4.2       | Nichtöffentliche Mittel .....   | 45 |
| 4.3       | Bündelung von Fördermitteln im Modellgebiet: Umsetzung,<br>Probleme/Konflikte .....   | 45 |

|           |   |    |
|-----------|---|----|
| <b>5.</b> | <b>Organisation und Management</b>  | 47 |
| 5.1       | Organisationsstrukturen   | 47 |
| 5.2       | Verwaltungsebene  | 48 |
| 5.3       | Intermediärer Bereich   | 50 |
| 5.4       | Quartiersebene  | 52 |
| 5.5       | Zusammenarbeit der drei Ebenen Verwaltung, intermediärer Bereich und Quartier                         | 55 |
| 5.6       | Einbindung der Politik  | 55 |
| <b>6.</b> | <b>Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung/Stadtteilakteure</b>                          | 57 |
| 6.1       | Eigeninitiative und Organisationsgrad der Quartiersbevölkerung  | 57 |
| 6.2       | Partizipationsmöglichkeiten und Aktivierungsstrategien  | 57 |
| 6.3       | Erreichbarkeit der Quartiersbevölkerung   | 59 |
| <b>7.</b> | <b>Öffentlichkeitsarbeit</b>  | 60 |
| 7.1       | Wahrnehmung von Gebiet und Integriertem Handlungskonzept in den Medien                                | 60 |
| 7.2       | Modellgebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit   | 60 |
| 7.3       | Außenorientierte Öffentlichkeitsarbeit  | 62 |
| <b>8.</b> | <b>Monitoring und Evaluation</b>  | 63 |
| <b>9.</b> | <b>Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ im Modellgebiet: Einschätzung und Empfehlungen der PvO</b> | 65 |
| 9.1       | Integriertes Handlungskonzept und Entwicklungsziele   | 65 |
| 9.2       | Bündelung der Ressourcen  | 66 |
| 9.3       | Management und Organisation   | 67 |
| 9.4       | Aktivierung und Beteiligung/Öffentlichkeitsarbeit   | 68 |
| 9.5       | Veränderungen im Modellgebiet aufgrund der Maßnahmen „WiN/Soziale Stadt“                              | 69 |
| 9.6       | Tragfähigkeit der aufgebauten Strukturen im Modellgebiet  | 69 |
| 9.7       | Bedeutung des Modellgebiets für die Gesamtstadt   | 69 |
|           | Literatur   | 71 |

## 1. Selbstverständnis und methodische Vorgehensweise der Programmbegleitung vor Ort im Modellgebiet Bremen-Gröpelingen

In vielen deutschen Städten nimmt die soziale und räumliche Polarisierung zu. Daher haben Bund und Länder 1999 die Städtebauförderung um das Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ ergänzt. Ziel ist eine integrierte, zukunftsfähige Entwicklung in benachteiligten Quartieren. Dazu sollen

- Förderungsprogramme ressort- und ämterübergreifend gebündelt werden und einen Sozialraumbezug erhalten,
- Bürgerinnen und Bürger sowie die (lokale) Wirtschaft aktiviert und am integrierten Stadtteilentwicklungsprozess intensiv beteiligt werden sowie
- die dafür notwendigen neuen Organisations- und Managementformen entwickelt und erprobt werden.

Für die erfolgreiche Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ ist die umfangreiche Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner des jeweiligen Quartiers von zentraler Bedeutung.

Das Difu ist vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) und den Ländern mit der Begleitung des Programms „Soziale Stadt“ bis zum Frühjahr 2003 beauftragt. Dazu gehören unter anderem folgende Aufgaben:

- Aufbau eines bundesweiten, allgemein zugänglichen Netzwerks für Information, Diskussion und Erfahrungsaustausch, unter anderem in zentralen und dezentralen Veranstaltungen (z.B. Auftaktveranstaltung im Modellgebiet Bremen-Gröpelingen im Januar 2001), durch fortlaufende Berichterstattung und Öffentlichkeitsarbeit („Arbeitspapiere zum Programm Soziale Stadt“ und „Soziale Stadt Infos“) und ein Internetforum ([www.sozialestadt.de](http://www.sozialestadt.de));
- „Good-practice“-Analysen zu ausgewählten Themenkomplexen;
- Vorbereitung einer Programmevaluierung sowie
- Programmbegleitung vor Ort in den 16 Modellgebieten (eines pro Bundesland) mit den beiden Hauptaufgaben „Aktivierung und Unterstützung“ sowie „Begleitende Dokumentation“ (bis Frühjahr 2002).

Die vom Difu in Bremen durchgeführte „Programmbegleitung vor Ort“ (im Folgenden: PvO) unterstützte insbesondere die Verwaltung, die Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH (im Folgenden: Bremische Gesellschaft), das neu eingerichtete „lokale Management“ sowie viele andere beteiligte Akteure bei der Programmumsetzung „Soziale Stadt“. Dazu gehörten unter anderem:

- Vermittlung von Informationen über das Programm „Soziale Stadt“: Programmphilosophie, Zielsetzungen, Programmelemente, Programmumsetzung;
- Vermittlung von Informationen und Erfahrungen aus anderen Programm- bzw. Modellgebieten im Sinne von „guten Beispielen“ (Verfahren, Projekte und Maßnahmen);
- die Vermittlung von Kontakten zu Akteuren in anderen Gebieten;

- die Unterstützung der Umsetzung programmrelevanter Maßnahmen und Projekte durch kleinere Geldbeträge („technische Hilfen“).

Die PvO verstand sich dabei als eine eigenständige Organisationseinheit außerhalb der Verwaltung und anderer Managementeinheiten zur Programmumsetzung, mit denen sie jedoch eng zusammenarbeitete. Sie beriet zwar Akteure zu Fragen der Programmumsetzung, hatte aber nicht die Aufgabe einer Programmüberwachung „von oben“ oder „von außen“. Auch führte die PvO keine eigenständigen Untersuchungen oder Projekte im Modellgebiet durch. PvO bedeutete also: „zuhören, beobachten, diskutieren, informieren und Erfahrungen weitergeben, teilnehmen.“

Die Programmumsetzung „Soziale Stadt“ in Bremen-Gröpelingen wurde durch die PvO ausführlich dokumentiert – ein Teilergebnis dieser Arbeit ist der vorliegende und mit der Stadt Bremen rückgekoppelte Endbericht. Quellen hierfür waren Veröffentlichungen, Pläne, Untersuchungen, Stadtteilzeitungen, Informationen aus der Teilnahme an Abstimmungsgesprächen, Diskussionsrunden und Veranstaltungen sowie Beobachtungen der PvO, „was sich im Gebiet tut“. Eine weitere wichtige Informationsquelle waren Interviews mit Gesprächspartnerinnen und -partnern aus folgenden Institutionen und Organisationen:

- Amt für Wohnung und Stadterneuerung,
- Stadtplanungsamt,
- Amt für soziale Dienste,
- Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau,
- Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH,
- GEWOBA Aktiengesellschaft Wohnen und Bauen in Bremen,
- „team 2“,
- Interkulturelles Stadtteilmanagement,
- ehemaliges „WiN-Büro Barenburg“,
- Sanierungsbeirat,
- Stadtteilbeirat Gröpelingen,
- Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH (WaBeQ),
- Planungswerkstatt für Wohnen und Kultur e.V.,
- Gröpelinger Stadtteilmarketing e.V.,
- Dachverband der Ausländer-Kulturvereine in Bremen e.V.,
- Kultur vor Ort e.V.,
- Fraueninitiative quirl e.V.,
- Projekt „Ran an die Zukunft – RAZ“ e.V.
- Jugendzentrum Gröpelingen,
- Schule Pestalozzistraße,
- Polizeirevier Gröpelingen,
- Forschungsverbund EVALO – Eröffnung von Anpassungsfähigkeit lebendiger Orte.

Die PvO nahm seit Beginn ihrer Tätigkeiten beratend an folgenden Gremien und Veranstaltungen teil:

- ressortübergreifende Arbeitsgruppe „WiN/Soziale Stadt“,
- „Bewohnerforum“ im „Fokusgebiet“,
- „WiN-Gütesiegelrunde“ des Stadtteilbeirats Gröpelingen,
- Sozialausschuss des Stadtteilbeirats Gröpelingen,
- Bauausschuss des Stadtteilbeirats Gröpelingen.

Am 16. Januar 2001 fand in Bremen-Gröpelingen die gemeinsam vom Difu und der Stadt Bremen organisierte Auftaktveranstaltung zum Programm „Soziale Stadt“ unter dem Motto „Gröpelingen macht sich – weiter so!“ statt. Auf der mit rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern sehr gut besuchten Veranstaltung wurden unter anderem die Grundsätze des Programms „WiN/Soziale Stadt“, Bremer Zielsetzungen, bereits laufende Projekte sowie die bisherigen Erfolge der Stadtteilentwicklung als Ergebnis anderer Programme vorgestellt.

Lag der Schwerpunkt der PvO-Arbeit von April 2000 bis Mai 2001 vor allem im Kennenlernen von Akteuren des Modellgebietes, der Bremer Programmschwerpunkte „WiN/Soziale Stadt“ sowie der Management- und Organisationsformen für die integrierte Stadtteilentwicklung im Modellgebiet, wurde der Fokus anschließend bis Ende der Programmbegleitung vor Ort im Frühjahr 2002 stärker auf den Programmumsetzungsprozess ausgerichtet: Diskussionen insbesondere zwischen Verwaltungsakteuren, Bremischer Gesellschaft und dem Difu über die Definition und Aufgaben von Quartiermanagement, die Notwendigkeit eines Integrierten Handlungskonzeptes, die Bedeutung von Aktivierung und Beteiligung, Fragen der Mittelbündelung sowie zu Möglichkeiten der Einbindung von Politik haben immer wieder gezeigt, dass zu diesen Themen teilweise grundlegend unterschiedliche Auffassungen vertreten wurden. Aus diesem Grund wurden seit Herbst 2001 bis Frühjahr 2002 verschiedene Arbeitssitzungen mit den für das jeweilige Thema relevanten Akteuren durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Gespräche sind ebenfalls in den vorliegenden Endbericht eingeflossen.

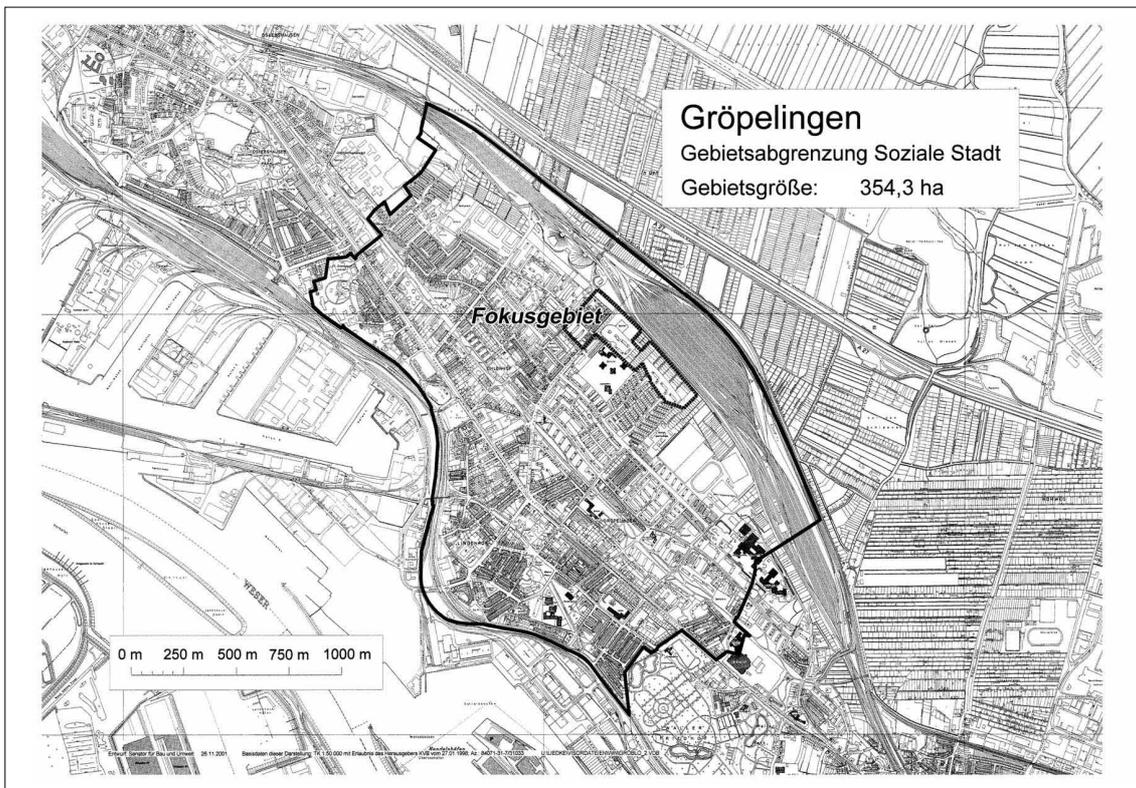
Das PvO-Team bedankt sich bei allen, die seine Arbeit durch Informationen, Gespräche und das Überlassen von Unterlagen unterstützt haben. Besonders intensiv war die Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung WiN/Soziale Stadt, dem lokalen Management „Fokusgebiet“ Gröpelingen sowie der Bremischen Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH. Herzlich danken möchten wir hier namentlich Herrn Volker Schweser, Herrn Siegfried Staud, Herrn Bernd Liedke, Frau Renate Siegel, Herrn Dieter Sevecke, Frau Anne Lüking und Herrn Jörn Ehmke.

Die Fachzuständigkeiten und damit auch die Bezeichnungen der jeweiligen Senatsbereiche haben sich seit Beginn der Umsetzung des Programms „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)“ zum Teil mehrfach geändert. Im Fließtext des vorliegenden Berichts erscheint die jeweils aktuelle Bezeichnung; in Quellenangaben älteren Datums können allerdings hiervon abweichende, nicht mehr aktuelle Bezeichnungen vorkommen.

## 2. Ausgangslage: Geschichte, Probleme und Potenziale des Modellgebiets

Das aus den drei Ortsteilen Lindenhof, Ohlenhof und Gröpelingen bestehende 354,3 ha umfassende Modellgebiet Gröpelingen liegt zentrumsnah im Westen der Hansestadt und erstreckt sich entlang der Weser. Das siedlungsstrukturell sehr heterogene Gebiet wird im Süden durch altindustrielle Werftanlagen, Hafengebiete und die Weser, im Norden von einer Autobahn, einer Bahntrasse sowie Landwirtschafts- und Kleingartenflächen begrenzt (vgl. Abbildung 1).

Abbildung 1: Abgrenzung des Modellgebiets Bremen-Gröpelingen\*



\*Quelle: Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Bau und Umwelt, November 2001.

### 2.1 Historische Entwicklung

Der Stadtteil Gröpelingen entstand im 19. Jahrhundert aus den drei Dörfern Gröpelingen, Oslebshausen und Wischhusen. Er entwickelte sich – basierend auf dem Ausbau von Weserhafen und Eisenbahn – während des 19. Jahrhunderts schnell zu einem industriellen Vorort Bremens und war bis in die Gegenwart ein traditioneller Arbeiterstadtteil. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts begann allerdings ein kontinuierlicher Deindustrialisierungsprozess, dessen Höhepunkt im Jahr 1983 die Schließung der „AG Weser“ als bis dahin größtem Arbeitgeber war; mehr als 2 500 Arbeitsplätze gingen allein dadurch verloren.

Während des Zweiten Weltkriegs wurden rund 75 Prozent des Gebäudebestands, der überwiegend aus dem „Bremer Haus“, Genossenschaftsbauten sowie kommunalem Geschosswohnungsbau bestand, zerstört. Der Wiederaufbau war größtenteils von öffentlich geförderten Geschosswohnungsbau geprägt. Infolge dieser Entwicklungen zeichnet sich das heutige Modellgebiet durch eine heterogene Siedlungsstruktur aus: öffentlich geförderter Geschosswohnungsbau macht rund 65 Prozent des heutigen Bestands aus. Viele der Genossenschaftsbauten sind noch als geschlossene Baublöcke erhalten und prägen damit das Erscheinungsbild des Stadtteiles<sup>1</sup>. Insbesondere im Ortsteil Lindenhof weisen ganze Straßenzüge noch geschlossen den Bautypus des „Bremer Hauses“ auf<sup>2</sup>. Viele dieser als Mietreihenhäuser konzipierten Gebäude sind mittlerweile privatisiert worden. Teile des nach 1948 errichteten Geschosswohnungsbaus in den Ortsteilen Gröpelingen und Ohlenhof stellen sich heute als besonders problematisch dar und bilden daher das Kerngebiet für die Programmumsetzung „Soziale Stadt“ (vgl. Kapitel 3.1).

## 2.2 Das Modellgebiet heute: Strukturen und Probleme

Insgesamt führten der industrielle Niedergang sowie die städtebauliche „Weichenstellung“ der Nachkriegszeit zu teilweise erheblichen Problemen in Gröpelingen, wovon sich der „Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf“ bis heute nur in Teilen erholt hat: soziale, wirtschaftliche, ökologische und städtebauliche Probleme konzentrieren sich auf einige „Probleminseln“, während andere Bereiche Gröpelingens – nicht zuletzt aufgrund umfangreicher Sanierungsmaßnahmen sowie der Umsetzung der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN – vergleichsweise intakt sind.

### 2.2.1 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung, Sozialstruktur

Die Stadt Bremen hatte im Jahr 2001 540 333 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Einwohnerzahl des Modellgebiets betrug 25 445 Einwohnerinnen und Einwohner<sup>3</sup>. Der Anteil von Haushalten mit Migrationshintergrund liegt hier mit 22,6 Prozent weit über dem Bremer Durchschnitt von 12,5 Prozent<sup>4</sup>. Ein Grund hierfür ist die nach 1960 erfolgte Zuwanderung von „Gastarbeiterinnen“ und „Gastarbeiter“ aufgrund des hohen Arbeitskräftebedarfs in der Gröpelinger Großindustrie. Den größten Teil bilden hierbei türkische Migrantinnen und Migranten (57,8 Prozent im Modellgebiet gegenüber 38,8 Prozent in der Stadt Bremen; vgl. Abbildung 2), während andere Ethnien und auch Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler eine nur untergeordnete Rolle spielen.

---

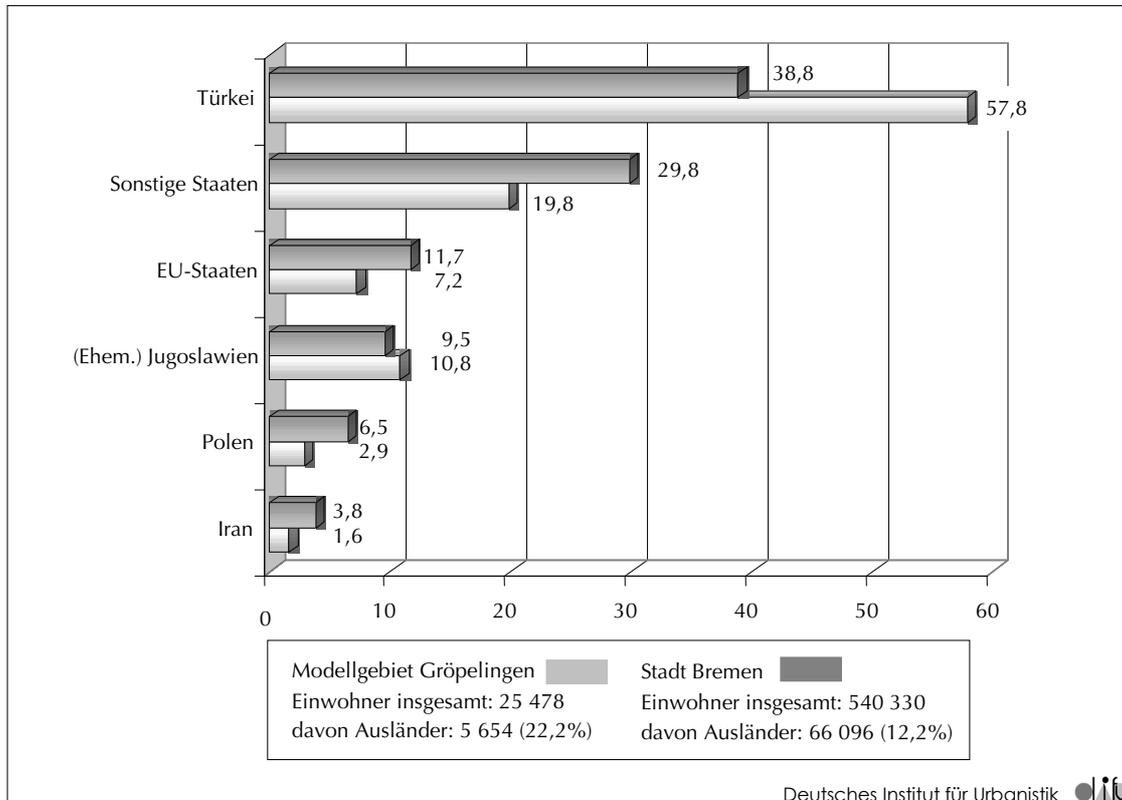
1 Kurt Lammek, *Baudenkmale in der Freien Hansestadt Bremen, Stadtteil Gröpelingen*, Fischerhude 1982.

2 Vgl. hierzu: Wolfgang Voigt, *Das Bremer Haus. Wohnungsreform und Städtebau in Bremen 1880-1940*, Hamburg 1992; Lammek, ebenda.

3 Statistisches Landesamt Bremen, *Empirische Information. Schwerpunkt Stadtteil Gröpelingen*, Bremen 2001.

4 Ebenda.

Abbildung 2: Ausländische Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit\*



\*Quelle: *Statistisches Landesamt Bremen*, Empirische Information, Schwerpunkt Stadtteil Bremen-Gröpelingen Bremen, März 2001. Berechnung des Deutschen Instituts für Urbanistik.

Die Altersstruktur Gröpelingens entspricht im Wesentlichen der des gesamtstädtischen Durchschnitts (vgl. Abbildung 3).

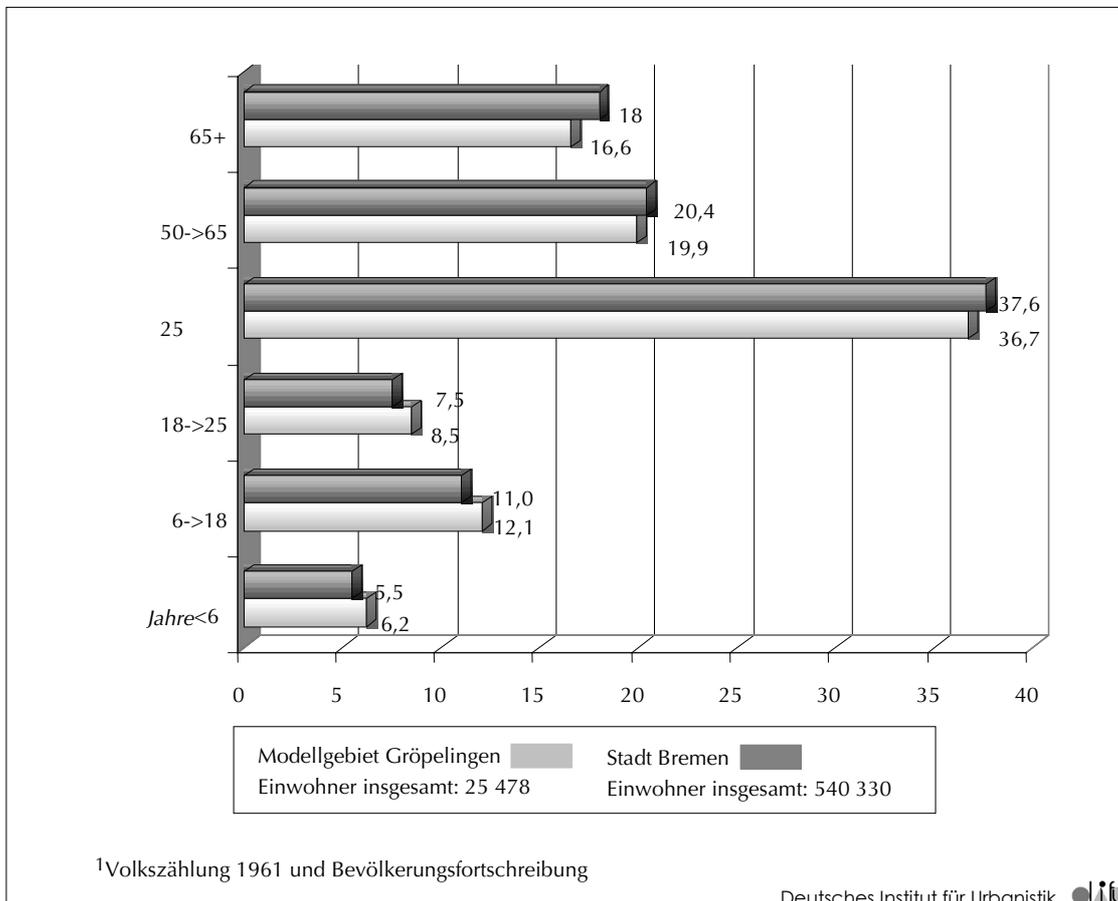
Der Anteil der Einpersonenhaushalte liegt mit 48,2 Prozent knapp über dem Bremischen Durchschnittswert. Insgesamt leben in Gröpelingen 80 Prozent der Bevölkerung in Ein- oder Zweipersonenhaushalten.

Gröpelingen ist geprägt von überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und der höchsten Sozialhilfedichte Bremens: Im März 2000 bezogen rund 18 Prozent der Bevölkerung laufende Leistungen aus der Sozialhilfe. Die drei Ortsteile Gröpelingen, Ohlenhof und Lindenhof gehören zu den zehn am stärksten benachteiligten Ortsteilen Bremens<sup>5</sup>. Vertreterinnen und Vertreter des Amtes für Soziale Dienste wiesen darauf hin, dass einige Haushalte bereits in der zweiten und dritten Generation Sozialhilfe beziehen. In einigen Gebieten kommt es aufgrund eines hohen Anteils kommunaler Belegrechte zu einer räumlichen Konzentration sozial schwacher Haushalte – verbunden mit hoher Fluktuation und Vandalismus; in manchen Wohnquartieren verfügt mehr als die Hälfte der Einwohnerin-

5 Vgl. *Freie Hansestadt Bremen, Amt für Soziale Dienste (West) (Hrsg.)*, Förderung von Selbsthilfekompetenz im Stadtteil Gröpelingen. Ein Konzept des Amtes für Soziale Dienste, Wirtschaftliche Hilfen Gröpelingen, Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße, Bremen, August 2000 .

nen und Einwohner über kein eigenes Einkommen<sup>6</sup>. Dagegen sind andere Quartiere vergleichsweise „intakt“, so dass sich für das Modellgebiet nicht nur das Bild einer heterogenen Siedlungsstruktur, sondern auch das einer ebenso vielfältigen Sozialstruktur ergibt.

Abbildung 3: Bevölkerung nach Altersstruktur<sup>1</sup>, in Prozent\*



\*Quelle: *Statistisches Landesamt Bremen*, Empirische Information, Schwerpunkt Stadtteil Bremen-Gröpelingen. Bremen, März 2001. Berechnung des Deutschen Instituts für Urbanistik.

In einem vergleichsweise kleinen Teilgebiet („Fokusgebiet“, vgl. Kapitel 3.1) konzentrieren sich besonders benachteiligte Haushalte, unter anderem weil sich hier etwa 600 der insgesamt 1 000 Bremer „OPR7-Wohnungen“ befinden, in denen Wohnungslose durch das Amt für Soziale Dienste untergebracht werden<sup>8</sup>. „Bremen stellt mit dieser Art der Unterbringung von obdachlosen Haushalten im Normalwohnraum im Vergleich mit anderen Kommunen eine Ausnahme dar. Meist werden dort stattdessen Obdachlosenunterkünfte betrieben“.<sup>9</sup> Trotz dieses vergleichsweise progressiven Vorgehens sowie umfangreicher

6 Vgl. *Amt für Soziale Dienste, Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH, Recyclingbörse, team2 (Hrsg.)*, Gröpelingen macht sich, Informationsheft zur Auftaktveranstaltung am 16.1.2001, Bremen, 2001.

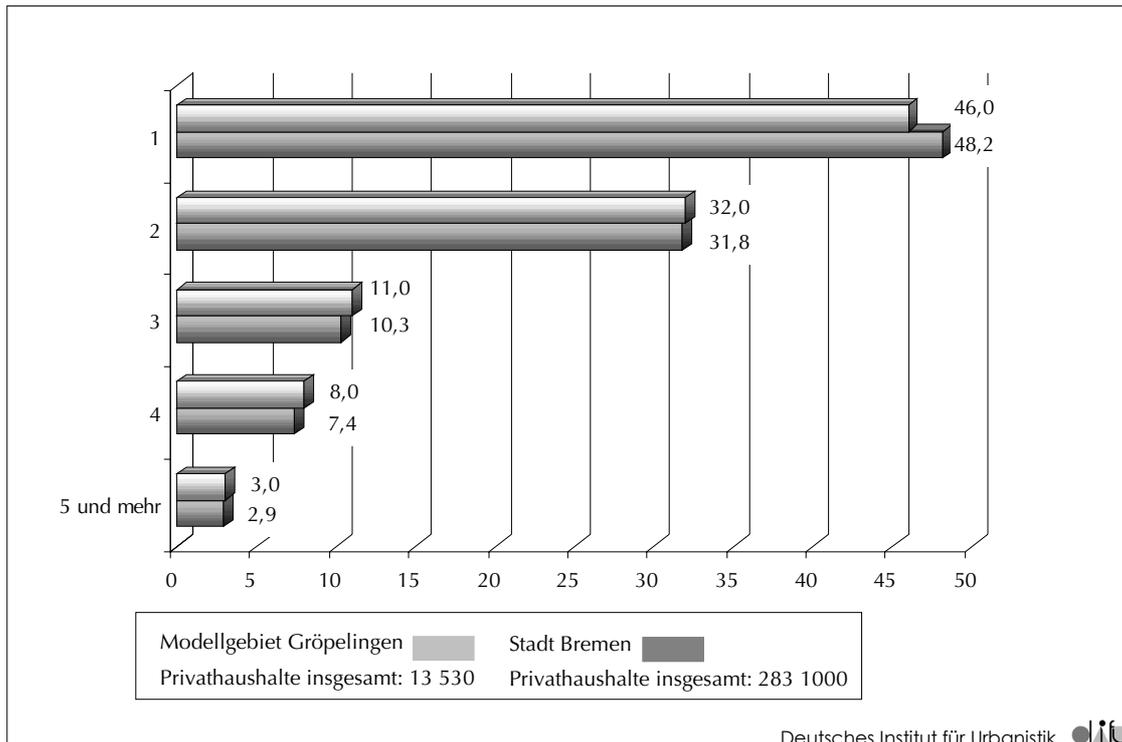
7 OPR = Bremer Obdachlosenpolizeirecht.

8 Vgl. *Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Abt. Erwachsene*, Wohnungspolitik, Unterbringung und Betreuung in Normalwohnraum und Szenarien für die Zukunft: Wegfall vs. Erhalt und Ausbau (mit Kostenberechnungen), Bremen, 3.3.2000.

9 Ebenda, S. 4.

Betreuungsleistungen (Betreuung zur Wohnungssicherung, ambulante Betreuung von alleinstehenden Wohnungslosen, (jungen) Straffälligen, AIDS-Kranken, Drogenabhängigen) bemerkten mehrere Interviewpartner, der Stadtteil könne die Integration dieser besonders benachteiligten Bevölkerungsgruppen nicht mehr leisten. Die OPR-Wohnungen in Gröpelingen wie auch der Großteil des Bestands im „Fokusgebiet“ befinden sich im Eigentum der Wohnungsbaugesellschaft Bremische Gesellschaft<sup>10</sup>.

Abbildung 4: Privathaushalte nach der Haushaltsstruktur\*



\*Quelle: *Statistisches Landesamt Bremen*, Empirische Information, Schwerpunkt Stadtteil Bremen-Gröpelingen. Bremen, März 2001. Berechnung des Deutschen Instituts für Urbanistik.

### 2.2.2 Beschäftigungssituation

Die Arbeitslosenziffer für das Modellgebiet liegt mit 20,2 Prozent drastisch über dem Durchschnitt der Stadt Bremen (13,1 Prozent)<sup>11</sup>, wobei der Ortsteil Ohlenhof mit 23 Prozent die ungünstigste Situation aufweist. Als besonders problematisch wird von allen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern die hohe Jugendarbeitslosigkeit dargestellt, was zum Teil auf den Mangel an Ausbildungsplätzen zurückzuführen sei.

10 Die Bremische Gesellschaft spielt bei der Programmumsetzung im Modellgebiet – nicht nur im Rahmen von „WiN/Soziale Stadt“ – eine besondere Rolle: erstens besitzt sie in Gröpelingen rund 1 900 Wohnungen, von denen knapp zwei Drittel öffentlich gefördert werden und deren Gros in einem besonders problematischen Teilgebiet („Fokusgebiet“, vgl. Kapitel 3.1) liegt. Zweitens war/ist sie im Rahmen der beiden im Modellgebiet umgesetzten Förderprogramme URBAN I und Sofortprogramm „Innenstadt und Nebenzentren“ treuhänderisch verantwortlich. Drittens ist sie im Rahmen der Städtebauförderung Sanierungsträgerin in Gröpelingen.

11 *Statistisches Landesamt Bremen*.

Auch das (wohnungsnahe) Arbeitsplatzangebot im industriellen und gewerblichen Bereich ist vergleichsweise gering, was die Vermittlung insbesondere von Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten besonders erschwert.

Eine Reaktion auf diese Misstände ist die Einrichtung einer Zweigstelle des Landesarbeitsamtes Bremen im Modellgebiet.

### 2.2.3 Gewerbe- und Branchenstruktur/Lokale Ökonomie

Die Gewerbe- und Branchenstruktur des Modellgebiets ist durch kleinteilige Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen geprägt, die vorwiegend entlang der Lindenhofstraße und Gröpelinger Heerstraße angesiedelt sind. Im Jahr 1999 existierten in Gröpelingen 268 Dienstleistungsunternehmen – darunter 89 Gastronomiebetriebe und Hotels – sowie 165 Einzelhandels- und 127 Handwerksunternehmen<sup>12</sup>.

Die Entwicklung des lokalen Einzelhandels- und Dienstleistungsangebots im Modellgebiet ist nach Einschätzungen vieler Interviewpartnerinnen und -partner differenziert zu betrachten: Insgesamt seien mit verschiedenen Maßnahmen im Bereich der Wirtschaftsförderung zwar positive Effekte erreicht worden (vgl. Kapitel 3.4), im Detail müssten allerdings ein zunehmend unausgewogenes Einzelhandelsangebot, fehlender Branchenmix sowie der anhaltende Rückgang eines höherwertigen Angebots („Trading-Down-Effekt“) bei ungebremstem Kaufkraftabfluss beklagt werden. Als stabilisierender Faktor wird von einigen Interviewten dagegen die vergleichsweise ausgeprägte und differenzierte ethnische Ökonomie in Gröpelingen betrachtet.

Einige alteingesessene Kleinunternehmerinnen und -unternehmer gaben während der jüngsten Vergangenheit – meist aus Altersgründen – ihren Betrieb auf, konnten allerdings oftmals keine/n Nachfolger/in finden. Die neuesten Entwicklungen des Stadtteils – vor allem im Bereich lokale Ökonomie – werden zudem durch die Errichtung eines Urban Entertainment Centers mit großflächigen Einzelhandelsangeboten („Space Park“) auf dem Gelände der ehemaligen „AG Weser“ erheblich beeinflusst. Die heute kaum abschätzbaren lokalökonomischen Auswirkungen der Fertigstellung dieser Anlage auf die lokale Ökonomie des Stadtteils führt zu teilweise extremer Unsicherheit, wie eine Gesprächspartnerin betonte, die von einem „Damoklesschwert“ sprach.

### 2.2.4 Gebietsstruktur/Flächennutzung/Umweltsituation

Das Modellgebiet schließt an Hafenflächen an und ist vorwiegend von Wohnnutzung geprägt; lediglich entlang der wichtigsten Hauptstraßen finden sich ausgeprägte Mischnutzungen. Der Anteil der Gewerbe- und Industrieflächen liegt lediglich zwischen 0,6 und unter 5,8 Prozent<sup>13</sup>. Gebäude- und Freiflächen nehmen – je nach Ortsteil – zwischen rund 30 und knapp 70 Prozent<sup>14</sup> der Gesamtfläche ein (vgl. Abbildung 5).

12 Vgl. *Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten (Hrsg.)*, Richtig investieren: Gründerzeit in Gröpelingen, Bremen 1999 (Faltblatt).

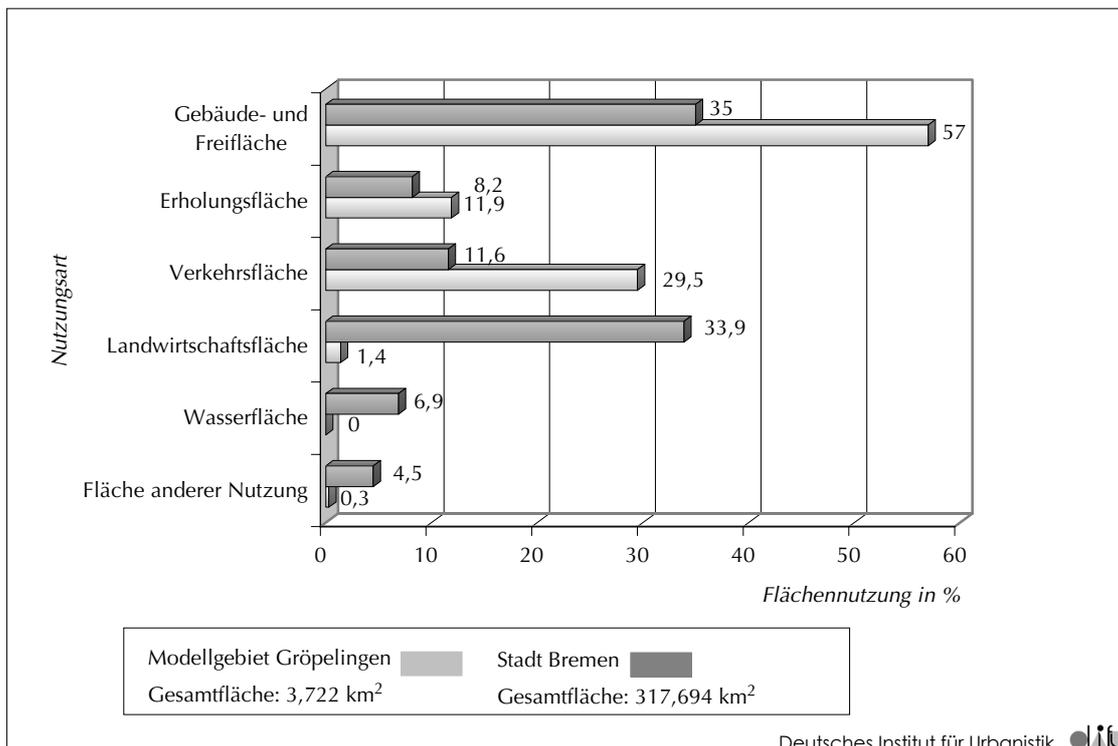
13 *Statistisches Landesamt Bremen*.

14 Ebenda.

Das Grünflächenangebot innerhalb des Modellgebiets ist vergleichsweise gering und zudem nicht in Netzstrukturen eingebunden; es umfasst einen schmalen, parallel zur Hauptverkehrsstrasse verlaufenden Grünzug – allerdings mit nur geringer Aufenthaltsqualität – sowie eine am Rand des Modellgebiets gelegene Grünfläche mit Bezirkssportanlage, Kleingärten und „Streichelzoo“. In Nachbarschaft zum Modellgebiet befinden sich Kleingärten, ein Park sowie eine große Friedhofsanlage. Ein großes Naherholungsgebiet („Blocklandniederung“) schließt sich zwar unmittelbar an die nordöstliche Modellgebietsgrenze an, ist aber aufgrund der Barrierewirkung dort ebenfalls liegender großflächiger Bahnanlagen und einer Autobahntrasse nur sehr schwer erreichbar.

Als besonders problematisch wird von der Bevölkerung die zerschneidende und trennende Wirkung der Hauptverkehrsstrasse (Gröpeling Heerstraße) sowohl in räumlicher als auch sozialer Hinsicht genannt, wie einige Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner ausführten. Ebenfalls bemängelt wurden ein teilweise schlechter baulicher Zustand von Straßen und Wegen sowie eine Verwahrlosungstendenz im öffentlichen Raum. Das „Dauerthema“ mangelhafte Sauberkeit wurde auch auf der Auftaktveranstaltung zum Programm „Soziale Stadt“ im Januar 2001 von einigen Bürgern angesprochen.

Abbildung 5: Gesamtfläche nach Nutzungsart\*



\*Quelle: *Statistisches Landesamt Bremen*, Empirische Information, Schwerpunkt Stadtteil Bremen-Gröpelingen. Bremen, März 2001. Berechnung des Deutschen Instituts für Urbanistik.

### 2.2.5 Wohnverhältnisse und Wohnumfeld

#### *Wohnverhältnisse*

Die Wohnverhältnisse im Modellgebiet sind genau wie die Siedlungs- und Sozialstruktur sehr heterogen. Stark vereinfacht kann zwischen mittelstands- und armutsgeprägten Wohnverhältnissen unterschieden werden, wobei das Sanierungsgebiet Lindenhof und das später näher zu erläuternde „Fokusgebiet“ vielleicht als die beiden Pole dieses Gegensatzes bezeichnet werden können.

#### *Wohnumfeld*

Die Mehrheit der Interviewpartnerinnen und -partner bemängelte die zu geringe Ausstattung des Modellgebiets mit öffentlichen Grün- und Freiflächen. Von Seiten des Stadtplanungsamtes wurde allerdings relativierend darauf hingewiesen, dass der Anteil *privater* Grün- und Freiflächen aufgrund der kleinteiligen Siedlungsstruktur vergleichsweise hoch ist und zudem eine hohe Aufenthaltsqualität besitzt.

Einige Gesprächspartnerinnen und -partner beschrieben den Zustand des öffentlichen Raums in Gröpelingen als allgemein schlecht. Diese Kritik bezieht sich sowohl auf den Ausbauzustand und die kontinuierliche Instandhaltung von Straßen und Plätzen als auch ungenügende Sauberkeit in Straßen, Plätzen und Grünanlagen. Eine im Vierjahresturnus von der Polizei des Landes Bremen durchgeführte Bürgerbefragung<sup>15</sup> bestätigt diese Einschätzungen: Die Ergebnisse aus dem Jahr 2001 zeigten als drängendstes Problem Verwahrlosungstendenzen im öffentlichen Raum auf. Die Kritikpunkte – hier waren sich alle Interviewten einig – treffen dabei in besonderem Maße auf das „Fokusgebiet“ zu.

Die Bürgerbefragung der Polizei ergab allerdings auch, dass die Wohnzufriedenheit im Modellgebiet bei 78 Prozent der knapp 400 Befragten insgesamt sehr hoch lag<sup>16</sup>. Diese positive Einschätzung wurde auch von den Ergebnissen einer Ende des Jahres 2000 durchgeführten Umfrage zur Einschätzung des Wohnumfeldes unter Kindern und Jugendlichen bestätigt<sup>17</sup>.

### 2.2.6 Soziale und kulturelle Infrastruktur

Im Modellgebiet gibt es zahlreiche soziale Einrichtungen verschiedener Träger, Vereine, Organisationen und Initiativen, zu denen unter anderem gehören:

- Amt für Soziale Dienste mit verschiedenen Beratungsangeboten, unter anderem Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern, Beratung von Initiativen,

---

15 *Freie Hansestadt Bremen, Polizei Bremen*, Bürgerbefragung zur inneren Sicherheit, Grundausswertung Gröpelingen, Bremen 2001. (Die Polizei des Landes Bremen führt regelmäßige Bürgerbefragungen zur inneren Sicherheit und Kriminalität durch, in denen auch Fragestellungen zu Wohnzufriedenheit, Veränderung von Wohn- und Lebensqualität, Sicherheitsgefühl und den drängendsten Problemen im Stadtteil berücksichtigt werden. Für jede Befragung werden 3000 Einwohner durch ein Zufallssystem ausgewählt. Der Rücklauf für Gröpelingen betrug 1997 302, für 2001 392 beantwortete Fragebögen.)

16 Ebenda.

17 Einwöchige Befragung im Rahmen des Freiwilligen Ökologischen Jahres im Land Bremen (Seminar Nachhaltige Stadtentwicklung), 2000, unveröffentlicht.

- Ausländisch-Deutscher Gesprächskreis Gröpelingen e.V.,
- AWO-Dienstleistungszentrum-West,
- Bremer Tafel Gröpelingen,
- DAB e.V. (Dachverband der Ausländer-Kulturvereine in Bremen e.V., bestehend aus 35 Mitgliedsorganisationen mit 16 Nationalitäten),
- Drobs West e.V. (Drogenberatung),
- Erziehungsberatungsstelle Gröpelingen/Oslebshausen,
- Frauencafé Quirl (vgl. Kapitel 3.4),
- Fraueninitiative quirl e.V. (vgl. Kapitel 3.4),
- Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße,
- Gesundheitstreffpunkt West e.V.,
- Gröpelinger Marketing e.V. (Zusammenschluss von Einzelhändlern; vgl. Kapitel 3.4 und 7.2),
- Haus der Familie, Lindenhof,
- Interkulturelles Stadtteilmanagement,
- Jugend- und Schulbibliothek Halmerweg,
- Jugendfreizeitheim Gröpelingen,
- Kinder Leben e.V.,
- Kinderhaus Quirly,
- Kirchengemeinden,
- KSV Vatan Sport (türkischer Sportverein),
- Kultur vor Ort e.V. (vgl. Kapitel 3.4),
- Kulturinitiative Gröpelingen e.V. (unter anderem Geschichtswerkstatt),
- Lichthaus Verwaltungsgesellschaft Bremen mbH (Kultureinrichtung),
- Lutherhaus in Gröpelingen, Verein für Innere Mission in Bremen,
- Mieterverein (GEWOBA)
- Moscheevereine,
- Nachbarschaftshaus „Helene Kaisen“ (AWO),
- Pferde- und Erlebnisfarm „Der Ohlenhof“,
- PIER 2 (privates Kulturveranstaltungszenrum),
- „RAZ – Ran an die Zukunft“, Kontaktstelle für Jugendliche (vgl. Kapitel 3.4),
- Schattenriss (Beratungsstelle für Gesamtbremen für missbrauchte Frauen und Mädchen),
- Sozialdienst für Jugendliche in der Gesamtschule West,
- Sozialpädagogischer Spielkreis, Lebenshilfe e.V.,
- Spielplatz Liegnitzplatz, Spielplatzinitiative Bremen West e.V.,
- Spielplatzinitiative Bromberger Straße e.V.,

- Sportverein AGSV,
- Sportverein TURA (Turn- und Rasensportverein Bremen e.V.) Gröpelingen,
- Stadtteilbibliothek West, Bibliotheksbus,
- Stadtteilbüro Gröpelingen, Bremer Hilfe zur Selbsthilfe e.V.,
- Streichelzoo Gröpelingen (vgl. Kapitel 3.4),
- Trägerverbund Lindenhof (verschiedene soziale Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien unter einem Dach),
- Wassersportverein Gröpelingen,
- Zentrum für Migranten und Interkulturelle Studien e.V.

Der Stadtteil verfügt darüber hinaus über eine Vielzahl an Kindertagesstätten, Kindertagesheimen, Spielhäusern; im Modellgebiet finden sich außerdem alle Schulformen.

Nahezu alle Gesprächspartnerinnen und -partner wiesen darauf hin, dass es im Modellgebiet zwar vergleichsweise viele soziale und kulturelle Einrichtungen gibt, diese aber oftmals nicht miteinander vernetzt oder aufeinander abgestimmt sind, weshalb es in Einzelfällen sogar zu Angebotsdoppelungen kommt. Zwei Positivbeispiele für vergleichsweise stark vernetztes Arbeiten sind das „Helene-Kaisen-Haus“ und der „Gesundheitstreffpunkt West e.V.“.

### **2.2.7 Zusammenleben im Quartier**

Das Modellgebiet besteht – wie bereits ausgeführt – aus mehreren Quartieren, die sich sowohl in ihrer baulichen Beschaffenheit als auch in der sozioökonomischen Situation ihrer jeweiligen Bewohnerschaft teilweise stark unterscheiden. Die Einwohnerinnen und Einwohner im Modellgebiet leben in ihrem Alltag sehr stark in kleinräumigen Bezügen und identifizieren sich meist mit ihrem Quartier, so die Aussagen verschiedener Interviewpartnerinnen und -partner.

Auf der Ebene des gesamten Modellgebiets kann insgesamt von einer räumlichen und sozialen Zweiteilung Gröpelingens gesprochen werden, die zudem physisch durch die Hauptverkehrsstrasse Gröpelinger Heerstraße unterstrichen wird: Auf der einen Seite liegen eher mittelschichtorientierte, vergleichsweise „intakte“ Wohngebiete mit kleinteiliger Eigentümerstruktur, die den Großteil des Modellgebiets ausmachen. Nahezu der gesamte Geschosswohnungsbau mit seiner in Kapitel 2.2.1 beschriebenen Konzentration benachteiligter Haushalte befindet sich dagegen „auf der anderen Seite“ im Nordosten der Heerstraße. Stark zugespitzt kann also von einer Polarisierung der Modellgebietsbevölkerung zwischen „bürgerlichen Gröpelingern“ und „Armutbevölkerung“ gesprochen werden. Zwischen beiden Bevölkerungsgruppen besteht kaum direkter Kontakt; allerdings wurden von einigen Interviewpartnerinnen und -partnern „diesseits“ der Heerstraße mitunter starke Vorurteile gegenüber den „Problemhaushalten“ im „Fokusgebiet“ geäußert.

In mehreren Interviews wurde darauf hingewiesen, dass die öffentliche Sicherheit im Modellgebiet noch vor fünf Jahren aufgrund von Drogenhandel/-Kriminalität, an der insbesondere türkische Jugendliche beteiligt waren, von Vielen als vollkommen unzureichend empfunden worden ist. Selbst Polizeieinsätze wurden stets in „Doppelstreife“ durchge-

führt. Zwar habe sich bis heute unter anderem aufgrund der Kooperation von Polizei, ortsansässigen Moscheevereinen, Schulen und dem Amt für Soziale Dienste die Situation insgesamt verbessert – vor allem was die Schwere der Delikte anbetrifft –, doch konzentrierten sich andere „spezielle Gröpelinger Probleme“ wie Ruhestörung, Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Diebstahl bis hin zur Körperverletzung (noch immer) auf die besonders benachteiligten Quartiere im Nordosten der Heerstraße, wie der Revierleiter der Gröpelinger Polizeiwache ausführte. Insgesamt lässt sich auf der Grundlage der von der Polizei des Landes Bremen durchgeführten Bürgerumfrage allerdings ein erheblich gewachsenes Sicherheitsgefühl konstatieren: 1997 gaben rund 43 Prozent der Befragten an, sich „eher sicher“ oder „sehr sicher“ zu fühlen, im Jahr 2001 waren es ca. 59 Prozent<sup>18</sup>.

Das Zusammenleben von deutscher Bevölkerung und solcher mit Migrationshintergrund stellt sich heute – je nach Perspektive der verschiedenen Akteure – als mehr oder weniger unproblematisch dar. Einige Gesprächspartnerinnen und -partner schildern das Zusammenleben vor allem zwischen Deutschen und Türken als konfliktfrei, wobei allerdings nicht von „Integration“ gesprochen werden könne: „Zur Zeit ist diese Heimat eine Art türkische Parallelgesellschaft: Türkische Lebensmittelgeschäfte, Supermärkte, Anwälte, Reisebüros, Sportclubs, Schlachter, Ärzte und ein muslimischer Bestatter bieten eine Welt für sich. Niemand muss in Gröpelingen deutsch sprechen, wenn er nicht will, ein geschlossenes türkischsprachiges Milieu existiert neben dem Deutschen.“<sup>19</sup> Die Bedeutung Gröpelingens für die türkische „Community“ wird nicht zuletzt durch die neu errichtete Fatih-Moschee mit Gebetsraum, Teestube, Koranschule, Jugendtreff, Hausdruckerei und Bibliothek sowie die Mevlana-Moschee – jeweils mit Moscheevereinen – manifestiert. Überwiegend negative Einschätzungen spiegeln allerdings die Ergebnisse der von der Polizei des Landes Bremen durchgeführten Bürgerbefragung: Danach wurden „Ausländer“ im Jahr 1997 als das größte, im Jahr 2001 als das zweitgrößte Problem genannt<sup>20</sup>. Dennoch kommt es in alltäglichen Situationen auch zur – temporären – Überwindung dieser „Grenze“: beim Blumengießen und der Postkastenleerung für den Nachbarn im Urlaub oder bei gemeinsamen Festen entstehen Verständnis und kleine Verbindlichkeiten, wie einige Interviewpartnerinnen und -partner ausführten.

Anders als in einigen vergleichbaren „Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ ist der Anteil von Wählern rechtsextremer Parteien relativ gering; in Gröpelingen wird vielmehr noch immer „traditionell“ SPD gewählt, was den hohen Anteil alteingesessener Arbeiterbevölkerung widerspiegelt. Lediglich die Wahlbeteiligung liegt etwas unterhalb des gesamtstädtischen Durchschnitts.

---

18 *Freie Hansestadt Bremen, Polizei Bremen.*

19 *Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH, Kultur vor Ort e.V. (Hrsg.), 13 x Gröpelingen. Streifzüge durch einen Stadtteil im Aufbruch, Bremen 2000.*

20 *Freie Hansestadt Bremen, Polizei Bremen.*

### 2.3 Entwicklungspotenziale im Modellgebiet

Den zum Teil erheblichen Problemen vor allem im sozialen Bereich steht eine ganze Reihe von Entwicklungspotenzialen im Modellgebiet gegenüber. Diese liegen in erster Linie in der Gebietsstruktur Gröpelingens, der städtebaulichen Situation des Modellgebiets, im Bereich Lokale Ökonomie, und nicht zuletzt im bürgerschaftlichen Engagement der Bevölkerung vor Ort:

#### *Potenzial Gebietsstruktur*

- Das Modellgebiet Gröpelingen weist aufgrund seiner Größe unterschiedliche Strukturen auf. Neben vergleichsweise „intakten“, den Großteil des Gebiets prägenden Quartieren gibt es kleinere „Probleminseln“, die bei entsprechender Förderung in das Gesamtgebiet integriert werden können.
- Die Lage des Modellgebiets in unmittelbarer Nähe zur Weser eröffnet – über bereits laufende Maßnahmen hinaus – Entwicklungspotenziale für eine „Heranführung des Stadtteils ans Wasser“ und damit eine Attraktivitätssteigerung des Wohnstandorts Gröpelingen.
- Die kleinteiligen städtebaulichen Strukturen des Modellgebiets bieten der Quartiersbevölkerung vergleichsweise große Möglichkeiten der individuellen (Raum-)Aneignung- und Identifikation.

#### *Städtebauliche Potenziale*

- Das Modellgebiet liegt innenstadtnah und ist über zwei Straßenbahnlinien, verschiedene Buslinien sowie eine Hauptverkehrsstraße (Gröpelinger Heerstraße) gut erschlossen.
- Ein Gesprächspartner im Stadtplanungsamt führte aus, dass in Gröpelingen im städtebaulichen Bereich derzeit kein Handlungsdruck und damit auch keine grundlegenden Planungserfordernisse bestehen. Die daraus resultierende Planungssicherheit wird als Potenzial für das Modellgebiet gewertet. Darüber hinaus befindet sich für einen Teilbereich des „Fokusgebietes“ (vgl. Kapitel 3.1) ein Bebauungsplan in der Aufstellung.
- Innerhalb des bestehenden Siedlungskörpers eignen sich mehrere kleine Brachflächen zur Bebauung, beispielsweise für die langfristige Bildung von Wohneigentum. Das größte Flächenpotenzial bildet dabei der im Nordosten gelegene, mindergenutzte Güterbahnhof inklusive Gleisanlagen.
- Das umfangreiche Angebot preiswerten Wohnraums in Gröpelingen eignet sich potenziell für die Ansiedlung von Studierenden und/oder jungen Menschen als „Pioniere“ für eine weitere Aufwertung des Stadtteils. Der relativ hohe Wohneigentumsanteil ist ein Potenzial für eine stärkere Identitätsbildung und für Engagement im Gebiet.

- Die unmittelbare Nähe des Stadtteils zu weitläufigen Kleingartenanlagen, Acker- und Wiesenflächen in der im Osten des Modellgebiets anschließenden offenen Landschaft stellt ein erhebliches, bisher nicht erschlossenes Naherholungspotenzial dar.

#### *Potenziale im Bereich Lokale Ökonomie*

- Ein geplantes Einkaufszentrum zur Ergänzung des Stadtteilzentrums stellt Potenziale sowohl im Hinblick auf neue lokale Arbeitsplätze als auch für eine verbesserte Versorgungslage und damit eine Aufwertung des Stadtteils dar.
- Auch der in unmittelbarer Nachbarschaft zum Modellgebiet entstehende „Space Park“ kann als Potenzial für neue Arbeitsplätze, eine Ergänzung der bestehenden Wirtschaftsstrukturen sowie die Steigerung der Attraktivität Gröpelingens und damit für die Verbesserung des Modellgebiets-Images betrachtet werden („Magnetwirkung“ des „Urban Entertainment Centers“).
- Abriss-, Sanierungs-, Modernisierungs- und Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen lassen sich mit Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen koppeln, worin große Potenziale für Vermittlung von (langzeit-)arbeitsloser Gebietsbevölkerung in den Arbeitsmarkt liegen.

#### *Potenziale im Bereich Bürgerschaftliches Engagement/Gemeinwesen/soziale Infrastruktur*

- Im Modellgebiet gibt es viele verschiedene Institutionen, Organisationen und Initiativen, die gemeinsam ein Potenzial für Vernetzung und Kooperation im Stadtteil darstellen.
- Mehrere Gesprächspartnerinnen und -partner beschrieben die Menschen im Stadtteil – trotz unterschiedlicher sozialer Schichten und ethnischer Herkunft – als so offen, dass hier noch immer erfolgreiche „Integrationsarbeit“ geleistet werden könne.
- Die „traditionell“ in Gröpelingen angesiedelte muslimische Gemeinde ist ein Potenzial für die soziale Stabilität des Stadtteils: „Die Leute haben alle früher zusammen in der AG-Weser-Werft gearbeitet, da waren sogar Türken im Betriebsrat“, schilderte ein Gesprächspartner. Der vor wenigen Jahren fertig gestellte Neubau einer großen Moschee am südlichen Rand des Modellgebiets zeigt die Verbundenheit der türkischen Bevölkerung mit ihrem Stadtteil. Die türkische Ökonomie und die türkische Wirtschaftskraft werden als „sicherer Faktor vor Ort“ betrachtet, so die Stadtteilmanagerin.

## **2.4 Fazit**

Für das Modellgebiet liegen verschiedene Untersuchungen, Analysen und Konzepte vor, aus denen unter anderem deutlich wird, dass Bremen-Gröpelingen eine Vielzahl von städtebaulichen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Problemen aufweist, die in ihrer Komplexität typisch für „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ sind. Die folgende Übersicht zeigt die Probleme im sozialen Bereich noch einmal zusammengefasst.

Einige Interviewpartnerinnen und -partner betonten vor allem diese sozialen Probleme im Modellgebiet; bei der Nennung der Potenziale standen dagegen eher städtebauliche Aspekte im Vordergrund. Während die Erschließung städtebaulicher Entwicklungsmöglichkeiten im Rahmen von Projekten und Maßnahmen zur integrierten Stadtteilerneuerung daher vergleichsweise offensichtlich erscheint, stellt sich die Frage, wie die eher „versteckten“ sozialen Potenziale gleichermaßen berücksichtigt werden können. Aus Sicht der PvO ist es daher notwendig, die Potenzialanalyse im sozialen und kulturellen Bereich zu verstärken.

Übersicht 1: Demografische und sozialräumliche Merkmale des Modellgebiets Bremen-Gröpelingen (2000)\*

|   | <b>Gröpelingen</b> | <b>Stadt Bremen</b> |
|---|--------------------|---------------------|
| Größe (ha)                                  | 354,3              | 40 428              |
| Einwohnerzahl                               | 25 445             | 540 333             |
| Bevölkerungsverlust (Bezug: 12/1995 = 100%) | - 1,8 %            | - 1,64 %            |
| Durchschnittliche Haushaltsgröße (12/2000)  | 1,9 EW/WE          | 1,92 EW/WE          |
| Anzahl der Wohnungen (12/2000)              | 13 389             | 281 204             |
| Leerstand                                   | k.A.               | k.A.                |
| Fluktuation (01/1999)                       |                    |                     |
| A: interne Fluktuation                      | A: 6 415           | A: 89 404           |
| B: externe Fluktuation                      | B: 1 802           | B: 47 240           |
| Anteil der Wohngeldempfänger                | k.A.               | k.A.                |
| Arbeitslosenquote                           | 20,2 %             | 13,1 %              |
| Anteil der Sozialhilfeempfänger (1999)      | 15,8 %             | 9,5 %               |
| Anteil ausländische Bevölkerung (12/2000)   | 22,6 %             | 12,5 %              |
| Anteil der 60-Jährigen und älter (12/1999)  | 36,5 %             | 25,1 %              |
| Anteil der bis 18-Jährigen (12/1999)        | 18,3 %             | 16,5 %              |

\*Quelle: *Statistisches Landesamt Bremen*, Empirische Information. Schwerpunkt Stadtteil Gröpelingen, Bremen März 2001; Geschäftsführung „WiN/Soziale Stadt“, 2001.

### 3. Entwicklungsziele und Integriertes Handlungskonzept

#### 3.1 Begründung und Verfahren der Gebietsauswahl

Die Entscheidung über die Modellgebietsauswahl zum Programm „Soziale Stadt“ wurde vom Bremer Senat im Oktober 1999 getroffen. Eine wesentliche Grundlage für die Gebietsauswahl war die Tatsache, dass in Gröpelingen bereits vor dem Programmstart „Soziale Stadt“ eine differenzierte Förderkulisse bestand und damit unter dem Aspekt Bündelung bereits vielfältige Erfolge vorgewiesen werden konnten. Gleiches gilt für die konkrete Gebietsentwicklung: Zwar kumulieren im Modellgebiet verschiedene, für „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“ typische Probleme (vgl. Kapitel 2.2), doch bot eine zum Zeitpunkt der Gebietsauswahl bereits stark entwickelte „Projektlandschaft“ vor Ort eine gute Ausgangsbasis für die Entwicklung weiterer Maßnahmen im Rahmen der Programmumsetzung „Soziale Stadt“.

Da in Bremen das Programm „Soziale Stadt“ dem bereits 1998 entwickelten und seit 1999 laufenden kommunalen Förderprogramm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“ (im Folgenden kurz: WiN) untergeordnet wird (vgl. Kapitel 4), ist das Modellgebiet Gröpelingen zugleich eines von insgesamt 11 WiN-Programmgebieten<sup>21</sup>. Diese wurden auf der Grundlage der Identifikation städtebaulicher, wirtschaftlicher, sozialer und wohnumfeldbezogener Problemlagen ausgewählt: städtebauliche Funktionsmängel, Arbeitslosigkeit, Abhängigkeit von Transferleistungen, Armut, schulische Probleme von Kindern und Jugendlichen, Suchtprobleme, Jugendkriminalität, Vandalismus, Ausgrenzung bestimmter Bevölkerungsteile, Passivität, geringe Bereitschaft zu bürgerschaftlichem/nachbarschaftlichem Engagement.

Die Gebietsabgrenzung des heutigen Modellgebiets mit ursprünglich fünf Ortsteilen wurde gegenüber dem ursprünglichen WiN-Gebiet im Zuge der Anmeldung für das Programm „Soziale Stadt“ aufgrund seiner Größe um zwei Ortsteile (Oslebshausen und In den Wischen) verkleinert.

Innerhalb des Modellgebiets wurde im Dezember 2000 auf Beschluss des Stadtteilbeirats Gröpelingen die Fokussierung der Programmumsetzung auf besonders benachteiligte Bereiche („Fokusgebiet“) beschlossen; dazu gehören die Bereiche Barenburg, Klitzenburg, Wummensieder Straße, Stuhmer Straße, Marienwerder Straße sowie Kulmer Straße. Dabei sollen Projekte allerdings nicht ausschließlich an diesem spezifischen Ort umgesetzt werden; vielmehr soll das „Fokusgebiet“ von allen Maßnahmen im Modellgebiet unmittelbar oder zumindest indirekt profitieren können.

---

<sup>21</sup> Zehn Gebiete in Bremen, ein Gebiet in Bremerhaven.

### 3.2 Chronologie zum Programm „Soziale Stadt“ im Modellgebiet

Übersicht 2: Chronologie zum Programm „Soziale Stadt“ im Modellgebiet\*

|                   |  |
|-------------------|--|
| 20. April 1999    | Zustimmung des Bremer Senats zur Anmeldung der Stadtgemeinde Bremen für das Programm „Soziale Stadt“ sowie zur Bereitstellung der erforderlichen kommunalen Komplementärmittel aus dem Programm „WiN“ <sup>22</sup>  |
| 21. Oktober 1999  | Zustimmung zu den vom Senator für Bau und Umwelt vorgeschlagenen Gebietsabgrenzungen der Programmgebiete „Soziale Stadt“ durch die Deputation für das Bauwesen <sup>23</sup>   |
| Seit Ende 1999    | Regelmäßige Beratung von „WiN/Soziale Stadt“-Projektanträgen in nicht-öffentlichen Sitzungen eines Gremiums des Stadtteilbeirates („WiN-Gütesiegelrunde“)  |
| 13. Dezember 2000 | Beschluss des Stadtteilbeirates Gröpelingen <sup>24</sup> <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ über die Fokussierung des Mitteleinsatzes auf besonders benachteiligte Bereiche des Modellgebiets („Fokusgebiet“),</li> <li>▪ die „WiN-Gütesiegelrunde“ künftig in öffentlichen Sitzungen – seinerzeit in den öffentlichen Teilen der Sitzungen des Sozialausschusses - abzuhalten, sowie</li> <li>▪ im Modellgebiet ein „lokales Management“ einzurichten</li> </ul> |
| 16. Januar 2001   | Auftaktveranstaltung zur Programmumsetzung „Soziale Stadt“ unter dem Motto „Gröpelingen macht sich – weiter so!“   |
| Seit Sommer 2001  | Öffentliche Beratung der WiN- und Soziale Stadt-Anträge im „Sozialausschuss“ des Stadtteilbeirates   |
| Januar 2002       | Einrichtung des „lokalen Managements“ sowie Einrichtung eines „Bewohnerforums“ im „Fokusgebiet“  |
| Seit Januar 2002  | Monatliche Sitzungen des „Bewohnerforums“  |

Deutsches Institut für Urbanistik 

\*Quelle: Zusammenstellung des Deutschen Instituts für Urbanistik.

22 Kenntnisnahmevorlage „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die soziale Stadt“ für die Deputation für das Bauwesen, Bremen 1999, S. 1.

23 *Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Bau und Umwelt*, Deputationsvorlage (15/70) „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die soziale Stadt“, Gebietsabgrenzungen, Bremen, 21.10.1999.

24 Auszug aus dem Protokoll über die öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Gröpelingen am 13.12.2000: „Im Ergebnis konnte – auf der Basis eines einstimmigen Beschlusses des Beirates festgehalten werden, dass die örtliche Schwerpunktsetzung des Programms auf das Umfeld des Quartiers Stuhmer Straße/Klitzenburg festgeschrieben werden soll. Dies schließt nicht aus, dass es im Einzelfall auch Projektförderung außerhalb dieses Einzugsbereichs geben kann“.

### 3.3 Leitbilder, Ziele, Entwicklungskonzepte und -strategien

*Leitlinien für die Umsetzung des kommunalen Förderprogramms „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“*

Mitte der 1980er Jahre wurde vom Land Bremen das Stadterneuerungsprogramm „Nachbesserung von Großsiedlungen“ aufgelegt, das bereits ressortübergreifende Handlungsansätze beinhaltete, allerdings primär investiv ausgerichtet war, was sich als Manko integrierter Stadtteilentwicklung erwies: „Waren die Nachbesserungsmaßnahmen bisher weitgehend auf die Handlungsfelder Bau und Soziales bezogen, zeigt sich, dass die Innere Sicherheit, Arbeits- und insbesondere Jugendarbeitslosigkeit und Qualifizierung weitere wichtige Felder der Arbeit vor Ort sein müssen. Hier ist ein integratives Vorgehen aller Beteiligten erforderlich. Gefragt sind nicht mehr nur Baumaßnahmen, sondern die Gestaltung vom „Wohnen in Nachbarschaften“ – daher der Titel.“<sup>25</sup> Diese Erfahrungen führten 1998 zur Erarbeitung des neuen Handlungskonzeptes „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“ mit dem Ziel einer Quartiers- und Stadtentwicklung in ausgewählten Gebieten der Stadt Bremen. Die bisherige Beschränkung auf Großwohnsiedlungen wurde aufgegeben und unter anderem das Altbauquartier Gröpelingen in das neue, zunächst bis zum Jahr 2004 befristete Programm aufgenommen. Im Ansatz weist dieses neue Handlungskonzept viele Parallelen zum Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ auf (Ressourcenbündelung, Organisation und Management, Aktivierung). Da das Programm „Soziale Stadt“ dem kommunalen Förderprogramm WiN untergeordnet ist, gelten die für WiN erfolgte Ziel- und Leitbildentwicklung sowie das Handlungsprogramm WiN aus dem Jahr 1998 für beide Programme gleichermaßen; die im Handlungsprogramm festgelegten Leitgedanken und Zielsetzungen der Programmumsetzung lauten:

- „die alltäglichen Wohn- und Lebensbedingungen in den Quartieren unter Berücksichtigung der spezifischen Belange, zum Beispiel von jungen Menschen und Frauen, verbessern,
- das Engagement und die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Quartiersentwicklung und ihre aktive Mitarbeit an Vorhaben und Projekten durch Mitwirkungsrechte, zum Beispiel in „lokalen Foren“, fördern und unterstützen,
- die zielorientierte, organisationsübergreifende Zusammenarbeit der lokalen und regional zuständigen Partner durch die Festlegung von Handlungsfeldern und das Prinzip der Ergänzungsfinanzierung einzelnen Vorhaben/Projekte unterstützen,
- einen „Wettbewerb“ der Ideen, Konzepte und die Stärkung der Eigeninitiative fördern,
- einen wirksamen Einsatz von Mitteln durch die Bündelung von personellen und finanziellen Ressourcen von lokalen und/oder regionalen Initiativen, Trägern, Wohnungsbaugesellschaften, Einrichtungen und Diensten zur Realisierung von einzelnen Vorhaben erzielen,

---

25 *Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung – Referat Öffentlichkeitsarbeit*, Pressemitteilung: Wohnen in Bremen geWiNnt. Senat beschließt Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN), Bremen, 14.7.1998, S. 1.

- Investitionen Dritter anregen, zum Beispiel privater Eigentümer, um damit einen Multiplikatoreffekt der eingesetzten öffentlichen Mittel zu ermöglichen.“<sup>26</sup>

In der Festlegung der Fördervoraussetzungen heißt es: „Die Vorhaben/Projekte im Rahmen des Programms WiN müssen in die Entwicklung der Quartiere eingebunden und an den jeweiligen lokalen Bedingungen und Handlungsmöglichkeiten orientiert sein ... Fördervoraussetzung ist darüber hinaus die Erfüllung der Anforderungen:

- Innovativ – Zusätzliche Vorhaben oder ggf. Regelaufgaben in Verbindung mit deutlichen Synergieeffekten,
- Integrativ – Integration von unterschiedlichen Zielsetzungen in einer Maßnahme, Bündelung von Programmen (z.B. Durchführung von Projekten in Verknüpfung mit Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen) oder Verbindung von ressortübergreifenden Ansätzen (z.B. Förderung der Prävention) in einem Projekt zur Verbesserung von Spiel- und Sportmöglichkeiten im Quartier,
- Langfristig – Zusätzliche Vorhaben in Einrichtungen der sozialen und kulturellen Infrastruktur, deren Grundausstattung abgesichert ist und die ihre Programmaktivitäten und Angebote kontinuierlich ausweiten wollen (Ziel der „Nachhaltigkeit“)<sup>27</sup>.

### *Integriertes Handlungskonzept*

Die Durchführung von Maßnahmen und Projekten im Modellgebiet orientiert sich an der Erfüllung der vorab genannten Fördervoraussetzungen. Ein dezidiert inhaltliches Steuerungsinstrument im Sinne eines Integrierten Handlungskonzeptes existiert dagegen für Gröpelingen nicht. Hier sind bereits vor dem Start des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ verschiedene Förderungsprogramme zum Einsatz gekommen (vgl. Kapitel 4). Die damit verfolgten Entwicklungsziele und -strategien für (Teilbereiche von) Gröpelingen können aus Sicht der Bremer Verwaltung sowie der Bremischen Gesellschaft allerdings als Integriertes Handlungskonzept betrachtet werden.

Außerdem hat es in Bremen bereits in den 1970er Jahren für verschiedene Gebiete integrierte Stadtteilkonzepte gegeben, die nach Aussage eines Vertreters des Stadtplanungsamtes allerdings „viel zu formalisiert“ gewesen seien und zudem auf der heute nicht mehr gegebenen Ausgangslage basierten, „Überfluss gerecht verteilen zu müssen“ – eine damals eingesetzte ressortübergreifende Arbeitsgruppe habe ohne zusätzliche Mittelausstattung arbeiten können. Ein weiteres Konzept, das in Ansätzen eher den heutigen Anforderungen eines Integrierten Handlungskonzeptes entspricht („Konzept zur weiteren Entwicklung des Stadtteils Gröpelingen“), wurde im Jahr 1990 erarbeitet, allerdings für die Programmumsetzung „Soziale Stadt“ nicht wieder aufgegriffen, obwohl es den Passus

---

26 Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Bau und Umwelt, Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Handlungsprogramm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“, Senatsvorlage, Bremen 1999.

27 Mitteilung des Senats vom 8.12.1998 „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“, Drucksache 14/708 S der Bremischen Bürgerschaft vom 9.12.1998, S. 14.

„bei wesentlichen Veränderungen im Stadtteil ist ggf. eine Neufassung des vorliegenden Konzeptes zu erstellen“<sup>28</sup> enthält.

Ein Integriertes Handlungsprogramm im Sinne einer strategischen und inhaltlichen Klammer für alle im Modellgebiet eingesetzten Mittel existiert heute somit nicht. Programme jenseits von WiN und „Soziale Stadt“ werden von jeweils eigenen Gremien gesteuert. Ein Vertreter der Bremischen Gesellschaft begründete dies unter anderem damit, dass „man Gröpelingen nicht ‚als Ganzes‘ sehen könne“, weshalb „bestimmte Förderprogramme aus bestimmten Gründen und mit jeweils spezifischen Gebietszuschnitten aufgelegt würden.“ Darüber hinaus seien die anderen Programme finanziell wesentlich besser ausgestattet als das Programm „Soziale Stadt“, welches daher seine Forderung nach einem übergeordneten und andere Programme bündelnden Integrierten Handlungskonzept nicht durchsetzen kann, so ein Vertreter des Amtes für Wohnung und Städtebauförderung. Die Idee, alle – außerhalb der Kommune formulierten – Programmrationitäten einem kommunalen Integrierten Handlungskonzept unterzuordnen, sei zudem nur sehr schwierig umzusetzen. Ein integrierender Effekt im Sinne einer „Klammer“ für alle anderen im Modellgebiet zum Einsatz kommenden Programme würde allerdings indirekt bestehen, da viele der an der WiN-Arbeitsgruppe teilnehmenden Ressortvertreterinnen und -vertreter zugleich für die Umsetzung auch anderer Programme zuständig seien. Durch diese „Personalunion“ würden inhaltliche Bündelungseffekte erzeugt: „Das integrierte Handlungskonzept befindet sich in unseren Köpfen.“ Eine institutionalisierte Schnitt- oder Regiestelle auf Steuerungsebene existiert somit allerdings nicht.

Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung beschrieben den Stadtstaat Bremen darüber hinaus als „Stadt der kurzen Wege“, in der vernetztes Agieren nicht formalisiert werden müsse. In Bremen habe es zudem noch nie starke Hierarchien gegeben, was beispielsweise am Fehlen von Richtlinienkompetenzen erkennbar sei. Hier agierten die Ressorts „kooperativ im reinen Kollegialsystem“. Aus Sicht des Amtes für Wohnung und Städteförderung sei allerdings eine formale Organisation des integrierten Handelns dennoch sinnvoll, wobei der Kreis der Beteiligten vor allem durch Akteure zu ergänzen sei, die außerhalb der Verwaltung stehen.

Bei der Erarbeitung und/oder Fortschreibung verschiedener Handlungskonzepte für das Modellgebiet Gröpelingen wurde die lokale Bevölkerung bis Anfang des Jahres 2002 kaum beteiligt, da bis zu diesem Zeitpunkt in Gröpelingen weder ein „lokales Management“ noch lokale Foren eingerichtet worden waren (vgl. Punkt 5). Partizipation fand lediglich im Rahmen der Arbeit des Sanierungsbeirats, des Wirtschaftsbeirats sowie in thematischen Arbeitskreisen statt, wie eine Vertreterin der Bremischen Gesellschaft ausführte.

---

28 *Freie Hansestadt Bremen, Planungsamt*, Konzept zur weiteren Entwicklung des Stadtteils Gröpelingen, Bremen, Stand: 19.9.1990.

### 3.4 Handlungsfelder, Projekte und Maßnahmen

Im Handlungsprogramm WiN wurden für alle zehn Bremer Programmgebiete sechs Handlungsfelder festgelegt:

1. Wohnungsbestand und Neubau,
2. Städtebau,
3. Wirtschaftliche Effekte und regionale Ökonomie,
4. Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung,
5. Gemeinwesenbezogene Prävention und Integration,
6. Soziale und kulturelle Netzwerke/Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation.

Darüber hinaus enthält das Handlungsprogramm Angaben zu Finanzierungs- und Förderungsmodalitäten, der Organisationsabwicklung und entsprechenden Arbeitsebenen (ressortübergreifende Arbeitsgruppe, Geschäftsführung, „lokales Management“; vgl. Kapitel 5)<sup>29</sup>. Für jedes der zehn Bremer WiN-Programmgebiete wurden außerdem individuelle Handlungsschwerpunkte definiert. Die „Handlungsschwerpunkte für die Weiterentwicklung des Stadtteils Gröpelingen“ lauten:

- „Rückbau von Schlichtwohnungen und Ersatzbebauung,
- Maßnahmen an den Wohngebäuden/Modernisierungsmaßnahmen,
- Veränderungen in der Belegungspolitik und der Belegungspraxis der Wohnungsbau-gesellschaften,
- Privatisierung von Geschosswohnungsbau/Reihenhäusern,
- Verbesserungsmaßnahmen im öffentlichen Freiraum, bei Wegeverbindungen und Grünflächen,
- Beschäftigungsmaßnahmen im Wohnumfeldbereich/AB-Maßnahmen,
- Entwicklung sozialer Infrastruktur – Ausgestaltung der Aktivitäten/Dienstleistungen „Der Ohlenhof“ und des Nachbarschaftstreffs „Stuhmer Straße“,
- soziale Integration von Aussiedlerfamilien, türkischen Familien und benachteiligten deutschen Familien,
- präventive Angebote für Jugendliche.“<sup>30</sup>

Die nachfolgende, von der Geschäftsführung „WiN/Soziale Stadt“ erarbeitete Übersicht zeigt den zum Zeitpunkt der Berichterstattung aktuellen Stand der bewilligten „WiN/Soziale Stadt“-Projekte in Gröpelingen in ihrer Zuordnung nach Handlungsfeldern<sup>31</sup>.

29 Mitteilung des Senats vom 8.12.1998 „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln, Drucksache der Bremischen Bürgerschaft vom 9.12.1998 und *Freie Hansestadt Bremen, Senator für Bau und Umwelt, Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales*, Handlungsprogramm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“, Grundlagen, Organisationsstrukturen und Arbeitsebenen. Erste Einschätzungen und Bewertungen zur Anlaufphase des Programms 99, Bremen, 12.8.1999.

30 Mitteilung des Senats vom 8.12.1998 „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln. Drucksache der Bremischen Bürgerschaft vom 9.12.1998, S. 27.

31 Fast alle Projekte lassen sich mehreren Handlungsfeldern zuordnen; zwecks größerer Übersichtlichkeit erscheinen die Projekte in der tabellarischen Darstellung allerdings nur in dem jeweils dominierenden Handlungsfeld.

Übersicht 3: Abgeschlossene und laufende Projekte im Rahmen der Förderprogramme „WIN/Soziale Stadt“ im Modellgebiet Gröpelingen\*

| Projektträger   | Projektbezeichnung  | Beginn   | Ende       | Gesamtkosten in DM | Zuschuss in DM |           |
|---|---|--|------------|--------------------|----------------|-----------|
| Wohnungsbestand und Neubau<br>(Handlungsfeld 1)             | Amt für Soziale Dienste                                       | 15.7.1999  | 15.7.2000  | 64 649,64          | 22 912,27      |           |
|   |   | 15.7.2000  | 15.7.2001  | 69 996,14          | 30 166,22      |           |
|   | Bremische Gesellschaft  | 15.7.2001  | 14.7.2002  | 81 321,25          | 37 324,30      |           |
|   |   | 1.08.2000  | 31.12.2001 | 61 966,21          | 30 933,16      |           |
|   | Gesamtschule Bremen-West                                      | 1.07.2001  | 30.6.2002  | 29 490,58          | 14 745,29      |           |
|   |   | 1.9.1999   | 31.12.1999 | 7 209,22           | 3 067,75       |           |
|   | Grundschule an der Fischerhuder Straße                        | 1.8.1999   | 31.7.2000  | 35 790,42          | 17 362,32      |           |
|   |   | 15.04.2000   | 31.12.2000 | 54 980,24          | 26 560,59      |           |
|   | Schule am Pastorenweg   | Schulhofumgestaltung Pastorenweg   | 11.10.2000 | 31.10.2001         | 39 492,24      | 14 776,33 |
|   | Schulzentrum an der Pestalozzistraße                          | Mehrzweckraum und Werkstatt für Schüler- und Elternaktivitäten in der Schule | 1.7.1999   | 31.12.1999         | 7 362,62       | 3 374,53  |
| Sportgemeinschaft Oslebshausen                              | Bau eines öffentlichen Streetballplatzes                      | 1.9.1999   | 30.6.2000  | 41 878,69          | 20 939,34      |           |
| Bürgerhaus Oslebshausen e.V.                                | Bau einer Skateranlage  | 24.5.2000  | 31.7.2000  | 28 581,21          | 14 290,60      |           |
| Wallier Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH | Erweiterung des öffentlichen Spielplatzes Marienwerder Straße | 15.9.2001  | 30.6.2002  | 50 315,72          | 18 628,92      |           |
|   |   | 1.1.2002   | 30.6.2002  | 98 747,50          | 23 723,94      |           |
| Städtebau ( Handlungsfeld 2)                                |   |  |            |                    |                |           |

| Projektträger  | Projektbezeichnung  | Beginn    | Ende       | Gesamtkosten in DM | Zuschuss in DM |
|--|---|-----------|------------|--------------------|----------------|
| Förderwerk e.V.  | Nachbarschaften im Internet   | 1.1.2001  | 31.3.2002  | 69.714,33          | 29 114,17      |
| Nachbarschaftshaus Bremen e.V.                             | Junge Gröpelinger für Europa  | 23.8.1999 | 30.6.2000  | 21.985,54          | 10 992,76      |
|  |   | 15.7.2000 | 22.12.2000 | 17.864,56          | 7 342,17       |
|  |   | 2.1.2001  | 21.12.2001 | 30 166,21          | 15 083,10      |
|  | Sprachliche Integration von ausländischen Kindern   | 5.9.1999  | 31.3.2000  | 5 357,32           | 2 658,72       |
|  |   | 3.4.2000  | 18.12.2000 | 8 323,83           | 4 090,33       |
|  |   | 2.1.2001  | 21.12.2001 | 13 151,45          | 6 575,21       |
|  | „Ergänzende schulische Förderung Gröpelinger Kinder und Jugendlicher - Neue Medien für alle“          | 2.1.2002  | 20.12.2001 | 22 480,51          | 10 890,54      |
| Ev. Gemeinde in Gröpelingen                                | RAZ-Beratungsmobil für den Bremer Westen  | 1.9.1999  | 31.8.2000  | 31 464,92          | 5 112,94       |
|  |   | 1.9.2000  | 31.8.2001  | 19 357,51          | 9 049,87       |
|  |   | 1.9.2001  | 31.8.2002  | 17 465,73          | 7 158,09       |
| Verein für Recycling und Umweltschutz Bremen-West e.V.     | Beschäftigungsmaßnahmen in den Projekten Nachbarschaftsbörse, Streichelzoo und Wohnumfeldverbesserung | 1.9.2000  | 28.2.2002  | 88 044,46          | 38 858,18      |
| Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH | Job-Treff-West: Berufsfindung, Qualifizierung und Beschäftigung für Jugendliche im Bremer Westen      | 10.1.2000 | 9.1.2001   | 69 507,59          | 23 095,06      |
|  |   | 10.1.2001 | 9.1.2002   | 63 788,80          | 16 361,37      |
|  |   | 10.1.2002 | 9.1.2003   | 62 766,20          | 15 338,77      |
| Zentrum für Migranten und interkulturelle Studien e.V.     | Migrantinnen und Migranten im Internet  | 1.1.2001  | 31.12.2001 | 27 609,76          | 13 804,87      |

Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung (Handlungsfeld 4)

|  | <b>Projektträger</b>   | <b>Projektbezeichnung</b>  | <b>Beginn</b> | <b>Ende</b> | <b>Gesamtkosten in DM</b> | <b>Zuschuss in DM</b> |
|--|--|--|---------------|-------------|---------------------------|-----------------------|
| <b>Gemeinwesenbezogene Prävention und Integration (Handlungsfeld 5)</b>  | Bremer Verein für Jugendhilfe und Soziale Arbeit e.V.              | XXL – Kinder und Jugendliche werden groß in Gröpelingen                                  | 15.4.2000     | 14.4.2001   | 67 507,91                 | 20 451,68             |
|  | Nachbarschaftshaus Bremen e.V.                                     | „Übers Kochen zur Nachbarschaft - Kochen gesund und sozial / ein soziales Netz“          | 2.5.2000      | 20.12.2000  | 7 455,15                  | 3 706,86              |
|  | Täter-Opfer-Ausgleich im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus Vegesack e.V. | Schichten in Nachbarschaften im Ortsteil Gröpelingen                                     | 1.1.2002      | 31.12.2002  | 57 875,69                 | 28 678,36             |
|  | Zentrum für Migranten und interkulturelle Studien e.V.             | Mütter aktiv in Gröpelingen  | 1.1.2001      | 31.12.2001  | 31 712,89                 | 15 850,05             |
| <b>Soziale und kulturelle Netzwerke/Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation (Handlungsfeld 6)</b> | Grundschule Auf den Heuen  | MAUSIE – Musikalische Ausbildung als unterrichts-ergänzendes sozial-integratives Erleben | 1.9.1999      | 31.8.2000   | 22 538,80                 | 9 037,61              |
|  | Kultur Vor Ort e.V.  | Kunst- und Kulturwerkstatt MOKU (moderne Kunst)  | 1.9.2000      | 31.8.2001   | 26 147,46                 | 9 274,84              |
|  | Kulturwerkstatt westend  | Durchführung eines stadtteilbezogenen Kindertheaterprojektes                             | 1.9.2001      | 31.8.2002   | 25 577,36                 | 9 226,25              |
|  |  |  | 1.1.2002      | 28.2.2003   | 41 134,04                 | 14 807,00             |
|  |  |  | 1.8.1999      | 31.12.1999  | 1 441,84                  | 695,35                |

| Projektträger   | Projektbezeichnung                                     | Beginn   | Ende      | Gesamtkosten in DM  | Zuschuss in DM    |
|---|--|--|-----------|---------------------|-------------------|
| Soziale und kulturelle Netzwerke/Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation (Handlungsfeld 6) | Kulturwerkstatt westend                                | 1.8.1999   | 30.6.2000 | 8 559,02            | 4 264,16          |
|   | Stadtteilshow: DER GUTE ABEND IN GRÖPELINGEN           |  |           |                     |                   |
|   | Das Diako macht sich einen Guten Abend                 | 1.1.2001   | 30.6.2001 | 7 899,47            | 2 556,47          |
|   | Der Gute Abend - Zurück in die Zukunft?                | 1.1.2002   | 30.6.2002 | 8 794,23            | 4 294,86          |
|   | Der Gute Abend geht turnen                             | 1.1.2002   | 30.6.2002 | 8 794,23            | 4 294,86          |
|   | Der Gute Abend in der Moschee                          | 1.1.2002   | 30.6.2002 | 7 899,47            | 2 556,47          |
|   | Kindertheater im westend                               | 1.1.2002   | 30.6.2002 | 5 296,98            | 2 536,00          |
|   | Verein für Recycling und Umweltschutz Bremen-West e.V. | Musikspektakel im Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße und im Quartier | 1.7.2001  | 30.6.2002           | 72 056,37         |
| <b>Summe:</b>   |  |  |           | <b>1 732 419,81</b> | <b>686 102,48</b> |

\*Quelle: Zusammenstellung des Deutschen Instituts für Urbanistik nach Angaben der Geschäftsführung „WIN/Soziale Stadt“.

Im Folgenden werden beispielhaft einige dieser Projekte und Maßnahmen skizziert, von denen viele durch kreative Kooperations- und Finanzierungsformen geprägt sind.

### *Handlungsfeld 1 – Wohnungsbestand und Neubau*

- Projekt: Wohnumfeldverbesserung<sup>32</sup> in den Ortsteilen Gröpelingen und Ohlenhof – Verbesserung der Wohnsituation und Ausbau von Dienstleistungen; Teilprojekt Hausmeisterassistenten/-assistentinnen
- Träger: Amt für Soziale Dienste

In einigen Wohnblöcken im „Fokusgebiet“ werden „Hausmeisterassistenten“ beschäftigt, zu deren Aufgaben unter anderem die Kontaktpflege zur Hausgemeinschaft, die Durchführung kleinerer Reparatur- und Ausbesserungsarbeiten sowie die Aktivierung der Hausbewohnerinnen und -bewohner zur Mitwirkung an gemeinschaftlichen Aktivitäten zur Verbesserung des Wohnumfeldes gehören. Damit sind sie Multiplikatoren vor Ort; ihre Kommunikations- und Vermittlungsarbeit („kurzer Draht“ zu Bewohnerinnen und Bewohnern) ermöglicht es, dass Maßnahmen bedarfsgerecht und oftmals vergleichsweise schnell umgesetzt werden können. Ihre Koordinations- und Unterstützungstätigkeiten – beispielsweise bei Eigenleistung der Hausbewohnerinnen und -bewohner – tragen darüber hinaus zur Förderung der Selbsthilfekompetenz in der Bewohnerschaft bei.

Insgesamt hat sich gezeigt, dass die von einem Angestellten der Bremischen Gesellschaft in enger Kooperation mit dem Amt für Soziale Dienste aus der Bewohnerschaft ausgewählten und betreuten „Hausmeisterassistenten“ zu einer Reduktion des Instandhaltungsaufwands der Wohnhäuser und Außenanlagen beitragen, was sich unter anderem in der Stabilisierung der Mietpreise niederschlägt.

Die Finanzierung der „Hausmeisterassistenten“ erfolgt aus „WiN/Soziale Stadt“ sowie durch die Bremische Gesellschaft. Dabei werden für jeden „Assistenten“ monatlich fünf Stunden pro Hauseingang mit einer Vergütung von 5,- Euro Stundenlohn angesetzt.

- Projekt: Verbesserung des Wohnumfeldes in der Kulmer-/Marienwerder Straße
- Träger: Bremische Gesellschaft

Um die lokale Bewohnerschaft im „Fokusgebiet“ bei der Planung und Durchführung von Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung so weit wie möglich zu beteiligen, wurde vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales im März 2000 eine aus zwei Mitarbeiterinnen bestehende Planungsgruppe vor Ort eingesetzt („team 2“). Zu ihren Aufgaben gehörten sowohl die Identifikation notwendiger Maßnahmen (Problemerkundung, Bestimmung von Planungszielen und Lösungskorridoren, Abstimmung und Verortung von Maßnahmen) als auch die Organisation von Bürgerbeteiligung (Organisation von Ortsterminen, Arbeitsgruppen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern, schriftlichen und mündlichen Befragungen, Erstellung von Quartiersbriefen und Hauswurfsendungen, kontinuierliche Präsenz vor Ort und Durchführung von Einzelgesprächen).

---

<sup>32</sup> Wohnumfeldverbesserung im „Fokusgebiet“ bedeutet eine Vielzahl kleinteiliger Maßnahmen mit dem Schwerpunkt der Beteiligung und Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern.

Verschiedene Maßnahmen und Aktionen – von der Gestaltung der Außenanlagen bis zur gemeinschaftlichen Renovierung der Treppenhäuser und Eingangsbereiche - sind in enger Kooperation mit der Bremischen Gesellschaft und dem Amt für Soziale Dienste durchgeführt worden. Nach Aussage der Projektmitarbeiterinnen ist durch das Projekt nicht nur das Wohnumfeld verbessert worden, sondern auch das Selbstwertgefühl vieler Bewohnerinnen und Bewohner gestiegen: „Die durchgeführten Maßnahmen waren ein bedeutsamer Schritt in die ‚Normalität‘.“ Das Projekt ist Ende 2001 abgeschlossen worden.

### *Handlungsfeld 2 – Städtebau*

Umfangreiche Maßnahmen und Projekte, die dem Handlungsfeld Städtebau zuzuordnen sind, wurden und werden überwiegend im Rahmen der seit 1990 in Gröpelingen laufenden Sanierungsmaßnahmen sowie der mittlerweile beendeten EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN I durchgeführt. Dazu gehörten und gehören unter anderem:

- Geschäfts- und Wohnungsneubauten (z.B. „Torhäuser“ mit Betonung des Übergangs zum Modellgebiet),
- Neubau einer Stadtteilbibliothek („Gröpelinger Stadtteilbibliothek“),
- Umnutzung eines ehemaligen Werftgebäudes zu einer kulturellen Einrichtung („Lichthaus“),
- Gebäudesanierungen (z.B. Aus- und Umbau des „Gemeinschaftshauses Stuhmer Straße“),
- Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur, Straßenumgestaltungen,
- Begrünungsmaßnahmen.

Diese Maßnahmen haben zu einer teilweise erheblichen Aufwertung vor allem des Ortsteils Lindenhof geführt und das Image Gröpelingsens wesentlich verbessert. Im bereits zu Beginn der 1990er Jahre als „Brennpunkt“ identifizierten „Fokusgebiet“ der Programmumsetzung „Soziale Stadt“ sind dagegen bisher kaum städtebauliche Maßnahmen durchgeführt worden. Heute wird diesem Ungleichgewicht mit zunächst kleinteiligen Projekten – Schulhof- und Spielplatzumgestaltungen, Bau eines Streetballplatzes und einer Skateranlage – begegnet:

- Projekt: Erweiterung des öffentlichen Spielplatzes Marienwerder Straße
- Träger: Bremer Hilfe zur Selbsthilfe e.V.

Im Rahmen der Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung in den Ortsteilen Gröpelingen und Ohlenhof (vgl. Handlungsfeld 1) wurde der Spielplatz Marienwerder Straße im „Fokusgebiet“ unter anderem um einen Ballspielplatz ergänzt, mit zusätzlichen Spielgeräten ausgestattet sowie mit Sitzmöglichkeiten versehen. Darüber hinaus wurden Angst- und Gefahrenzonen des Spielplatzes beseitigt. Die Umbaumaßnahme wurde von der Bremer Hilfe zur Selbsthilfe e.V. mit ehemaligen Drogenabhängigen und/oder Langzeitarbeitslosen durchgeführt, die auch die Pflege des Spielplatzes übernimmt. Die Finanzie-

rung des Projektes erfolgte aus Mitteln des Trägers, WiN-Mitteln und Leistungen nach AFG.

- Projekt: Sanierungs- und Umbau von Räumlichkeiten für die EQUAL-Maßnahme „Berufsvorbereitung für Migrantinnen“
- Träger: Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH

Mitte des Jahres 2002 wird das über die Europäische Gemeinschaftsinitiative EQUAL finanzierte Vorhaben „Berufsvorbereitung für Migrantinnen“ im Jugendfreizeitheim Gröpelingen beginnen. Dabei sollen für insgesamt 54 Migrantinnen bis zum Jahr 2005 berufsvorbereitende Maßnahmen in den Bereichen Hauswirtschaft, Pflege und Kindererziehung durchgeführt werden. Zur Vorbereitung dieser Maßnahme wird das Jugendfreizeitheim Gröpelingen auf der Basis personeller Eigenleistungen der beiden Kooperationspartner sowie WiN-Mitteln baulich erweitert und in Teilen umgestaltet.

Im Rahmen der Sanierung und der Umsetzung des „Sofortprogramms Innenstadt und Nebenzentren“ wurden im nördlichen Bereich des Ortsteils Lindenhof entlang der Gröpelinger Heerstraße neue Flächen für Einzelhandel und Dienstleistungen zu einem „Wirtschaftspol“ entwickelt. Im südlichen Bereich Lindenhofs entstanden kulturelle Einrichtungen und ein neues Wohngebiet<sup>33</sup>.

Schließlich nimmt die Infrastrukturmaßnahme „Space Park“ im Südwesten des Modellgebiets erheblichen Raum ein. Dieses Urban Entertainment Center, das im Oktober 2002 auf der Fläche der ehemaligen AG-Weser-Werft eröffnet werden soll, wird Freizeit-, Vergnügungs-, Unterhaltungs- und Einzelhandelsangebote auf rund 25 ha beinhalten: Shopping Center mit rund 120 Einzelhandelsgeschäften auf insgesamt 44 000 Quadratmeter Nettoverkaufsfläche<sup>34</sup>, Indoor-Themenpark, mehrere Kinos, Fitness- und Wellness-Park, Hotel sowie rund 40 gastronomische Betriebe<sup>35</sup>. Nach Aussage des Investors sollen hier ca. 3 000 Arbeitsplätze entstehen, davon rund 2 000 Vollzeitstellen.

### *Handlungsfeld 3 – Wirtschaftliche Effekte und regionale Ökonomie*

Das Handlungsfeld 3 wurde überwiegend durch Projekte und Maßnahmen abgedeckt, die im Rahmen der Umsetzung der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN I in den Jahren 1994 bis 2001 durchgeführt worden sind.

Darüber hinaus erfolgte bereits im Rahmen der Sanierung unter Verwendung von URBAN-Mitteln der Einsatz einer Stadtteilmanagerin mit dem Arbeitsschwerpunkt Wirtschaftsförderung, die anschließend aus Mitteln des „Sofortprogramms Innenstadt und Nebenzentren“ finanziert worden ist. Ihre Hauptaufgabe ist die Entwicklung und Durchführung von Projekten zur Stärkung der Attraktivität des Gröpelinger Einzelhandels und zur

33 Vgl. *Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH mit Unterstützung von Kultur vor Ort e.V. (Hrsg.)*, Kultur und wirtschaftliche Entwicklung in benachteiligten Stadtteilen. Culture and economical development in deprived areas. Tagungsbericht der europäischen Konferenz, 14./15.6.2001, Lichthaus Bremen, Deutschland, Bremen 2002.

34 „Immer noch kein „Ankermieter“. Für das Shopping Center im „Space Park“ wird es langsam eng/Wir sind nervös“, in: *Weser-Kurier*, 6.12.2001.

35 „Momentaufnahme: Der Space-Park und seine Entwicklung aus Sicht des Betreibers. Die Zukunft beginnt in wenigen Monaten“, in: *DER AUFBAU*, H. 2 (2001), S. 31, 32.

Verbesserung des Stadtteilimages. Zu den konkreten Projekten, die in diesem Zusammenhang realisiert worden sind, zählen neben einer Vielzahl von Maßnahmen aus dem Bereich der Öffentlichkeitsarbeit die Gründung des Vereins Gröpeling Marketing e.V., in dem unterschiedlichste Akteure organisiert sind (Einzelhändler, Gewerbetreibende, Vereine, Schulen, Diakonie); die wichtigsten Handlungsschwerpunkte dieses Vereins sind die Stärkung der lokalen Wirtschaftsstruktur, Standortentwicklung, Kooperation mit lokalen Akteuren, Durchführung von Imagekampagnen, Verbesserung der Identifikationsmöglichkeiten mit dem Stadtteil sowie Öffentlichkeitsarbeit.

Aus dem „Sofortprogramm Innenstadt und Nebenzentren“ wurde die Errichtung eines Einkaufszentrums mit rund 7 000 qm Verkaufsfläche an der Gröpeling Heerstraße finanziert. Damit wird unter anderem die Konsolidierung des Gröpeling Zentrumsbereichs vor dem Hintergrund der Eröffnung des „Space Parks“ im Herbst 2002 angestrebt.

#### *Handlungsfeld 4 – Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung*

- Projekt: Job-Treff-West: Berufsfindung, Qualifizierung und Beschäftigung für Jugendliche im Bremer Westen
- Träger: Waller Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft mbH (WaBeQ) in Kooperation mit dem Jugendfreizeitheim Gröpelingen

Der Job-Treff West bietet im Jugendfreizeitheim Gröpelingen ausbildungs- und beschäftigungsorientierte Beratungs-, Förderungs- und Vermittlungsleistungen für Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 17 bis 27 Jahren an. Zu den Einzelaufgaben der Einrichtung gehören unter anderem: Information, Unterstützung und Begleitung Jugendlicher bei der Berufswahl, Hinführung Jugendlicher zu Qualifikation und Beschäftigung, Hilfestellungen bei Bewerbungen, Vorstellungsgesprächen und Einstellungstests – gekoppelt mit freizeitpädagogischen Angeboten sowie sozialpädagogischen Maßnahmen zur Kompensation schulischer und sozialer Defizite.

Die Finanzierung dieses Projektes erfolgt durch Mittel der Bundesanstalt für Arbeit (AFG/SGB III) sowie WiN- und private Mittel.

- Projekt: „RAZ (Ran an die Zukunft)“ – Beratungsmobil für den Bremer Westen
- Träger: Evangelische Gemeinde in Gröpelingen

Seit 1992 dient die Beratungsstelle „RAZ (Ran an die Zukunft)“ in der Evangelischen Kirchengemeinde Walle der Unterstützung von Schülerinnen und Schülern bei Fragen zum Bildungserwerb und zur Berufsfindung. Zu den konkreten Projektmaßnahmen zählen die Betreuung und Begleitung der Zielgruppe bis zum Schulabschluss beispielsweise durch Hausaufgabenhilfen oder die Vermittlung von Praktikumsstellen, die Unterstützung von Schulabgängerinnen und -abgängern bei der Berufsfindung z.B. im Rahmen von Berufsorientierungsseminaren sowie – allgemein – die individuelle Beratung und Langzeitunterstützung einzelner Jugendlicher.

Als Reaktion auf rückgehende Frequentierung dieser festen Anlaufstelle wurde das Beratungsangebot Ende des Jahres 1999 durch ein „Beratungsmobil“ für aufsuchende Arbeit erweitert. Dieses mobile Beratungsbüro fährt – besetzt mit einer pädagogischen Fach-

kraft – regelmäßig Orte an, an denen sich vorwiegend Jugendliche aufhalten. Die umfangreiche technische Ausstattung des Mobils (Internetzugang, Telefon- und Faxgeräte, Computer) ermöglicht es den Jugendlichen, Kontakt zu potenziellen Praktikums- und Ausbildungsbetrieben aufzunehmen, „ad hoc“ Bewerbungen zu schreiben und sich über weiterführende Bildungsangebote zu informieren. Das Beratungsmobil wird aus Eigenmitteln des Projektträgers, Sach- und Geldspenden (insbesondere des Fahrzeugherstellers) sowie WiN-Mitteln finanziert.

- Projekt: Sprachliche Integration von ausländischen Kindern
- Träger: Nachbarschaftshaus „Helene Kaisen“ e.V.

Das Nachbarschaftshaus „Helene Kaisen“ e.V. bietet in Kooperation mit den Grundschulen im Stadtteil gezielte Sprachförderung für ausländische Kinder an. Dabei wird versucht, den Spracherwerb möglichst alltagsorientiert – beispielsweise im Rahmen kleiner Ausflüge – auszurichten. Zu weiteren Einzelmaßnahmen zählen Hausaufgabenhilfe, Nachhilfe sowie Nachmittagsbetreuung. Die Finanzierung erfolgt durch WiN-Mittel, Personalkosten des Nachbarschaftshauses „Helene Kaisen“ e.V. als Eigenleistung sowie – wenn auch vergleichsweise geringe – Teilnehmerbeiträge.

- Projekt: Beschäftigungsmaßnahmen in den Projekten Nachbarschaftsbörse, Streichelzoo, Wohnumfeldverbesserung
- Träger: Amt für Soziale Dienste, Verein für Recycling und Umweltschutz Bremen-West e.V.

Die Nachbarschaftsbörse ist eine Vermittlungsagentur für Beschäftigungsmöglichkeiten im Stadtteil Gröpelingen. Dieser von der Sozialverwaltung eingerichtete Service richtet sich an Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, die für eine Vermittlung in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt nicht oder noch nicht geeignet sind, bzw. an solche, die eine beschäftigungsorientierte persönliche Unterstützung beispielsweise bei der Tagesstrukturierung benötigen. Konkret werden hier Fähigkeiten und Bedürfnisse der Zielgruppe sowie gemeinnützige Beschäftigungsmöglichkeiten – beispielsweise Unterstützung von Eigenleistungen in Privathaushalten – identifiziert und koordiniert. Die einzelnen Beschäftigungsmaßnahmen werden durch die Nachbarschaftsbörse intensiv betreut. Dieser niedrigschwellige Arbeitsansatz ermöglicht es den Hilfeempfängerinnen und -empfängern, „weiche“ Schlüsselqualifikationen wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit etc. zu erwerben und zu festigen, was die Chance eines Wiedereinstiegs in den regulären Arbeitsmarkt erhöhen kann. Das Projekt basiert auf § 1 BSHG – Hilfe zur Selbsthilfe, §§ 18 ff BSHG – Hilfe zur Arbeit und § 5 Asylb-LG – Arbeitsgelegenheiten.

Der am östlichen Rand des „Fokusgebiets“ liegende „Streichelzoo“ hat gleichzeitig mehrere Effekte: Erstens basiert dieses Projekt auf privater Initiative der lokalen Bewohnerschaft; nahezu alle Interviewpartnerinnen und -partner bezeichneten es als einziges Projekt in Gröpelingen, das „wirklich von unten“ entstanden sei. Zweitens ist es eine beschäftigungsfördernde Maßnahme: derzeit arbeiten hier stundenweise 13 durch die Nachbarschaftsbörse betreute Personen; darüber hinaus waren Jugendliche im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms beim Aufbau der Anlage maßgeblich beteiligt. Drittens können hier Kinder den Umgang mit Tieren und somit Verantwortungsbewusstsein ler-

nen, und schließlich ist der Streichelzoo als zusätzlich geschaffene Spielmöglichkeit im Wohnumfeld eine wichtige Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche im Quartier. Die Finanzierung des Projekts erfolgt durch Mittel der Bundesanstalt für Arbeit (nach AFG/SGB III), WiN-Mittel sowie Sponsoring und Spenden.

- Projekt: Freiwilliges Soziales Trainingsjahr (FSTJ) in Gröpelingen
- Träger: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Das im Rahmen des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E&C)“ stattfindende FSTJ ist in Gröpelingen in das Projekt zsb (Zentrum für Schule und Beruf) eingebunden, an dem die Senatoren für Gesundheit, Jugend und Soziales sowie für Bildung und Wissenschaft, das Amt für Soziale Dienste, das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Bremen e.V., und die Allgemeine Berufsschule Bremen beteiligt sind. Das zsb bietet vorberufliche, „maßgeschneiderte“ Qualifizierungsmöglichkeiten an – unter anderem Erwerb von Schlüsselqualifikationen und von konkreten Arbeitserfahrungen. Dies geschieht im Rahmen des freiwilligen Engagements Jugendlicher der Mitgestaltung und Entwicklung des Stadtteils. Darüber hinaus werden Jugendliche in schwierigen sozialen Lebenslagen persönlich unterstützt. Das FSTJ gewährt ein monatliches Taschengeld von 250,- Euro sowie volle soziale Absicherung.“<sup>36</sup> Die Projektanlaufstelle liegt im Ortsteil Ohlenhof in der Nähe des Nachbarschaftshauses „Helene Kaisen“.

- Projekt: Balance-Lokal
- Träger: Beschäftigungsträger Fraueninitiative quirl e.V.

Das „Balance-Lokal“ im Sanierungsgebiet Lindenhof ist zugleich Beschäftigungsträger (ABM, Maßnahmen nach BSHG), Qualifizierungs- und Ausbildungsstätte für Frauen, ein Mittagsrestaurant sowie Essenslieferant für Kindertagesstätten. Die hier beschäftigten Frauen – meist Langzeitarbeitslose und/oder Sozialhilfeempfängerinnen, von denen mindestens ein Drittel einen Migrationshintergrund haben – bieten in ihrem Lokal Vollwert-Gerichte an, wobei Gäste mit geringem oder ohne Einkommen einen deutlich niedrigeren Preis zahlen als solche mit vergleichsweise stabilem Einkommen, die darüber hinaus sogar einen Aufpreis entrichten. Damit wird nicht nur eine „Balance“ in der Preispolitik, sondern auch zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen unter den Restaurantgästen hergestellt. Dadurch ist das Lokal ein „Ort des Miteinanders, der gegenseitigen Unterstützung und des Austauschs“, so die Geschäftsführerin der Fraueninitiative quirl e.V. Nach anfänglichen Problemen mit anderen ortsansässigen Gastronomen – in den niedrigen, öffentlich geförderten Angebotspreisen wurde zunächst vor allem Konkurrenz gesehen - ist das Lokal mit seinem besonderen Konzept heute allgemein anerkannt.

Projektbeteiligte sind der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, die Werkstatt Bremen (Beschäftigungsträger), der Deutsche Hausfrauenbund und die Kindertagesstätten im Umfeld. Die Finanzierung des Projektes erfolgt - über die direkten Einnahmen aus dem Essensverkauf hinaus – durch EU-Fördermittel (ESF), Mittel der Bundesanstalt für Arbeit (AFG/SGB III), Mittel aus Gemeindeprogrammen, Landesmittel sowie sonstige private Mittel.

---

<sup>36</sup> *FSTJ-Gröpelingen, Zentrum für Schule und Beruf (Hrsg.)*, Zwischen Schule und Arbeitswelt. Freiwilliges Soziales Trainingsjahr Bremen-Gröpelingen, Bremen 2000 (Faltblatt).

### *Handlungsfeld 5 – Gemeinwesenbezogene Prävention und Integration*

- Projekt: XXL – Kinder und Jugendliche werden groß in Gröpelingen
- Träger: Bremer Verein für Jugendhilfe und Soziale Arbeit e.V.

Der Bremer Verein für Jugendhilfe und Soziale Arbeit e.V. bietet in Kooperation mit Eltern, Schulen, der Polizei und dem Amt für Soziale Dienste (Jugend- und Erziehungshilfe im Stadtteil) Beratungs- und Unterstützungsleistungen sowie sozialpädagogische Begleitung für verhaltensauffällige, regel- und normverletzende Kinder und Jugendliche an. Ziele des Projektes sind die „Stärkung der positiven Kräfte und Fähigkeiten (Empowerment) bei Kindern und Jugendlichen, Hilfen bei der Verbesserung und Veränderung (ihrer) Lebenssituation, soziale Integration (der Kinder und Jugendlichen) in die Gemeinwesen zusammenhänge, Kinder- und Jugendförderung, Stärkung der Selbstwert- und Selbsthilfepotenziale, Integration der Kinder und Jugendlichen in zeitgemäße Kommunikationsformen (Internetcafe/D@s Vollnet[t]C@fe im Kinder- und Jugendhaus West)<sup>37</sup>. Das Projekt wird durch WiN-Mittel, Eigenleistungen des Vereins (Personal- und Sachkostenkosten) sowie Mittel nach AFG/SGB finanziert.

- Projekt: Schlichten in Nachbarschaften im Ortsteil Gröpelingen
- Träger: Täter-Opfer-Ausgleich Bremen im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus e.V.

Das Projekt „Schlichten in Nachbarschaften“ ist im Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße („Fokusgebiet“) angesiedelt und versteht sich als niedrigschwellige Anlaufstelle für alle Bewohnerinnen und Bewohner, die sich als Opfer oder Verursacher eines Konfliktes fühlen, sowie für Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Institutionen, die in konfliktträchtigen Umfeldern angesiedelt sind. „Insbesondere sollen mit dem Schlichtungsangebot aus sozialpräventiven Erwägungen heraus vordringlich junge und/oder benachteiligte und/oder gefährdete Menschen erreicht werden, weil von deren Umgang mit konflikthafte Situationen häufig eine große Gefährdung anderer und ihrer selbst ausgeht.“<sup>38</sup> Das Projekt, an dem eine Vielzahl von Kooperationspartnern sowie in hohem Maße ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mitwirkt, wird durch WiN-Mittel, Eigenmittel des Trägers und Mittel der Deutschen Bewährungshilfe finanziert.

### *Handlungsfeld 6 – Soziale und kulturelle Netzwerke/Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation*

- Projekt: Interkulturelles Stadtteilmanagement
- Träger: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Das seit Anfang des Jahres 2000 von der AWO im Nachbarschaftshaus „Helene Kaisen“ betriebene „Interkulturelles Stadtteilmanagement“ ist Bestandteil des Programms „Interkulturelles Netzwerk der Jugendsozialarbeit im Sozialraum“, das wiederum im Rahmen des Programms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten

37 Bremer Verein für Jugendhilfe & Soziale Arbeit e.V., Antrag auf Fördermittel einer Ergänzungsfinanzierung aus Globalmitteln „Wohnen in Nachbarschaften“, April 1999, S. 2.

38 Täter-Opfer-Ausgleich Bremen im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus e.V., Antrag auf Fördermittel einer Ergänzungsfinanzierung aus dem Programm „Wohnen in Nachbarschaften“, Oktober 2001.

(E&C)“ stattfindet. Ziel des Projektes ist es, Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine gleichberechtigte Teilnahme am sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben im Stadtteil zu ermöglichen. Das interkulturelle Stadtteilmanagement zeigt in diesem Zusammenhang Angebotslücken in der sozialen, kulturellen und Bildungsinfrastruktur des Stadtteils auf, entwickelt gemeinsam mit lokal arbeitenden Trägern entsprechende ergänzende und neue Angebote und unterstützt deren Umsetzung. Von besonderer Bedeutung ist der Austausch mit und die Vernetzung von (Verwaltungs-)Fachleuten für eine verbesserte Integrationsarbeit unter Berücksichtigung aller kommunalen Handlungsfelder. Konkret lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung eine erste Bestandsaufnahme der mehr als 80 sozialen und kulturellen Angebote für Kinder und Jugendliche vor, die durch die Ergebnisse einer Befragung zur Alltagswelt der Zielgruppe ergänzt wurde<sup>39</sup>.

- Projekt: „MAUSIE – Musikalische Ausbildung als unterrichtsergänzendes sozial-integratives Erleben“
- Träger: Grundschule Auf den Heuen

MAUSIE wendet sich an Schülerinnen und Schüler verschiedener Nationalitäten und Kulturkreise in der Grundschule Auf den Heuen. Um Sprachproblemen/-barrieren zu begegnen und gleichzeitig den Kindern und ihren Familien eine Basis für gemeinsames Handeln und Erleben anzubieten – dies ist zwar zunehmend Aufgabe von Schule geworden, im Rahmen des Regelunterrichts allerdings kaum zu leisten – entstand Mitte des Jahres 1999 die Idee, ein unterrichtsergänzendes Musikprojekt an der Schule zu initiieren. In Kooperation mit der Musikschule Bremen, die den Schülerinnen und Schülern das Erlernen verschiedener Musikinstrumente sowie Tanz-, Chor- und Rhythmusgruppen anbietet, werden gemeinsame (Erziehungs-)Ziele verfolgt:

- „Musikalität als Teil des Menschseins begreifen und zum gemeinsamen Handeln nutzen,
- Ausbildung an einem Musikinstrument,
- Unterrichtsergänzende Angebote zur Veränderung von Schumatmosphäre und Freizeitverhalten,
- Schaffung von Erlebnisräumen bei gemeinsamem Musizieren und Feiern,
- Integration der Kinder einer multikulturellen Schulgemeinschaft,
- Erleben von Gemeinschaft in konfliktfreiem Raum.“<sup>40</sup>

Ein weiteres wichtiges Ziel dieses Projektes ist es, über die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen auch den Kontakt zu deren Eltern herzustellen. Ein entsprechender Projektschwerpunkt ist daher die Elternarbeit; Elternabende, Vorspiele für die Eltern sowie öffentliche Auftritte – so auch bei der Auftaktveranstaltung zum Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ – sollen die Bedeutung des Projektes unterstützen. MAUSIE finanziert sich

---

39 AWO Bremen, *Interkulturelles Stadtteil-Management (Hrsg.)*, Jugendliche in Gröpelingen. Angebote und Erwartungen. Bestandsaufnahme des Interkulturellen Stadtteil-Managements 2000 – ein Projekt der AWO Bremen, Bremen, März 2001

40 *Grundschule Auf den Heuen*, Antrag auf Fördermittel einer Ergänzungsfinanzierung aus Globalmitteln „Wohnen in Nachbarschaften“ vom Juni 1999.

durch WiN-Mittel, Spenden des Eigenbetriebs Kompostierung Nord (KNO), Mittel des Stadtteilbeirats und private Spenden.

- Projekt: Veranstaltungsreihe „Der Gute Abend ...“
- Träger: Kulturwerkstatt westend

Seit Ende 1999 wird an verschiedenen Orten im Modellgebiet eine Veranstaltungsreihe zu unterschiedlichen aktuellen Themen durchgeführt: „Der Gute Abend ... ist als stadtteilbezogene Veranstaltung konzipiert worden, um Sachverhalte, Entwicklungen, Problemlagen, die das Leben im Stadtteil Gröpelingen betreffen, in einem besonderen Rahmen den Bewohnerinnen und Bewohnern nahe bringen zu können. Er leistet auf dieser Ebene einen Beitrag zur BürgerInnenbeteiligung, bietet ein Forum zum Austausch von Standpunkten und bereichert darüber hinaus das kulturelle Leben im Stadtteil.“<sup>41</sup> Die Veranstaltungsreihe wird aus WiN-Mitteln, Eigenmitteln des Trägers sowie aus Spenden (Veranstaltungseinnahmen) finanziert.

Der in Kooperation mit dem DAB e.V. (Dachverband der Ausländer-Kulturvereine in Bremen e.V.), türkischen Kulturvereinen, dem Ernst-Waldau-Theater, dem Gröpelinger Marketing e.V. sowie dem Kultur vor Ort e.V. Anfang des Jahres 2002 durchgeführte „Gute Abend in der Moschee“ griff beispielsweise anlässlich der Ereignisse vom 11. September die Diskussion um das Zusammenleben von Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Religionszugehörigkeit auf. Im Rahmen einer anderen Veranstaltung („Das ‚Diako‘ macht sich einen Guten Abend“) wurden soziale und gesundheitliche Probleme in Gröpelingen diskutiert.

- Projekt: Umnutzung der alten Feuerwache 6
- Träger: „Feuer und Flamme“ e.V.

Aus dem Sofortprogramm „Innenstadt und Nebenzentren“ sowie Sanierungsmitteln wurde die Umnutzung der an der Gröpelinger Heerstraße liegenden alten Feuerwache 6 für kulturelle und künstlerische Projekte gefördert; außerdem befindet sich hier die Bremer Heimstiftung. Damit soll die in Gröpelingen existierende Künstlerszene einen zusätzlichen Aktionsraum erhalten. Diese Initiative, in der sich Gröpelinger Geschäftsleute, Künstlerinnen und Künstler sowie andere lokale Akteure zusammengeschlossen haben, ist eine der wenigen „von unten“ gewachsenen Projekte, wie einige Interviewpartnerinnen und -partner ausführten.

---

41 Kulturwerkstatt westend, Antrag auf Fördermittel aus dem Programm „Wohnen in Nachbarschaften“, Oktober 2000.

### 3.5 Zielkonflikte und Umsetzungsschwierigkeiten

Zielkonflikte zwischen den verschiedenen, im Modellgebiet zum Einsatz kommenden Förderprogrammen liegen nach Einschätzung der PvO nicht vor. Allerdings fehlt – umgekehrt – eine „Klammer“, die eine gebietsbezogene, strategische und integrierte Bündelung der verschiedenen Ansätze gewährleisten kann (Integriertes Handlungskonzept). Innerhalb der Programme „WiN/Soziale Stadt“ lassen sich darüber hinaus keine Zielprioritäten oder Schwerpunktsetzungen innerhalb der verschiedenen Handlungsfelder erkennen, so dass die Bewilligung von Projektanträgen für den Außenstehenden in einigen Fällen vergleichsweise „beliebig“ wirkt.

Umsetzungsschwierigkeiten auf der Maßnahmen- und Projektebene sind der PvO nicht bekannt. Allerdings ist in mehreren Interviews mit Akteuren vor Ort deutlich geworden, dass sich viele Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter für die Beantragung von Fördermitteln mehr Informationen, Beratung und Unterstützung seitens der Verwaltung wünschen.

## 4. Finanzierung und Mittelbündelung

### 4.1 Öffentliche Mittel

#### 4.1.1 Eingesetzte Förderprogramme und kommunale Haushaltsmittel

##### *Förderprogramme*

Im Modellgebiet Gröpelingen sind bereits vor dem Start des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ verschiedene Förderprogramme zum Einsatz gekommen; dazu gehörten und gehören:

- seit 1990 (laufend): Städtebauförderung – Sanierung des Ortsteils Lindenhof (bis 2005),
- 1994 bis 2001 EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN,
- 1999 bis 2002: „Sofortprogramm Innenstadt und Nebenzentren“,
- 1999 bis 2004: Programm „Wohnen in Nachbarschaften – WiN“ seit 2000 gekoppelt mit dem Programm „Soziale Stadt“.

##### *1990 bis 2005: Städtebauförderung: Sanierung des Ortsteils Lindenhof*

Der Ortsteil Lindenhof im Südwesten des Modellgebiets ist seit 1991 das größte nach BauGB förmlich festgelegte „klassische“ Sanierungsgebiet Bremens. Die für die städtebauliche Erneuerung dieses Gebiets veranschlagte Gesamtsumme (Laufzeit von 1991 bis 2005) wird mit insgesamt rund 30 Mio. Euro veranschlagt.

##### *1994 bis 2001: EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN*

Von 1994 bis 2001 wurden die Ortsteile Gröpelingen, Ohlenhof und Lindenhof mit 25 Mio. DM EFRE-Mitteln sowie 5 Mio. DM ESF-Mitteln aus der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN I gefördert. Insgesamt wurden mit dieser Summe 50 Projekte<sup>42</sup> im heutigen Modellgebiet finanziert, wobei der räumliche Schwerpunkt im Ortsteil Lindenhof lag.

##### *1999 bis 2002: „Sofortprogramm Innenstadt und Nebenzentren“*

Parallel zur Entscheidung, das Urban Entertainment Center „Space Park“ in unmittelbarer Nachbarschaft zum heutigen Modellgebiet „Soziale Stadt“ zu errichten, wurde im Jahr 1998 das „Sofortprogramm Innenstadt und Nebenzentren“ beschlossen. Ziel des „Sofortprogramms“ war es, die Bremer Innenstadt aufzuwerten und die Attraktivität des Stadtteils Gröpelingen zu steigern. Damit sollen etwaige Negativwirkungen der im „Space

---

42 Vgl. *Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH mit Unterstützung von Kultur vor Ort e.V. (Hrsg.), Kultur und wirtschaftliche Entwicklung in benachteiligten Stadtteilen.*

Park“ angesiedelten Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen auf die Bremer Innenstadt und seine Nebenzentren abgedeckt werden.

Das Programm war mit insgesamt rund 50 Mio. Euro ausgestattet, wovon ca. ein Viertel im Zeitraum von 1999 bis 2004 für die Förderung Gröpelingens eingesetzt worden ist. Fördergegenstand in Gröpelingen war ein breites Spektrum unterschiedlichster Projekte und Maßnahmen der Handlungsfelder Wohnungsbestand und Neubau, Städtebau, Wirtschaftliche Effekte und regionale Ökonomie, Förderung von Eigeninitiative und Selbstorganisation<sup>43</sup>. Außerdem wurden aus dem Programm einige Projekte weiter finanziert, die bereits von der Gemeinschaftsinitiative URBAN I angestoßen worden waren.

*1999 bis 2004: Kommunales Förderprogramm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“*

Das Programm WiN (vgl. ausführlich Kapitel 3.3) hat ein Gesamtvolumen von jährlich rund 1,5 Mio. Euro für alle zehn Bremer Projektgebiete, mit denen eine bis zu 50-prozentige Finanzierung der Projekte geleistet werden kann. Im Jahr 1999 wurden von den verfügbaren rund 150 000,- Euro etwa 120 000,- Euro in den verschiedenen Projekten gebunden. In den Folgejahren wurde das jährliche Budget jeweils vollständig ausgeschöpft.

Die Förderung von Projekten und Maßnahmen ist auf maximal vier Jahre begrenzt, wobei Projektanträge jeweils ein Jahr bewilligt werden. Eine Verlängerung des Förderzeitraums über vier Jahre hinaus wird zum Zeitpunkt der Berichterstellung diskutiert, wobei die laufzeitverlängerten Projekte insgesamt nicht mehr ein Viertel des Gesamtbudgets beanspruchen sollen, wie ein Vertreter der Geschäftsführung „WiN/Soziale Stadt“ ausführte.

*Seit 1999 (laufend): Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“*

Die Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ – in 2000 und 2001 für alle Programmgebiete jährlich rund 2,3 Mio. DM – werden dem kommunalen Programm WiN untergeordnet. Auf Beschluss des Stadtstaats Bremen werden sie vorrangig investiv eingesetzt, darüber hinaus ist daraus die Finanzierung für Quartiermanagement und Organisation von Beteiligungsprozessen, in Ausnahmefällen auch die 100-prozentige Förderung von baulichen Vorhaben möglich. Anders als bei WiN müssen Projekte und Maßnahmen, die aus dem Programm „Soziale Stadt“ gefördert werden, zu zwei Dritteln von der Kommune komplementär finanziert werden<sup>44</sup>. „Mit dem auf investive Projektförderung ausgerichteten Programm ‚Die soziale Stadt‘ und dem auch für konsumptive Maßnahmen einsetzbaren Mitteln des Programms ‚Wohnen in Nachbarschaften‘ steht damit in den zehn beson-

---

43 Freie Hansestadt Bremen, Senator für Wirtschaft und Häfen, Das Sofortprogramm Nebenzentren, Bremen, 19.4.2001, S. 3.

44 Protokoll der 24. Sitzung der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe am 19.2.2002.

ders erneuerungsbedürftigen Stadtgebieten ein sich ergänzendes, effektives Förderinstrumentarium zur Verfügung.“<sup>45</sup>

#### *Sonstige öffentliche Mittel*

- Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW): Viele Wirtschaftsunternehmen im Stadtteil Gröpelingen werden aus GRW-Mitteln gefördert, wobei sich allerdings die Bewilligungsgrundlage (Gebietskategorie) im Jahr 2000 geändert hat (früher C-, heute D-Fördergebiet). Heute beschränkt sich die Unterstützung betrieblicher Investitionen und wirtschaftlicher Infrastrukturmaßnahmen auf kleinere und mittlere Betriebe mit bis zu 250 Beschäftigten. Die Fördermittelvergabe erfolgt durch den Senator für Wirtschaft und Häfen<sup>46</sup>.
- Wohnungsbauförderung: In das WiN-Gebiet flossen von 1991 bis 1999 insgesamt knapp 17,5 Mio. DM.
- Öffentliche Mittel für die infrastrukturelle Ausstattung des „Space Parks“ wurden mit rund 100 Mio. Euro beziffert; für die in diesem Zusammenhang in Gröpelingen notwendig werdenden Infrastrukturmaßnahmen sind 2,8 Mio. DM bereit gestellt worden.
- Stiftung „Wohnliche Stadt“: Die Stiftung wurde 1980 von der Freien Hansestadt als gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts eingerichtet. Nach Aussage des Geschäftsführers verfügt sie jährlich über rund 10 Mio. Euro, von denen die Hälfte aus Spielbankabgaben stammt. Die Stiftung fördert unter anderem Maßnahmen zur Erhaltung und Verbesserung des Erlebniswertes von Stadtteilen (kulturelle Projekte, Grün- und Freiflächenentwicklung) sowie die Verbesserung der Kommunikation zwischen ihren Bewohnerinnen und Bewohnern<sup>47</sup>. In den Stadtteil Gröpelingen sind von 1995 bis 1999 insgesamt mehr als 1 Mio. Euro dieser Stiftungsmittel DM – unter anderem für den Ausbau von Kinderspielplätzen, Grünzügen sowie Rad- und Fußwegen – geflossen. Seitdem wurden allerdings keine Maßnahmen mehr gefördert.

Der Einsatz der verschiedenen Fördermittel stellt sich – nur auf das Modellgebiet bezogen – wie folgt dar:

---

45 *Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Bau und Umwelt*, Bericht der Verwaltung für die Deputation für Bau (Stadt) – „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Einsatz der Bundesfinanzhilfen und Komplementärmittel der Gemeinde, Bremen, Juli 2000, S. 2.

46 Schriftliche Mitteilung des Amtes für Wohnung und Städtebauförderung, Bremen, Februar 2002.

47 Vgl. *Stiftung Wohnliche Stadt (Hrsg.)*, Glück für zwei Städte. 15 Jahre Stiftung Wohnliche Stadt Bremen 1980 – 1995, Bremen, 1995.

Übersicht 4: Einsatz von Fördermitteln in Gröpelingen\*

| Förderprogramm                               | Höhe der Fördermittel                | Programmlaufzeit |
|--|--------------------------------------|------------------|
| Stadtsanierung Lindenhof                     | Rund 32 Mio. Euro                    | 1990-2005        |
| EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN I           | 25 Mio. DM (EFRE)<br>5 Mio. DM (ESF) | 1994-2001        |
| „WiN/Soziale Stadt“                          | Rund 750 000 Euro                    | 1999-2004        |
| „Sofortprogramm Innenstadt und Nebenzentren“ | Rund 13 Mio. Euro                    | 1999-2004        |
| Infrastrukturmaßnahmen „Space Park“          | 2,8 Mio. DM                          | 1999-2001        |
| Wohnungsbauförderung                         | rund 17,5 Mio. DM                    | 1991-1999        |

\*Quellen: *Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH*, Bremen 2001; *Amt für Wohnung und Städtebauförderung*, Bremen 2002.

#### 4.2 Nichtöffentliche Mittel

Nichtöffentliche Mittel kommen in Bremen-Gröpelingen überwiegend in Form von Eigenmitteln von Hauseigentümern bei der Sanierung, Modernisierung und Instandsetzung ihrer Gebäude zum Einsatz. So hat beispielsweise die Bremische Gesellschaft seit 1990 mehr als 80 Mio. Euro in die Modernisierung ihrer Wohnungen und in den Wohnungsneubau investiert.

Die Wohnungsbaugesellschaft GEWOBA brachte im Jahr 2000 nach Angaben ihres Geschäftsführers 5 Mio. DM für Modernisierungsmaßnahmen und Dachgeschossausbauten auf. Die gleiche Summe sei für das Jahr 2001 geplant gewesen. Das Konzept der GEWOBA sehe außerdem vor, pro Stadtteil rund 20 Prozent ihres Bestands zu privatisieren, was allerdings in Gröpelingen aufgrund der dortigen Käuferstruktur mit vergleichsweise geringer Kaufkraft kaum zu realisieren sei.

In sehr viele Projekte und Maßnahmen, die im Rahmen der Programme „WiN/Soziale Stadt“ realisiert werden, fließen private Geld- und Sachspenden (vgl. z.B. die Projekte „Ran an die Zukunft – RAZ“, „MAUSIE“, Kapitel 3.4). Eine Strategie zur Einwerbung weiterer privater Sponsoren-Gelder (Fundraising) ist im Rahmen der Programme „WiN/Soziale Stadt“ bisher allerdings nicht entwickelt worden.

#### 4.3 Bündelung von Fördermitteln im Modellgebiet: Umsetzung, Probleme/Konflikte

Eine Bündelung der vorgestellten Förderprogramme findet für das Bremer Modellgebiet nur eingeschränkt statt, insbesondere auch deshalb, weil für Gröpelingen ein integriertes Handlungskonzept fehlt. „Echte“ Bündelungseffekte gibt es vor allem innerhalb der Programmumsetzung „WiN/Soziale Stadt“: Auf Verwaltungsebene fließen die WiN-Fördermittel aus insgesamt sieben Ressorts zu einem Programmbudget zusammen; einzelne Ressorts stellen darüber hinaus für bestimmte Projekte und Maßnahmen zusätzliche Mittel bereit. Die Zusammenführung der WiN-Mittel erfolgt gemäß Senatsbeschluss per Ein-

stellung in die mittelfristige Haushalts- und Finanzplanung im Sinne von „Globalmitteln“ vor Beschluss des Gesamthaushaltes („vor die Klammer gezogene Mittel“) und bleibt daher von Sparmaßnahmen vergleichsweise unberührt. Alle im Rahmen von WiN bewilligten Projekte und Maßnahmen werden durch Eigenmittel der jeweiligen Projektträger zur Hälfte komplementär finanziert. Personalkosten können dabei auf Grundlage eines von der Stadt aufgelegten „Honorar-Katalogs“ unter Einsatz beispielsweise von Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, nach Bundessozialhilfegesetz (BSHG) oder nach Landesasylberwerbergesetz (Asyl-LG) gedeckt werden.

Darüber hinaus ist es nach Angabe von Vertreterinnen und Vertretern des Amtes für Wohnung und Städtebauförderung sowie der Bremischen Gesellschaft zu Bündelungseffekten im Rahmen der Umsetzung der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN I sowie des „Sofortprogramms Innenstadt und Nebenzentren“ gekommen, da aus beiden Programmen ergänzende Maßnahmen zur Städtebauförderung – aus URBAN insbesondere auch im nichtinvestiven Bereich – finanziert worden seien.

Zusammenfassend gehen in Bremen von der Städtebauförderung und den Programmen „WiN/Soziale Stadt“ die größten Bündelungseffekte aus:

- erstens durch die Kopplung der beiden Programme WiN und Soziale Stadt,
- zweitens durch die – wenn auch selektive – Verknüpfung der Städtebauförderung mit anderen Förderprogrammen,
- und drittens innerhalb der Programmstruktur WiN mit seinem Prinzip der Grund- und Ergänzungsfinanzierung.

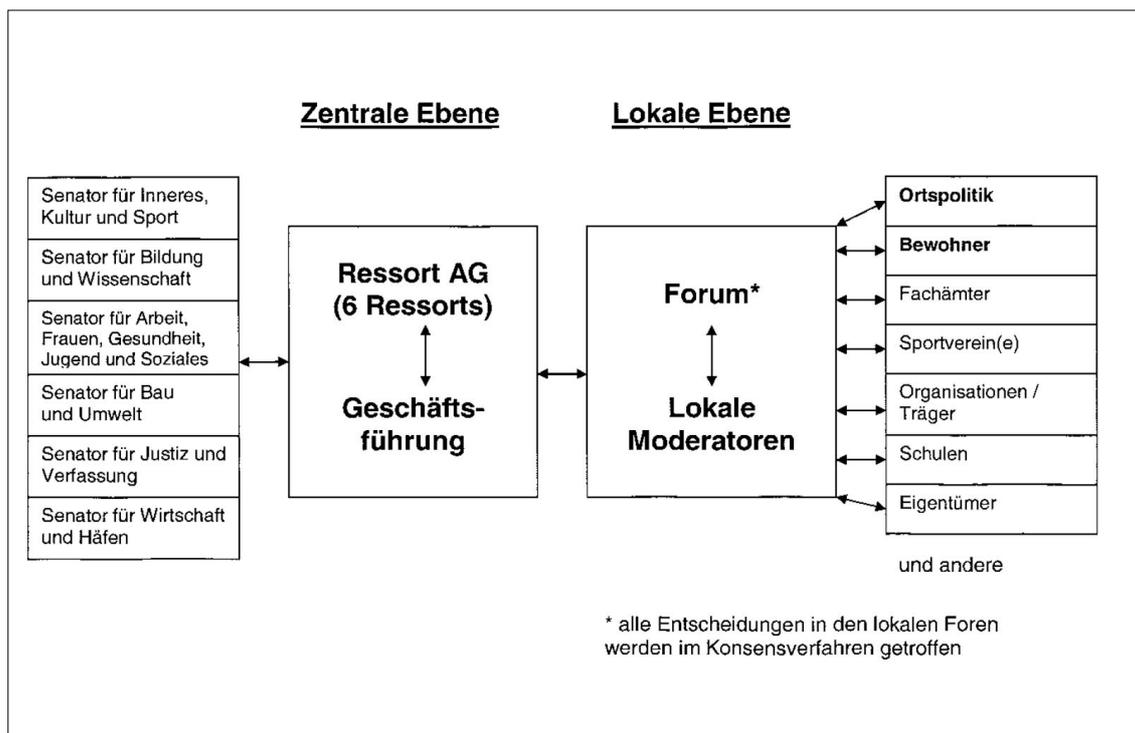
Zum Zeitpunkt der Berichterstellung wird vom Land Bremen eine Zusammenstellung von Förderprogrammen und –mitteln erarbeitet die im Rahmen der Programmumsetzung „WiN/Soziale Stadt“ eingesetzt werden können. Bis zur Fertigstellung dieser „Förderfibel“ wird in Bremen mit einer ähnlichen Arbeitshilfe des Landes Niedersachsen und vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) gearbeitet.

## 5. Organisation und Management

### 5.1 Organisationsstrukturen

Da die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ vollständig der Durchführung des Gemeindeprogramms WiN untergeordnet wird, sind hierfür nur wenige neue oder zusätzliche Organisations- und Managementstrukturen geschaffen worden. Quartiermanage-

Abbildung 6: Organisationsstruktur „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“\*



\*Quelle: Freie Hansestadt Hamburg, Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Der Senator für Bau und Umwelt, Geschäftsführung „WiN/Soziale Stadt“, Bremen 2002.

ment<sup>48</sup> findet in Bremen allgemein und so auch im Modellgebiet auf einer zentralen Ebene („Ressortübergreifende Arbeitsgruppe“) und einer lokalen Ebene („lokales Management“, „lokale Moderatoren“) statt<sup>49</sup>. Sonstige Organisationsstrukturen zur Umsetzung

48 Für ein erfolgreiches Quartiermanagement werden folgende Aktionsebenen für notwendig erachtet:

- ▲ federführende Schnittstelle in der Verwaltung mit Befugnissen zum Einsatz kommunaler Ressourcen in Abstimmung mit den zuständigen Fachbereichen (Gebietsbeauftragte auf der Verwaltungsebene),
- ▲ intermediäre Ebene zur Bündelung und Vermittlung von Bedarfen aus dem Quartier, zur Mittelakquisition und zur Informationsvermittlung (Ebene des Quartiermanagements: vertikale Vernetzung),
- ▲ lokale Umsetzungsebene in Form von Stadtteilbüros mit der Hauptaufgabe, die lokale Bevölkerung zu aktivieren (Ebene des Quartiermanagements: horizontale Vernetzung).

49 *Bremische Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft*. 14. Wahlperiode, Mitteilung des Senats vom 8.12.1998: Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln, Drucksache 14/708 S, 9.12.1998, Anlage 2: Handlungsprogramm: „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“, S. 7. Die Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ und Teilergebnisse des vom Difu

anderer Förderprogramme, die parallel zu „WiN/Soziale Stadt“ im Modellgebiet eingesetzt werden, sind nicht Gegenstand dieses Berichts.

## 5.2 Verwaltungsebene<sup>50</sup>

### *Ressortübergreifende Arbeitsgruppe „WiN/Soziale Stadt“*

Die ressortübergreifende Arbeitsgruppe besteht aus elf stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertretern der Senatoren für Inneres, Kultur und Sport, für Bildung und Wissenschaft, für Justiz und Verfassung, für Wirtschaft und Häfen sowie der federführenden Senatoren für Bau und Umwelt sowie für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Außerdem ist die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) involviert. Darüber hinaus nehmen auch die vier nicht stimmberechtigten Vertreterinnen und Vertreter der Geschäftsführung „WiN/Soziale Stadt“ teil. Indirekt wird auch das Arbeitsamt Bremen einbezogen, da es regelmäßig Einladungen und Protokolle der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe erhält.

Zentrale Aufgaben dieses regelmäßig tagenden Gremiums sind unter anderem<sup>51</sup>:

- Abstimmung/Beschlussfassung über WiN-Projektanträge aus den zehn Programmgebieten; Vergabe („Ratifizierung“) der Zuschüsse aus der Ergänzungsfinanzierung des Programms WiN gemäß Vorlagen der Geschäftsführung;
- Kenntnisnahme der Mittelvergabe aus dem Programm Soziale Stadt<sup>52</sup>;
- Steuerung des gebietsbezogenen Mittelabflusses, Kontrolle des gebietsübergreifenden Mittelausgleichs und des programmbezogenen Mittelabflusses gemäß Vorlagen der Geschäftsführung;
- Beschluss des Jahresberichts über die Vergabe von Programmmitteln;
- Verabschiedung von Berichten an den Senat, Gremien usw.; Informationsarbeit zu den Programmen „WiN/Soziale Stadt“.

In seiner Mitteilung vom 8. Dezember 1998 forderte der Senat die ressortübergreifende Arbeitsgruppe zudem auf, „die Planung für Maßnahmen in den nächsten Programmjahren in enger Kooperation mit den Beteiligten vor Ort fort zuschreiben“<sup>53</sup>.

Gegenwärtig sind für die zehn Programmgebiete insgesamt 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe verantwortlich, allerdings ohne dezidierte Gebietszuständigkeit. Eine/n gebietsbezogene/n Ansprechpartner/in („Gebietsbeauftragte/r“) – insbesondere für das Modellgebiet – existiert damit nicht. Die Einführung eines

---

Ende Oktober 2000 veranstalteten bundesweiten Impulskongresses zum Quartiermanagement zeigen, dass es in Deutschland zurzeit noch keine grundsätzliche, allgemein anerkannte Definition des Begriffs Quartiermanagement gibt. Daher werden je nach Bundesland oder Kommune die Bezeichnungen „Stadtteilmanagement“, „Quartiermanagement“ oder – wie im Falle Bremens – „lokales Management“ für Organisationsformen auf den Ebenen Verwaltung, Stadtteil/intermediärer Bereich und/oder Quartier uneinheitlich verwendet.

50 Vgl. im Folgenden – sofern nicht anders angegeben – ebenda.

51 Ebenda, S. 7 f.

52 Protokoll der 24. Sitzung der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe am 19.2.2002.

53 *Bremische Bürgerschaft*, Stadtbürgerschaft, S.1.

stärkeren Gebietsbezugs auf Verwaltungsebene erforderte nach Aussage verschiedener Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter eine vollkommen neue Programmkonzeption, für die aufgrund der „allgemeinen Zufriedenheit mit der bisherigen Programmstruktur ‚WiN/Soziale Stadt‘“ sowie des geringen Drucks, das von dem Programm „Soziale Stadt“ ausgehe, allerdings kein Handlungsbedarf bestehe – die Höhe der jeweiligen Fördermittel sei oftmals interessanter als die inhaltlichen Aspekte der Programme.

Dennoch wird von Seiten der Verwaltung eingeräumt, im Zuge der Weiterentwicklung des Programms durchaus auch über eine Modifikation der heutigen Management- und Organisationsformen nachzudenken. Bei der Programmumsetzung „WiN/Soziale Stadt“ handele es sich schließlich um einen Lernprozess, so eine Vertreterin des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Allerdings seien solche Veränderungen nicht vor dem derzeit festgelegten Ende des kommunalen Programms WiN im Jahr 2004 zu erwarten.

#### *Steuerungsrunde „WiN/Soziale Stadt“*

Die Steuerungsrunde „WiN/Soziale Stadt“ ist eine Arbeitsgruppe, in der sich die beiden vom Bremer Senat mit der Federführung beider Programme beauftragten Ressorts „Bau und Umwelt“ sowie „Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales“ zu Fragen der Programmumsetzung untereinander und mit der Geschäftsführung „WiN/Soziale Stadt“ abstimmen. Diese AG ist zudem für die Klärung strategischer Fragen sowie für die Ausgestaltung und Fortentwicklung beider Programme, darüber hinaus auch für die Berichterstattung an den Senat zuständig. Die Steuerungsrunde trifft sich – entsprechend der jeweils aktuellen Fragestellungen und Aufgaben – durchschnittlich fünf bis sechs Mal im Jahr.

#### *Geschäftsführung „Wohnen in Nachbarschaften (WiN)/Soziale Stadt“*

Die Geschäftsführung „WiN/Soziale Stadt“ besteht aus fünf Personen der für die Programme WiN und „Soziale Stadt“ federführenden Senatsbereiche. Ihre Hauptaufgaben sind die Steuerung, Organisation und Weiterentwicklung des gesamten Prozesses „WiN/Soziale Stadt“<sup>54</sup>:

- Prüfung der aus den einzelnen „WiN/Soziale Stadt“-Gebieten vorgelegten Anträge auf Erfüllung der Programm Voraussetzungen, Erstellung von Projektlisten zur Vorlage in der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe; Erteilung von Bewilligungsbescheiden für die Ergänzungszuschüsse aus WiN;
- Erarbeitung der Grundlagen der Mittelverplanung und von gebietsübergreifenden Vorlagen zur finanziellen Steuerung für die ressortübergreifende Arbeitsgruppe;
- Controlling und Monitoring von Mitteleinsatz und -abfluss; Verteilung der Mittel auf die Gebiete;
- Anleitung/Begleitung der Fachkräfte des „lokalen Managements“ bei der Programmumsetzung;

---

54 Ebenda, S. 8.

- Erarbeitung von Vorlagen und Berichten an den Senat zur Vorlage in der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe;
- allgemeine Informationsarbeit für Politik und Verwaltung;
- Bearbeitung von Verwendungsnachweisen;
- Ressortübergreifende Dokumentation der Programmumsetzung „WiN/Soziale Stadt“;
- Beratung von Eigentümern, Ortsämtern/Beiräten, Kooperationspartnern zu Fragen der Programmumsetzung; Informationsarbeit zu Förderungsmöglichkeiten aus den Programmen WiN und „Soziale Stadt“ sowie zu den jeweils aktuellen Beschlüssen über Einzelprojekte;
- Geschäftsführung der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe WiN.

### *Bedeutung des Ortsamts West*

Zwar ist das Ortsamt West kein unmittelbarer Bestandteil der Organisations- und Managementstrukturen zur Umsetzung der Programme WiN und „Soziale Stadt“ im Modellgebiet, doch soll seine Bedeutung bei der Betreuung der Fachausschüsse, die ehemals mit der Mittelvergabe „WiN/Soziale Stadt“ befasst waren („WiN-Gütesiegelrunde“, später: Sozialausschuss des Stadtteilbeirats), an dieser Stelle erwähnt werden. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung war das Ortsamt mit einer Neudefinition seiner Rolle angesichts einer stärkeren Beteiligung und Aktivierung vor Ort beschäftigt.

### **5.3 Intermediärer Bereich**

Die im Handlungsprogramm: „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“ formulierten Zielvorgaben für den intermediären Bereich zwischen Politik, Verwaltung, Drittem Sektor, wirtschaftlichen und „zivilgesellschaftlichen“ Akteuren lauten:

- „die zielorientierte, organisationsübergreifende Zusammenarbeit der lokalen und regional zuständigen Partner durch die Festlegung von Handlungsfeldern ... zu unterstützen;
- einen ‚Wettbewerb der Ideen, Konzepte und die Stärkung der Eigeninitiative zu fördern;
- einen wirksamen Einsatz von Mitteln durch die Bündelung von personellen und finanziellen Ressourcen von lokalen und/oder regionalen Initiativen, Trägern, Wohnungsbaugesellschaften, Einrichtungen und Diensten zur Realisierung von einzelnen Vorhaben zu erreichen;
- einen Anstoß von Investitionen Dritter, z.B. privater Eigentümer, und damit einen Multiplikatoreffekt der eingesetzten öffentlichen Mittel zu ermöglichen.“<sup>55</sup>

---

55 Ebenda, S. 2.

In der Praxis existieren auf Modellgebietsebene mehrere unterschiedliche Gremien im intermediären Bereich (unter anderem Büro des Stadtmarketing Gröpelingen e.V., Kultur vor Ort e.V.), allerdings keines zur Gesamtkoordinierung von Akteuren, Maßnahmen und Projekten. Auch sind bisher keine Kommunikations- und Kooperationsstrukturen im Rahmen von Quartiermanagement für diese Aufgabe eingerichtet worden (z.B. „Stadtteilkonferenzen“, „Stadtteilforen“, „Runde Tische“). Eine solche Vernetzungsfunktion übernehmen allerdings in Ansätzen die Bremische Gesellschaft als Maßnahmenträgerin, der Sanierungsbeirat für das Sanierungsgebiet Lindenhof, der „Arbeitskreis Sofortmaßnahmenprogramm“ sowie in besonderem Maße die öffentlichen Sitzungen des Stadtteilbeirats Gröpelingen, wie ein Vertreter der Bremischen Gesellschaft ausführte.

Mehrere Gesprächspartnerinnen und -partner betonten in diesem Zusammenhang allerdings, dass der Informationsaustausch zwischen verschiedenen, in Gröpelingen durchgeführten „WiN/Soziale Stadt“-Projekten und deren Trägern nur sehr gering ist, unter anderem weil für das gesamte Modellgebiet kein Informations-, Koordinations- und Beteiligungsgremium eingerichtet worden sei. Zudem würde die Konkurrenz der verschiedenen Träger um öffentliche Fördermittel Kommunikation und Kooperation verhindern.

Das bisherige Fehlen eines Beteiligungsgremiums im intermediären Bereich wird auf verschiedene Gründe zurückgeführt: Aus Sicht eines Vertreters der Bremischen Gesellschaft würde die Einrichtung einer solchen Beteiligungsform an der großen Interessenheterogenität sowohl der verschiedenen Quartiere innerhalb des Modellgebietes als auch der unterschiedlichen Akteure (Institutionen, Bürgerinnen und Bürger usw.) scheitern. Es sei beispielsweise zu fragen, ob es überhaupt möglich sein kann, auf diese Weise auch besonders benachteiligte Einwohnerinnen und Einwohner zu beteiligen. Zudem könne man in anderen Gebieten beobachten, dass – auch angesichts der Vielzahl bereits existierender Gremien – Beteiligungsangebote im intermediären Bereich nur schlecht besucht werden („Beteiligungsmüdigkeit“). Schließlich würden „gute Projekte nicht besser, wenn sie auf einer übergeordneten Plattform kommuniziert werden.“ Dem hielt ein Vertreter des Amtes für Wohnung und Städtebauförderung entgegen, dass dieses Problem in anderen WiN-Gebieten vergleichsweise gering sei; hier würden Stadtteilgruppen erfolgreich arbeiten, nach dem Konsensprinzip Entscheidungen treffen und zum Teil bereits die Dominanz von Expertenmeinungen ablösen.

Weitere Gründe für das Fehlen eines intermediären Beteiligungsgremiums sind in der bisherigen Ablehnung einer solchen Institution durch den Stadtteilbeirat zu sehen. Dieser fürchtete lange Zeit einen Machtverlust, da in einem intermediären Forum unter Umständen über eine größere Summe an Fördergeldern aus den Programmen „WiN/Soziale Stadt“ entschieden werden könnte, als der Stadtteilbeirat selbst zur Verfügung hat (Stadtteilbudget von 120 000,- DM in 2001). Daher wurde vom Stadtteilbeirat die exklusive Stellung der „WiN-Gütesiegelrunde“ (später: Sozialausschuss) aufrecht erhalten, um die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten im Stadtteil zu erweitern. Diese Haltung wurde Mitte des Jahres 2001 allerdings dennoch zu Gunsten einer stärkeren Demokratisierung der lokalen Ebene aufgegeben: Auf Beschluss des Stadtteilbeirates wurden die ehemals nicht-öffentlichen „WiN-Gütesiegelrunden“ geöffnet sowie „WiN-/Soziale Stadt“ Belange verstärkt in öffentlichen Beiratssitzungen und Sozialausschuss-Sitzungen thematisiert (siehe Kapitel 3.2).

Ein zusätzliches Problem bei der Einrichtung eines modellgebietsbezogenen Beteiligungsgremiums sah die Bremische Gesellschaft in der bereits beschlossenen Fokussierung der Programmumsetzung „Soziale Stadt“ auf das besonders benachteiligte Gebiet Stuhmer Straße und angrenzende Bereiche. Angesichts dieser vergleichsweise kleinräumigen Herangehensweise sei die Installation eines großräumig wirksamen Forums „widersinnig“. Dem entgegnete eine Vertreterin des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, dass die Einbettung der kleinräumigen Strukturen des „Fokusgebietes“ in das Umfeld des weiteren Modellgebietes notwendig sei, um isolierte Entwicklungen zu vermeiden. Für eine solche Integrationsaufgabe eigne sich eine übergeordnete Kommunikations- und Vernetzungsplattform. Hier könnte bei der Bevölkerung des gesamten Modellgebiets für die Akzeptanz der Maßnahmen im „Fokusgebiet“ sowie die – berechtigten – wirtschaftlichen Interessen der Maßnahmenträger (in diesem Falle insbesondere der Bremischen Gesellschaft) geworben werden.

Von Seiten des Amtes für Wohnung und Städtebauförderung wurde allerdings zusammenfassend bestätigt, dass es aus verschiedenen Gründen zurzeit keine Bemühungen gibt, die Kooperation, Kommunikation und Vernetzung im intermediären Bereich zu institutionalisieren. Vielmehr soll das Anfang des Jahres 2002 eingerichtete lokale Quartiermanagement (siehe folgendes Kapitel) Aufgaben auch im intermediären Bereich wahrnehmen.

#### 5.4 Quartiersebene

Zur Bedeutung von Quartiermanagement vor Ort heißt es im Handlungsprogramm WiN: „Der Aufbau von Beteiligungsformen, die aktive Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die Entwicklung des Quartiers, ihre Mitbestimmung und die Förderung von nachbarschaftlichem Engagement und von selbst organisierten Aktivitäten sind unverzichtbare Bestandteile dieses Handlungskonzeptes. [...] das Engagement und die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Quartiersentwicklung und ihre aktive Mitarbeit an Vorhaben und Projekten durch Mitwirkungsrechte, z.B. in ‚Lokalen Foren‘ [ist] zu fördern, zu unterstützen; offene und wirksame Beteiligungsformen sollen dabei in einem engen Zusammenwirken der verantwortlichen Partner und Gremien auf der lokalen Ebene ermöglicht werden.“<sup>56</sup>

Auch die konkreten Aufgaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines „lokalen Managements“ sind im Handlungsprogramm detailliert beschrieben: „Ihre Funktion ist insbesondere die Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern, die Unterstützung einer positiven Entwicklungsdynamik im Gebiet und die Förderung der Zusammenarbeit bei der Schwerpunktsetzung und Umsetzung von Einzelvorhaben des Programms WiN“.<sup>57</sup> Konkret gehören dazu folgende Aufgaben:

- Initiierung und Unterstützung von Beteiligungsprozessen, Förderung von Selbsthilfe und Selbstorganisation der Bewohnerinnen und Bewohner, Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern;

---

<sup>56</sup> Ebenda.

<sup>57</sup> Ebenda, S. 8 f.

- Durchführung von öffentlichen Foren, unter anderem zur Erteilung des „WiN-Gütesiegels“;
- Unterstützung von Initiativen, Trägern, Organisationen, Einrichtungen bei der Entwicklung von Vorhaben/Projekten und bei Anträgen auf Fördermittel des Programms „WiN/Soziale Stadt“; Förderung von lokalen Partnerschaften und Vernetzungen;
- Öffentlichkeitsarbeit;
- Mitarbeit in einer gebietsübergreifenden Arbeitsgruppe der Fachkräfte in Anbindung an die ressortübergreifende Arbeitsgruppe.

Bereits in seiner Mitteilung vom 8. Dezember 1998 bat der Senat die federführenden Ressorts zu klären, „wie das lokale Management in den Gebieten Gröpelingen, Hemelingen und Neue Vahr sichergestellt werden kann“<sup>58</sup>. In der zum Handlungskonzept gehörenden Gebietsdarstellung Gröpelingen heißt es explizit: „Vorrangige Aufgabe ist es, für die Entwicklung von förderungsfähigen Projekten ein „lokales Management“ zu installieren.“<sup>59</sup> Trotz dieser detaillierten und teilweise stringenten Forderungen („die Funktion eines „lokalen Managements“ [ist] in allen zehn Gebieten unverzichtbar“<sup>60</sup>) war im Modellgebiet Gröpelingen – anders als in den meisten anderen WiN-Gebieten – bis Anfang 2002 kein „lokales Management“ eingerichtet worden. Hier arbeiten zwar verschiedene soziale Einrichtungen und Projekte (z.B. Interkulturelles Stadtteilmanagement, Verein Gröpelinger Marketing e.V., Kultur vor Ort e.V.), von denen allerdings bis Ende 2001 keines als Quartiermanagement nach den Anforderungen des Programms „Soziale Stadt“ bezeichnet werden konnte. Alle von der PvO interviewten Gesprächspartner hielten allerdings eine solche Einrichtung für notwendig: Eine Interviewpartnerin führte aus, dass ein stadtteilbezogenes Management unverzichtbar sei, um das vielfältige „Nebeneinander verschiedener Förderstränge zu beenden“. Ein Teil der Programmmittel „WiN/Soziale Stadt“ solle für „professionelle Helfer und Entwickler“ eingesetzt werden, vor Ort werde ein „Kümmerer“ benötigt.

Ein Grund dafür, dass die Einrichtung eines „lokalen Managements“ vor Ort lange Zeit nicht erfolgt war, lag nach Aussage der Geschäftsführung „WiN/Soziale Stadt“ neben einer grundsätzlich unterschiedlichen Einschätzung verschiedener Akteure zum Nutzen eines solchen Managements vor allem in der räumlichen und sozialen Heterogenität des vergleichsweise großen Modellgebiets, in dem eine gesamtgebietsbezogene, allen Bevölkerungsgruppen gerecht werdende Beteiligung sehr schwierig sei. Beteiligung auf kleinräumigerer Ebene sei zudem durch zahlreiche projekt- und programmbezogene Partizipationsmöglichkeiten – beispielsweise im Rahmen der Sanierung oder der Programmumsetzung URBAN I – gegeben gewesen. Ein anderer Grund sei in mangelnder Personalkapazität zu sehen. Außerdem war es bis Anfang 2001 nicht möglich, ein „lokales Management“ aus Mitteln der Programme „WiN/Soziale Stadt“ zu finanzieren; dies wurde jedoch mit der Vorlage für die Sitzung des Senats am 20. März 2001 des Senators für Bau und Umwelt revidiert: „Nach der zwischen dem Bund und den Ländern abgeschlossenen Verwaltungsvereinbarung über die Gewährung von Finanzhilfen des Bundes an die Länder nach Art. 104 a Abs. 4 des Grundgesetzes zur Förderung städtebaulicher Maßnahmen

---

58 Ebenda, S. 1.

59 Ebenda, S. 20.

60 Ebenda, S. 8.

sind aus dem Programmbereich ‚Soziale Stadt‘ grundsätzlich nur investive Maßnahmen oder Ausgaben für ein Stadtteilmanagement förderfähig. Die Förderung eines Stadtteilmanagements in Gebieten der ‚Sozialen Stadt‘ unterliegt keiner zeitlichen Befristung<sup>61</sup>.

Schließlich müssen auch Differenzen zwischen der Bremischen Gesellschaft und dem Amt für Wohnung und Städtebauförderung in der Vergangenheit für die Verzögerung des Einsatzes eines „lokalen Managements“ genannt werden: während die Wohnungsbaugesellschaft Quartiermanagement überwiegend im Sinne eines „Bestandsmanagements“ sah, plädierte das Amt für Wohnung und Städtebauförderung vor allem für weitreichende Beteiligungsmöglichkeiten der Quartiersbewohnerinnen und -bewohner.

Zu Beginn des Jahres 2002 ist in Gröpelingen schließlich dennoch ein aus Mitteln der Programme „WiN/Soziale Stadt“ sowie des Amtes für Soziale Dienste finanziertes Quartiersbüro im „Fokusgebiet“ eingerichtet worden. Der hier arbeitende „lokale Manager“ verfügt über eine aus zwei halben Stellen zusammengesetzte Vollzeitstelle. Die eine Hälfte der Stelle wird aus WiN-Mitteln (Grundfinanzierung), die andere Hälfte aus Komplementärmitteln des Amtes für Soziale Dienste finanziert. Der „lokale Manager“ wird vom Leiter des Projektes „Wohnumfeldverbesserung“ im „Fokusgebiet“ unterstützt, das unter Federführung der „Bremischen Gesellschaft“ steht sowie von ihr und aus WiN-Mitteln je zur Hälfte finanziert wird.

Das Büro des „lokalen Managements“ ist derzeit montags bis freitags von 9 bis 16 Uhr besetzt, wobei auch Termine außerhalb dieser Zeit nach Absprache vereinbart werden. Die Hauptaufgaben der hier arbeitenden „lokalen Moderatoren“ sind nach eigenen Angaben:

- Bewohnerbeteiligung organisieren,
- Moderation des Beteiligungsprozesses,
- Planung und Initiierung von Projekten mit Bewohnern und Trägern,
- Überwachung und Durchführung der Projekte,
- Dokumentation des Projektverlaufs und damit der Entwicklung des „Fokusgebiets“.

Die Hauptziele ihrer Arbeit sind:

- Verbesserung der Lebensbedingungen durch Einbeziehung und Aktivierung der Bewohnerschaft,
- Imageverbesserung im und für das „Fokusgebiet“,
- Konzentration der „WiN“- und „Soziale Stadt“-Aktivitäten auf das „Fokusgebiet“ und seine nähere Umgebung,
- Vernetzung von Aktivitäten zur Ermöglichung von Synergieeffekten und zur Schaffung von Integrationspotenzialen sowie
- Stärkung der Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Quartier<sup>62</sup>.

---

61 *Freie Hansestadt Hamburg, Der Senator für Bau und Umwelt, Vorlage für die Sitzung des Senats am 20.3.2001, S. 2.*

Die Vernetzung mit anderen, im Modellgebiet bereits aktiven Initiativen, Institutionen und Organisationen wird seitens der Verwaltung als zentrale Aufgabe des „lokalen Managements“ angesehen. Alle relevanten lokalen Akteure müssten „ins Boot geholt“ werden, so ein Vertreter der Bremischen Gesellschaft. Durch modellgebietsweite Vernetzungen würden der Austausch zwischen „Fokus“- und Modellgebiet hergestellt sowie für das „Fokusgebiet“ wichtige, hier aber nicht lokalisierte Einrichtungen (beispielsweise Schulen) in die Entwicklungsarbeit vor Ort integriert werden können, wie eine Vertreterin des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales ausführte.

Insgesamt zählt es auch zu den Aufgaben des „lokalen Managements“, Informations- und Beratungsleistungen im Rahmen von Antragstellungen auf „WiN/Soziale Stadt“-Mittel anzubieten; diese Dienstleistungen wurden bis vor kurzem vor allem von der Geschäftsführung „WiN/Soziale Stadt“, Kultur vor Ort e.V., vom DAB e.V. und vom Gröpelinger Stadtmarketing e.V. jeweils individuell erbracht.

### **5.5 Zusammenarbeit der drei Ebenen Verwaltung, intermediärer Bereich und Quartier**

Die Zusammenarbeit dieser Ebenen erfolgt in erster Linie durch die Teilnahme der jeweiligen Akteure in den verschiedenen bereits beschriebenen Gremien zur Umsetzung der Programme „WiN/Soziale Stadt“. Eine besondere Regelung insbesondere für die Rückkopplung zwischen „Verwaltungswelt“ und der „Lebenswelt“ in den Gröpelinger Quartieren gibt es dagegen – unter anderem aufgrund des Fehlens eines entsprechenden Informations- und Beteiligungsgremiums im intermediären Bereich auf Gesamtgebietsebene – nicht.

Ein Vertreter des Stadtplanungsamtes betonte in diesem Zusammenhang die starke Bremer Tradition der „Regionalisierung“: schon immer habe es ein starkes „Bottom up“-Prinzip gegeben, bei dem die Stadtteilbeiräte die Vertretungsfunktion „von unten“ übernehmen. Anstöße aus der Bevölkerung „landen“ automatisch in der ressortübergreifenden WiN-Arbeitsgruppe, so ein Vertreter des Amtes für Wohnung und Städtebauförderung. „Man weiß hier in Bremen einfach, wo was zu machen ist“, ist die Meinung vieler Interviewpartnerinnen und -partner auf Verwaltungs- und Steuerungsebene. Im „Fokusgebiet“ sollen dennoch „Gröpelinger Traditionen“ in Richtung „Soziale Stadt“ weiterentwickelt werden, unter anderem durch die Einrichtung des „lokalen Managements“.

### **5.6 Einbindung der Politik**

Das Programm WiN ist 1998 von der Bremischen Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft, beschlossen worden und wird damit politisch getragen. In die weiteren Prozesse der Programmumsetzung ist die Bürgerschaft in erster Linie über das Berichtswesen und im Rahmen von Haushaltsberatungen eingebunden. Eine Einbindung von Politik in die kon-

---

62 Vgl. schriftliche Stellungnahme des lokalen Managers vom 15.2.2002 an das Deutsche Institut für Urbanistik.

krete Programmumsetzung „WiN/Soziale Stadt“ vor Ort erfolgt über die jeweiligen Stadtteilbeiräte. Für das Modellgebiet ist dies der Stadtteilbeirat Gröpelingen<sup>63</sup>.

Zur Qualität der Einbindung von Politik und zu generellen Einbindungsmöglichkeiten äußerten sich Vertreterinnen und Vertreter des Stadtteilbeirats Gröpelingen im Rahmen einer Gruppendiskussion. Dabei wurden von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern unter anderem folgende Kritikpunkte geäußert:

- Die Inhalte und Strategien der Programme „WiN/Soziale Stadt“ sind dem Stadtteilbeirat Gröpelingen in der Vergangenheit nur unzureichend vermittelt worden. Das Verfahren zur Vergabe der Mittel aus „WiN/Soziale Stadt“ sollte transparenter werden. Eine effektivere Kontrolle der Mittelverwendung sowie der Zielerreichung von Projekten und Maßnahmen sollte eingeführt werden. Die zukünftigen Verfahren und Umsetzungsstrukturen „sollten mehr Demokratie gewährleisten“.
- Die Entscheidungsrechte des Stadtteilbeirats sind eingeschränkt. Über eine Stärkung dieser lokalen Politikebene sollte nachgedacht werden.
- In Gröpelingen existiert – anders als in anderen WiN-Gebieten – kein Gremium zur Programmumsetzung „WiN/Soziale Stadt“ auf der gesamten Stadtteilebene („Stadtteilkonferenz“), an dem Bürgerschaftsabgeordnete teilnehmen könnten.
- Die Rückkopplung von der Ebene des Stadtteils in den Senat und die Bürgerschaft ist schwierig.
- Zurzeit gibt es kein institutionalisiertes und regelmäßiges Berichtswesen zur Programmumsetzung in Gröpelingen.
- Die Öffentlichkeitsarbeit zur Programmumsetzung in Gröpelingen sollte verbessert werden: „Es muss mehr gewusst werden!“

---

<sup>63</sup> Der Stadtteilbeirat Gröpelingen setzte sich zum Zeitpunkt der Berichterstattung wie folgt zusammen: SPD (11), CDU (5), DIE GRÜNEN (1), AFB (1), DVU (1).

## 6. Aktivierung und Beteiligung der Quartiersbevölkerung/ Stadtteilakteure

### 6.1 Eigeninitiative und Organisationsgrad der Quartiersbevölkerung

Aufgrund der Größe und Heterogenität des Modellgebiets kann hier nicht von „der“ Quartiersbevölkerung gesprochen werden. Vielmehr unterteilt sich der Stadtteil in eine Vielzahl zum Teil unterschiedlicher Gemeinwesen: Vergleichsweise starke Eigeninitiative und Mitgliedschaft in einer Vielzahl von Vereinen lassen sich eher im Bereich südlich der Heerstraße inklusive Sanierungsgebiet Lindenhof sowie in Teilen Gröpelingens und von Ohlenhof beobachten. Eine eher problematische Ausgangssituation findet sich dagegen im „Fokusgebiet“, in dem Eigeninitiative und die Organisation der Quartiersbevölkerung – nicht zuletzt durch Quartiermanagement vor Ort – stärker entwickelt werden müssen.

### 6.2 Partizipationsmöglichkeiten und Aktivierungsstrategien

#### *Intermediärer Bereich/Stadtelebene*

Auf der Ebene des gesamten Modellgebiets beschränken sich Partizipationsmöglichkeiten bisher auf die Teilnahme an öffentlichen Sitzungen des Stadtteilbeirats und seiner Ausschüsse.

#### *Quartiersebene*

In den verschiedenen Quartieren innerhalb des Modellgebiets wurde Beteiligung überwiegend im Rahmen der Umsetzung unterschiedlicher (Förder-)Programme angeboten und war daher zeitlich und inhaltlich klar begrenzt. Von besonderer Bedeutung war und ist hierbei die Vielzahl von Maßnahmen und Projekten zur Durchführung der bereits abgeschlossenen Umsetzung der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN I in Teilbereichen des Modellgebiets sowie der Stadtsanierung in Lindenhof. Beteiligungsgremien waren und sind in diesem Zusammenhang der Wirtschafts- und der Sanierungsbeirat.

Für viele der im Modellgebiet bereits durchgeführten oder noch laufenden Projekte ist zwar der Anspruch formuliert worden, beteiligend und/oder aktivierend zu wirken, doch werden in der Realität die dafür geeigneten Maßnahmen und Techniken nicht oder nur ungenügend eingesetzt („Schaufensterprojekte“). Spätestens vor drei Jahren reagierten daher die meisten Projektträger mit verstärkter und offensiver Aktivierungsarbeit. Ein Beispiel hierfür ist das bereits in Kapitel 3.4 ausführlich beschriebene Projekt „RAZ“/„RAZ-Mobil“. Diese „Umsteuerungstaktik“<sup>64</sup> ist letztlich auch ein Grund für die Einrichtung eines „lokalen Management“ mit nunmehr direktem Kontakt zur Wohnbevölkerung im „Fokusgebiet“. In welchem Maße „WiN/Soziale Stadt“-Anträge von der Bevölkerung in Folge ihrer verstärkten Einbeziehung mit entwickelt und getragen werden oder ob sie über ihre Laufzeit hinaus zu weiter gehendem, kontinuierlichem Engagement führen, ist

---

64 Aussagen von Interviewpartnern: „Wenn die Menschen nicht zu uns kommen, dann müssen wir zu den Menschen gehen.“

nach der vergleichsweise kurzen Laufzeit des Programms „WiN/Soziale Stadt“ noch nicht abzuschätzen.

Aktivierungsstrategien im Rahmen von WiN-Maßnahmen und -Projekten zielen entweder auf die gesamte Quartiersbevölkerung oder auf bestimmte Zielgruppen wie Kinder, Mädchen, Jugendliche, Schülerinnen und Schüler, Erwerbslose ab. Dabei kommt heute das gesamte Spektrum von Aktivierungstechniken zum Einsatz: Arbeit mit einzelnen Personen (z.B. Beratung), informelle Gespräche, Streetwork, aktivierende Befragungen, Aktivierung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, Vernetzungs- und Vermittlungsarbeit, Angebot regelmäßig stattfindender offener Treffs, verschiedene Veranstaltungen und Aktivitäten, thematische Stadtteilrundgänge und -führungen, Gebäudebegehungen, Informationsangebote und -veranstaltungen.

Eine besondere Rolle spielen Feste und Aktionen im Modellgebiet, die vor allem im Rahmen der Sanierungsmaßnahmen und der Durchführung von URBAN I veranstaltet wurden und werden. Dazu gehör(t)en unter anderem: diverse Feste (Stadtteil- und Straßenfeste, Flohmärkte, Oktoberfest, Erntedankfest Sommerfest), Gebäudeeinweihungen, Schul- und Schulhoffeste oder Sportveranstaltungen wie der Gröpelinger Citylauf. Diese Veranstaltungen wurden von allen Gesprächspartnerinnen und -partner als in hohem Maße identitätsstiftend bezeichnet. Schließlich spielen Kunst und Kultur im Stadtteil seit mehr als zehn Jahren eine große Rolle, was nicht zuletzt eine 2001 erschienene Dokumentation belegt<sup>65</sup>.

Auch das mittlerweile abgeschlossene Aktionsprogramm „Wir für Gröpelingen“<sup>66</sup> förderte das Zusammenleben im Stadtteil durch die Bereitstellung von Mitteln für die Durchführung bürgerschaftlich initiiertter Maßnahmen. Diese Mittel wurden formlos über den Programmkoordinator Kultur vor Ort e.V. beantragt. In dem Programm-Faltblatt „Gröpelingen macht sich. Und was machen Sie?“ wurden beispielhaft Projektideen aufgezählt, die teilweise oder vollständig aus dem Aktionsprogramm finanziert werden konnten: „Wollten Sie nicht immer schon einmal

- ein Straßenfest organisieren,
- mit Nachbarn den hässlichen Dreckstreifen vor dem Haus bepflanzen,
- den verwahrlosten Kinderspielplatz neu ausstatten,
- auf dem trostlosen Platz am Ende der Straße ein Open-Air-Konzert veranstalten,
- mit ihren Freundinnen Skulpturen für den Grünstreifen basteln,
- einen Sprachkurs für türkische und deutsche Eltern organisieren,
- den Hinterhof Ihres Wohnblocks in einen gemütlichen Grillplatz verwandeln,
- mit Jugendlichen ein regelmäßiges Skater-Wettrennen oder Streetball-Treffs organisieren,
- mit Nachbarn einmal andere Nachbarschaftsprojekte besuchen?“<sup>67</sup>

65 Achim Bitter, Über Räume. Künstler reagieren auf den Wandel im Stadtteil Bremen-Gröpelingen, Bremen 2001.

66 Aus URBAN I Mitteln finanziert.

67 Kultur vor Ort e. V. (Hrsg.), Gröpelingen macht sich ... und was machen Sie? Bremen 2000 (Faltblatt).

Das Aktionsprogramm besaß den Charakter eines Verfügungs- oder Unterstützungsfonds, was von besonderer Bedeutung war, da es im Modellgebiet einen direkt aus Mitteln der Programme „WiN/Soziale Stadt“ finanzierten Fonds weder zum damaligen Zeitpunkt noch heute gab und gibt.

Im „Fokusgebiet“ selbst finden seit 1999 Beteiligung und Aktivierung vor allem im Rahmen von Maßnahmen zur Wohnungs- und Wohnumfeldverbesserung – und hier insbesondere katalysiert über die „Hausmeisterassistenten“ (vgl. Kapitel 3.4) – statt. Aus Sicht der Bremischen Gesellschaft ist die Mitwirkungsbereitschaft der lokalen Bevölkerung bisher vergleichsweise groß. Ein weiterer Schwerpunkt der Aktivierungsarbeit unter dem Aspekt „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist der „Streichelzoo“.

Eine stärker formalisierte Möglichkeit zur Beteiligung bietet das Anfang 2002 im Zuge des „lokalen Managements“ eingerichtete „Bürgerforum“. Aus früheren Erfahrungen der Vor-Ort-Arbeit im „Fokusgebiet“ war deutlich geworden, dass hier Beteiligung nur in kleinem Rahmen und unter Ausschluss von „Profis“ erfolgreich sein kann, da man nur so die Gefahr der Meinungsdominanz von Trägern sowie anderen Institutionen und Organisationen gegenüber den lokalen Bewohnerinnen und Bewohnern vermeiden kann, so der „lokale Manager“. Dementsprechend niedrigschwellig auf der einen und geschützt auf der anderen Seite werden die ersten Sitzungen des Forums unter Leitung des „lokalen Managements“ veranstaltet. Erste Ergebnisse der Forumsarbeit sind Planungen für eine Quartierszeitung sowie Auftrag an das „Zentrum für Migration und Interkulturelle Studien“, Konzepte zur Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern mit Migrationshintergrund zu entwickeln. Im Juni 2002 wurde im „Bewohnerforum“ darüber hinaus ein Zielfindungsprozess für die zukünftige Entwicklung des „Fokusgebietes“ gestartet.

Gesprächspartnerinnen und -partner auf Verwaltungsebene waren sich allerdings größtenteils einig, dass solche lokalen Beteiligungsrunden zunehmend auch mit Entscheidungskompetenzen ausgestattet werden müssen – unter anderem über die Auftragsvergabe für Arbeiten im Quartier. Planungsleistungen, die sich aus Projektideen der Forumsteilnehmerinnen und -teilnehmer ergeben, seien zudem vollständig, relativ unkompliziert und schnell aus WiN finanzierbar, wie ein Vertreter des ASW betonte. Außerdem unterstrich er die Bedeutung eines „Budgetrechts“ für solche Gremien.

### **6.3 Erreichbarkeit der Quartiersbevölkerung**

Generell wurde in verschiedenen Interviews der PvO mit lokalen Akteuren ein zu schnelles Tempo bei der Durchführung von Projekten und Maßnahmen als Grund für eine nur eingeschränkte Erreichbarkeit der Bevölkerung des Modellgebiets genannt: „Die Menschen vor Ort kommen oftmals nicht mit!“ Auch seien sie in der jüngsten Vergangenheit mit einer Vielzahl von Partizipationsangeboten konfrontiert worden, so dass heute in Teilen von einer „Beteiligungsmüdigkeit“ gesprochen werden könne.

Die Erreichbarkeit einzelner Bevölkerungsgruppen, insbesondere solcher mit Migrationshintergrund, wurde von nahezu allen Gesprächspartnerinnen und -partnern als problematisch beurteilt. In diesem Zusammenhang äußerte die Vorgängerin der „Stadtteilmanagerin“ des Vereins Gröpelinger Marketing e.V. unter anderem den Wunsch, eine türkische Kollegin zur Seite gestellt zu bekommen.

## 7. Öffentlichkeitsarbeit

### 7.1 Wahrnehmung von Gebiet und Integriertem Handlungskonzept in den Medien

Bis zum Beginn der Projekt- und Maßnahmenumsetzung im Rahmen der Sanierung Lindenhof und der Durchführung von URBAN I Anfang der 1990er Jahre war die Berichterstattung zu Bremen-Gröpelingen in den lokalen Medien überwiegend auf die Darstellung von Problemen dieses Stadtteils beschränkt: Kriminalität und Drogenhandel, „sozialer Brennpunkt Gröpelingen“. Nach Beginn der Programmumsetzung wurden solche einseitigen Negativmeldungen allmählich von der Berichterstattung über Projektinhalte und -fortschritte abgelöst.

Die Wahrnehmung des Modellgebiets „WiN/Soziale Stadt“ in den lokalen Medien wird wesentlich von Berichten über einzelne Projekte und Veranstaltungen bestimmt. Dabei bildet seit 1999 die Darstellung der Maßnahmen und Projekte im heutigen „Fokusgebiet“ einen Schwerpunkt. Die Lokalpresse hatte zwar im Nachgang der Auftaktveranstaltung „Gröpelingen macht sich – weiter so!“ im Januar 2001 auch zu den komplexeren Sachverhalten in Gröpelingen sowie zu Programmstrategien von „WiN/Soziale Stadt“ berichtet, darauf allerdings keine kontinuierliche erschöpfende Berichterstattung aufgebaut oder bestimmte Fragestellungen intensiver beleuchtet.

Insgesamt ist die Innenwahrnehmung des („Fokus“-)Gebietes oftmals positiver als seine Außenwahrnehmung, wie ein Vertreter des ASW betonte.

### 7.2 Modellgebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit

Zur Programmumsetzung „WiN/Soziale Stadt“ im Modellgebiet Gröpelingen sind bisher weder ein integriertes Konzept für programmbezogene Öffentlichkeitsarbeit noch entsprechende Einzelmaßnahmen erarbeitet worden. Eine Ausnahme war die Ankündigung der Auftaktveranstaltung im Gebiet mit rund 600 Flyern und mehr als 100 Plakaten. Von daher besteht modellgebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit zu generellen Gebietsentwicklungen und zu Belangen seiner Bevölkerung aus punktuellen Berichterstattungen zu einzelnen Projekten und Veranstaltungen: „Die Öffentlichkeitsarbeit ist sehr unterbelichtet“, so eine Vertreterin des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Lediglich auf die im Jahr 2000 erschienene Broschüre „Förderung von Selbsthilfekompetenz im Stadtteil Gröpelingen“ des Amtes für Soziale Dienste wurde mehrfach hingewiesen. Darüber hinaus sei für Mitte des Jahres 2002 die Herausgabe eines Flyers mit allgemeinen Informationen zu den Programmen „WiN/Soziale Stadt“ sowie Detailinformationen zu den jeweiligen Programmgebieten geplant. Außerdem wolle man den zur „Halbzeitbilanz WiN“ vorgesehenen Bericht an den Senat als ansprechende Informationsschrift im Sinne von Öffentlichkeitsarbeit zum Ende des 2002 auflegen.

Obwohl die im Modellgebiet erscheinenden, meist kostenlosen Stadtteilzeitungen und -magazine nicht im oben genannten Sinne Bestandteile einer modellgebietsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit sind, stellen viele von ihnen dennoch eine wesentliche Informationsquelle für die Stadtteilbevölkerung dar:

- *Das Magazin* erscheint seit Dezember 1998 vierteljährlich und informiert über geplante und bereits durchgeführte Veranstaltungen, Förderprogramme, Bau- und Projektfortschritte im Gebiet. Außerdem enthält es Hinweise auf gemeinnützige Einrichtungen und auf Publikationen. Das aufwändig gestaltete und in hoher Auflage erscheinende MAGAZIN wurde bislang mit URBAN-Mitteln und Mitteln der Stadtsanierung finanziert. Herausgeberin ist die Bremische Gesellschaft, die Redaktions- und Anzeigenarbeit wird gemeinsam von Bremischer Gesellschaft, „Kultur vor Ort e.V.“ und „Gröpelinger Marketing e.V.“ geleistet.
- Die ebenfalls kostenlose Zeitschrift *Moje Weer* (plattdeutsch: Gutes Wetter) für Gröpelinger Stadtgeschichte(n) erscheint seit 1998 vierteljährlich und enthält neben Veranstaltungshinweisen unter anderem Berichte über das Leben im Stadtteil in Vergangenheit und Gegenwart<sup>68</sup>. Die Zeitschrift wird von Kultur vor Ort e.V. herausgegeben und finanziert.
- Die STIMME ist eine „Zeitschrift für In- und AusländerInnen im Lande Bremen“. Sie berichtet seit 14 Jahren zehn Mal jährlich kritisch und ambitioniert über aktuelle Themen und Veranstaltungen mit besonderer Relevanz für die verschiedenen ethnischen Gruppen in Bremen. Da in Gröpelingen viele türkische Haushalte leben, werden in der STIMME entsprechende Akzente gesetzt. Herausgeber ist der „Dachverband der Ausländer-Kulturvereine in Bremen e.V.“ (DAB), der seinen Sitz zudem in Gröpelingen hat.
- Die Zeitung „MITTENDRIN am Rande“ erscheint zweimal jährlich und dokumentiert Praxisberichte sowie Interviews zu aktuellen sozialpolitischen Themen. Die Zeitung ist eine Gemeinschaftsproduktion des kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt und des Arbeitslosenprogramms der Bremischen Evangelischen Kirche sowie des Vereins Arbeit und Zukunft e.V.

Angesichts der Vielfalt dieser unterschiedlichen Zeitungen und Magazine äußerten sich mehrere Gesprächspartnerinnen und -partner skeptisch bis ablehnend zu der Idee, eine Zeitung zur Umsetzung der Programme „WiN/Soziale Stadt“ auch mit Beiträgen der Stadtteilbevölkerung („Stadtteilzeitung von unten“) aufzulegen. Eine Ausnahme ist allerdings die geplante Quartierszeitung für das „Fokusgebiet“.

Darüber hinaus wird unter der Adresse [www.groepelingen.de](http://www.groepelingen.de) eine Internetseite mit Veranstaltungshinweisen, Adressverzeichnissen, Informationen aus den Bereichen Soziales, Kultur und Wirtschaft sowie Links zu Printmedien, Vereinen und anderen Websites angeboten, ohne jedoch Bezug auf die Programme „WiN/Soziale Stadt“ zu nehmen. Das vom Gröpelinger Marketing e.V. getragene Angebot wird auch für seine Imagekampagne für Gröpelingen genutzt (vgl. Kapitel 7.3). Auf der Homepage der Stadt Bremen ([www.bremen.de](http://www.bremen.de)) finden sich ebenfalls vielfältige Informationen zu Gröpelingen, allerdings auch hier ohne Hinweise auf die Programme der integrierten Stadtteilentwicklung oder den Modellgebietsstatus.

Anfang des Jahres 2001 wurde ein von der IG Handel, Handwerk und Gewerbe in Kooperation mit lokalen Geschäftsleuten, Gastronomen und Dienstleistenden erstellter

---

<sup>68</sup> *Kultur vor Ort e. V. (Hrsg.), Moje Weer, (1999), Nr. 8, S. 15.*

Branchenführer für Gröpelingen ins Internet gestellt. Auf dieser Seite präsentieren sich zudem Einrichtungen, Vereine und Initiativen.

Viele Projekte und Maßnahmen stellen sich mit eigenen Flyern und Informationsschriften dar, wobei von einigen Gesprächspartnerinnen und -partnern bemängelt worden ist, dass dieses Material nur selten in nichtdeutschen Sprachen – insbesondere in türkisch – angeboten wird.

Insgesamt kamen einige Interviewpartnerinnen und -partner zu dem Schluss, dass die Maßnahmen- und Projektlandschaft im Modellgebiet zwar sehr groß ist („Es gibt nichts, was es in Gröpelingen nichts gibt!“), allerdings vielen Bürgerinnen und Bürgern nicht ausreichend vermittelt wird. Daher sei eine intensivere gebietsbezogene Öffentlichkeitsarbeit dringend notwendig.

### **7.3 Außenorientierte Öffentlichkeitsarbeit**

Ähnlich wie bei der modellgebietsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit sind auch außenorientierte Ansätze einer Programmdarstellung „WiN/Soziale Stadt“ kaum erkennbar. Daher soll an dieser Stelle lediglich eine vom Gröpelingen-Marketing e.V. getragene Imagekampagne mit stark wirtschaftlichem Schwerpunkt erwähnt werden. Wichtiger Bestandteil dieser Kampagne war die Entwicklung des Slogans „Gröpelingen macht sich“, der heute auf Werbeflächen (unter anderem von Straßenbahnen), Werbeträgern und verschiedenen Medien erscheint (Flyer, Internetseite usw.). Außerdem wurden verschiedene Videos zum Stadtteil produziert; Kurzfilme, die im Rahmen der Imagekampagne entstanden sind, laufen im ersten Halbjahr 2002 als Vorfilme in Bremer Kinos („Gröpelingen – viel besser als man glaubt!“). Die Kampagne zeigt nach Auffassung aller Interviewpartnerinnen und -partnern bisher insgesamt gute Ansätze einer gebietsbezogenen „Corporate Identity“ im wirtschaftlichen Bereich.

## 8. Monitoring und Evaluation

Ein systematisches, strategisch ausgerichtetes und auf der gesamten Verwaltungsebene abgestimmtes Monitoring sowohl für die Gesamtstadt als auch für das Modellgebiet existiert nicht. Gleiches gilt für die Evaluation der Programmumsetzung „WiN/Soziale Stadt“ in den Programmgebieten.

Allerdings gibt es verschiedene Ansätze, die in Richtung Monitoring und Evaluation weiterentwickelt werden könnten; dazu gehören insbesondere:

### *Monitoring*

- In allen Stadtteilen Bremens wird regelmäßig auf Basis ausgewählter Sozialindikatoren (Bildungsbeteiligung, Erwerbs- und Einkommensverhältnisse, Identifikation der Bevölkerung mit ihrem jeweiligen Stadtteil, soziale Entmischung sowie Konfliktpotenziale) ein so genannter „Benachteiligungsindex“ ermittelt, um im gesamtstädtischen Vergleich Stadtteile mit besonderen Problemlagen identifizieren zu können. Der Index für Gröpelingen war eine Entscheidungsgrundlage für die Aufnahme dieses Gebiets in das kommunale Förderprogramm „WiN“.

### *Evaluation*

- Die Geschäftsführung „WiN/Soziale Stadt“ ist vom Senat der Stadt Bremen mit der Erarbeitung von Evaluationsstrategien für alle WiN-Gebiete beauftragt worden, die nach Auskunft des ASW unter anderem als Grundlage für die Programmfortführung und -modifikation nach 2004 dienen soll. Eine solche Evaluation soll zunächst in drei „WiN/Soziale Stadt“-Gebieten erfolgen, wofür ein externes Büro beauftragt wird.
- Eine weitere Evaluation soll im Rahmen der Umsetzung der EU-Gemeinschaftsinitiative URBAN I stattfinden.
- Ein erster Baustein für eine Evaluation der Belegungspolitik in Bremen erfolgte zum Zeitpunkt der Berichterstattung mit einer Untersuchung zur Belegungsstrategie zunächst im Stadtteil Gröpelingen.
- Die Polizei des Landes Bremen führt regelmäßige stadtteilbezogene Bürgerbefragungen zur inneren Sicherheit und Kriminalität durch, in denen unter anderem auch Fragestellungen zur Wohnzufriedenheit, Veränderung von Wohn- und Lebensqualität, Sicherheitsgefühl sowie den drängendsten Problemen im Stadtteil berücksichtigt werden.
- Als Bestandteil einer Evaluation kann auch das Berichtswesen zum Stand der Sanierung und Programmumsetzung „WiN/Soziale Stadt“ betrachtet werden: jährlicher Sanierungsbericht des Sanierungsträgers, Bericht zum Umsetzungsstand „WiN/Soziale Stadt“ an die Bremer Bürgerschaft (in Arbeit), Bericht des „lokalen Managements“ Gröpelingen (geplant). Diese Berichte werden durch regelmäßige Auswertungen der WiN-Anträge nach Handlungsfeldern ergänzt.

- Laut Geschäftsführung „Win/Soziale Stadt“ ist außerdem die Einführung eines über die Erstellung von Verwendungsnachweisen hinausgehenden Berichtswesens auch auf Projektebene geplant, um detaillierte Informationen zum Zielerreichungsgrad der jeweiligen Maßnahme oder der Erreichbarkeit von Zielgruppen zu erhalten.
- Im Rahmen des im Jahr 2001 vom Bundesministerium für Forschung und Bildung gegründeten Forschungsverbunds „EVALO – Eröffnung von Anpassungsfähigkeit lebendiger Orte“ werden bundesweit bis Mitte 2004 kleinteilige Kommunikationsprozesse in fünf Stadtteilen untersucht; einer dieser Stadtteile ist Gröpelingen. Ein Untersuchungsschwerpunkt ist hier die Frage, auf welche Weise informelle Bildungsprozesse, die unter anderem im Rahmen verschiedener Maßnahmen und Projekte unterstützt worden sind, bei der Bewältigung von Veränderungsdrücken eine Rolle spielen<sup>69</sup>.

Angesichts der aus einer Vielzahl unterschiedlichster Maßnahmen bestehenden „Projektlandschaft“ im Modellgebiet kann vermutet werden, dass es aufgrund ebenso vielfältiger kleinteiliger Veränderungen auf der jeweiligen Projektebene insgesamt bereits zu einer positiven Gebietsentwicklung gekommen ist. Allerdings können dazu bisher kaum belegbare Aussagen getroffen werden, weshalb die Entwicklung und der Einsatz geeigneter Evaluationsverfahren umso dringlicher erscheinen.

---

<sup>69</sup> *Zukunftsverträgliches Wohnen in Stadt und Region*, Forschungsbericht des BMBF, [www.wohnzukunft.de](http://www.wohnzukunft.de).

## 9. Umsetzung des Programms „Soziale Stadt“ im Modellgebiet: Einschätzungen und Empfehlungen der PvO

Nicht nur im Rahmen der Programmumsetzung „WiN/Soziale Stadt“, sondern auch für die Durchführung der zahlreichen anderen Förderprogramme, die zur Gebietsentwicklung Gröpelingens beitragen sollen, wurden und werden unterschiedliche Gremien geschaffen, Konzepte entwickelt, Instrumente erprobt sowie vielfältige Maßnahmen und Projekte durchgeführt. Der Umsetzungsprozess „Soziale Stadt“, dessen Beschreibung Gegenstand des vorliegenden Endberichts ist, soll an dieser Stelle noch einmal kritisch eingeschätzt und um Anregungen der PvO ergänzt werden.

### 9.1 Integriertes Handlungskonzept und Entwicklungsziele

Für die Programmumsetzung „Soziale Stadt“ im Modellgebiet Gröpelingen ist bisher kein Integriertes Handlungskonzept im Sinne eines strategischen, zugleich „top down“ und „bottom up“ entwickelten Instruments erarbeitet worden, das als „Dach“ für alle Förderprogramme, den damit verbundenen Mitteleinsatz sowie Einzelmaßnahmen und -projekte dienen kann. Das stattdessen zu Grunde liegende Handlungsprogramm WiN ersetzt ein solches Integriertes Handlungskonzept nur bedingt, da es sich auf alle WiN-Programmgebiete gleichzeitig bezieht, daher nur eingeschränkt strategische Ziele für das individuelle Modellgebiet enthält und zudem rein „top down“ entwickelt worden ist. Die wenigen für Gröpelingen dargestellten „Handlungsschwerpunkte“ (vgl. Kapitel 3.4) decken nach Einschätzung der PvO außerdem nicht alle für eine integrierte Stadtteilentwicklung relevante Handlungsfelder<sup>70</sup> ab.

Das Handlungsprogramm WiN beinhaltet darüber hinaus keine Prioritätensetzung für Maßnahmen und Projekte – beispielsweise durch die Formulierung von „Schlüsselprojekten“ –, sowie keine verbindliche Zeitplanung für die Erreichung zuvor definierter Ziele. Beides wären Bestandteile eines Integrierten Handlungskonzeptes. Außerdem sieht das jetzige Handlungsprogramm keine Möglichkeiten für eine dynamische Weiterentwicklung und Präzisierung von Zielen und Maßnahmen im Sinne von Rückkopplung und Fortschreibung vor. Damit existiert für das Modellgebiet kein Instrument zur präventiven und proaktiven Identifikation notwendiger Maßnahmen und Projekte durch die Verwaltung. Die Bewilligung von Projektanträgen erfolgt in starkem Maße reaktiv und erscheint daher teilweise beliebig. Sie folgt allerdings dem Prinzip des Programms WiN, die Entscheidung über Projekte den Bewohnerinnen und Bewohnern vor Ort zu überlassen, wie ein Vertreter des Sozialressorts ausführte.

Aus Sicht der PvO ist es trotz bisheriger Umsetzungserfolge der verschiedenen im Modellgebiet eingesetzten Förderprogramme notwendig, ein Integriertes Handlungskonzept für Gröpelingen zu entwickeln. Damit könnte der mit dem Auslaufen von URBAN I und der Stadtsanierung verbundene Rückgang von Fördermitteln durch eine strategisch ver-

---

70 Zentrale Handlungsfelder integrierter Stadtteilentwicklung sind nach Auffassung des Difu: Beschäftigung; Qualifizierung und Ausbildung; Wertschöpfung im Gebiet; soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur; Schulen und Bildung im Stadtteil; Gesundheit; Umwelt; Stadtkultur; Sport und Freizeit; Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen im Stadtteil; lokaler Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft; Wohnumfeld und öffentlicher Raum; Verkehr; Befähigung, Artikulation und politische Partizipation; Image und Öffentlichkeitsarbeit sowie Prozess- und Ergebnisevaluation, Monitoring.

besserte Vergabepolitik der verbleibenden Ressourcen zumindest teilweise kompensiert werden. Außerdem wachsen dadurch die Möglichkeiten, Probleme im Gebiet effizienter zu lösen sowie Planungs-, Verfahrens- und Ergebnistransparenz für alle involvierten Akteure herzustellen und sie am Gesamtprozess zu beteiligen. Schließlich kann das Zusammenführen von Akteuren, Projekten und Maßnahmen auf Basis eines formalisierten und transparenten Verfahrens die Identifizierung von Möglichkeiten zur Durchführung von Mehrzielprojekten – unter anderem durch Kopplung von kommunalen baulichen/städtebaulichen Maßnahmen mit solchen zur Qualifizierung und Beschäftigung – erleichtern. Ein solches Integriertes Konzept würde – anders als in der jetzigen Situation – nicht mehr nur zu großen Teilen „in den Köpfen“ der Verwaltung existieren.

Der Ansatz eines Integrierten Handlungskonzeptes für Gröpelingen lag bereits 1990 vor. Dieser Entwurf könnte wieder aufgegriffen, unter Beteiligung aller relevanten lokalen und lokal wirksamen Akteure weiterentwickelt sowie in Richtung heutiger Ansprüche qualifiziert werden, zu denen unter anderem auch Überlegungen zu Monitoring und Evaluation gehören. Nach Einschätzung der PvO ist hierfür jedoch zunächst eine problemorientierte Aktualisierung der Bestandsanalyse notwendig.

## 9.2 Bündelung der Ressourcen

Für das Modellgebiet müssen drei Bündelungsebenen unterschieden werden: die Bündelung aller hier zum Einsatz kommenden Fördermittel, die Bündelungseffekte innerhalb und mit den Programmen „WiN/Soziale Stadt“ sowie die Mittelbündelung auf der Projektebene.

Trotz der Tatsache, dass es für Gröpelingen kein Integriertes Handlungskonzept gibt, wodurch auch eine übergeordnete strategische „Klammer“ für die hier zum Einsatz kommenden Förderprogramme fehlt, findet dennoch eine Bündelung des Mitteleinsatzes im Modellgebiet vor allem im Rahmen von Gremienarbeit der Programmverantwortlichen statt. Ein weiterer Bündelungseffekt entsteht dadurch, dass die Bremische Gesellschaft zugleich für die drei großen Programme Stadtsanierung Lindenhof, URBAN I sowie das „Sofortprogramm Innenstadt und Nebenzentren“ treuhänderisch zuständig war/ist und damit in „Personalunion“ die Kopplung investiver mit nichtinvestiven Maßnahmen aus unterschiedlichen Fördertöpfen steuern konnte und kann. Auch konnten durch diese Bündelungsarbeit einige Maßnahmen und Projekte nach Auslaufen von URBAN I aus dem „Sofortprogramm Innenstadt und Nebenzentren“ weiter finanziert werden.

Bündelung im Sinne des Programms „Soziale Stadt“ findet vor allem auf der Programmebene von WiN statt (vgl. Kapitel 4.3), wobei im Vergleich zu vielen anderen am Programm teilnehmenden Kommunen insbesondere die Bremer Praxis der Mittelbereitstellung verschiedener Ressorts vor Beschluss des Gesamthaushaltes als richtungweisend bezeichnet werden kann. Als problematisch wird von der PvO jedoch die *inhaltliche* Steuerung dieses Bündelungsansatzes gesehen: Vor dem Hintergrund des Fehlens eines Integrierten Handlungskonzeptes und somit einer gebietsbezogenen Strategie zum Mitteleinsatz lassen sich keine Vergabeprioritäten erkennen; einige Interviewpartner/innen sprachen in diesem Zusammenhang von einem „Gießkannenprinzip“. Zusätzlich fehlt eine effektive Wirkungskontrolle des Mitteleinsatzes, da unter anderem keine eindeutigen Ziele für eine integrierte Gebietsentwicklung formuliert worden sind.

Gebündelte WiN-Mittel tragen zu maximal 50 Prozent zur Finanzierung von Maßnahmen und Projekten bei („Ergänzungsfinanzierung“). Die andere Hälfte („Grundfinanzierung“) muss von den jeweiligen Projektträgern aufgebracht werden, wozu nochmals eigenständige Akquisitions- und Bündelungsleistungen notwendig sind. Einige Gesprächspartner/innen forderten für diese Aufgabe bessere Informations- und Unterstützungsleistungen als bisher.

Aus Sicht der PvO bietet sich nach Auslaufen der ersten Förderperiode von WiN im Jahr 2004 die Chance, dieses Programm in Richtung eines kommunalen Leitprogramms analog Programmgrundsatz „Soziale Stadt“ zu entwickeln. Dies kann nicht nur die Integration aller anderen im Modellgebiet zum Einsatz kommenden Förderungsprogramme sowie privater Mittel verbessern, sondern auch eine noch stringenterer Ausrichtung auch außerhalb von WiN eingesetzter kommunaler Ressortmittel ermöglichen.

### 9.3 Management und Organisation

Für die Umsetzung von WiN und anderen Programmen im Modellgebiet sind auf Verwaltungsebene und in Gröpelingen verschiedene Organisations- und Managementeinheiten eingerichtet worden (unter anderem ressortübergreifende Arbeitsgruppe „WiN/Soziale Stadt“, Steuerungsrunde „WiN/Soziale Stadt“, Geschäftsführung „WiN/Soziale Stadt“, lokales Forum und „lokales Management“ im „Fokusgebiet“)

Die ressortübergreifende Arbeitsgruppe unter Leitung der Geschäftsführung „WiN/Soziale Stadt“ konzentriert sich derzeit vorrangig auf Verfahrensfragen der Programmabwicklung und auf die Entscheidung über einzelne WiN-Förderanträge aus allen Programmgebieten. Aus der PvO-Perspektive stellt es sich dabei als problematisch dar, dass eine inhaltliche und strategische Steuerung der Programmumsetzung für jedes einzelne Gebiet bisher ausbleibt. Die gleichzeitige Betreuung von zehn Programmgebieten scheint darüber hinaus die vergleichsweise wenigen Mitarbeiter/innen der Geschäftsführung in Teilen zeitlich zu überfordern, zumal sie auch noch andere Aufgaben in den Ämtern wahrnehmen. Daher ist es fraglich, ob die Geschäftsführung ihrer Aufgabe gerecht werden kann, Anlaufstelle für die lokale Ebene aller 10 WiN-Gebiete sowie für verschiedene lokal wirksame Akteure zu sein. Es wird deutlich, dass die komplexen Steuerungsaufgaben der Prozesse vor Ort nur mit mehreren dezidierten Gebietsbeauftragten auf Verwaltungsebene zu gewährleisten sind.

Im intermediären Bereich ist bisher kein Informations- und Beteiligungsgremium für alle lokalen und lokal wirksamen Akteure des Modellgebiets eingerichtet worden („Stadtteilkonferenz“, „Stadtteilforum“ usw.). Ein solches Forum erscheint aber aus Sicht der PvO und vieler seiner Gesprächspartner/innen angesichts der großen Zahl unterschiedlicher im Gebiet agierender Träger, Institutionen, Organisationen und Vereine sowie einer vielfältigen „Projekt- und Gremienlandschaft“ dringend notwendig. Wenngleich einige Institutionen Teilfunktionen dieser intermediären Arbeit übernehmen (vgl. Kapitel 5.3), erscheint dies nach Auffassung der PvO generell und auf lange Sicht als unzureichend.

Auf der Quartiersebene des „Fokusgebiets“ sind Anfang 2002 ein „lokales Management“ und ein „lokales Forum“ eingerichtet worden. Damit werden zwei zentrale Forderungen des Programms „Soziale Stadt“ – „Aktivierung der Quartiersbevölkerung“ und „Erprobung

neuer Management- und Organisationsformen“ – im Modellgebiet erfüllt. Das bisherige Ungleichgewicht der Management- und Organisationsstrukturen zugunsten der Steuerungsebene wird durch diese Stärkung der lokalen Handlungsebene ausgeglichen. Da die Mitarbeiter des „lokalen Managements“ bereits seit langer Zeit vor Ort arbeiten, kann ihre Arbeit zudem auf bereits vorhandenen Strukturen aufbauen und an erste Erfolge direkt anknüpfen.

Aus Sicht der PvO erscheint es fraglich, ob das mit der Projekt- und Akteursvernetzung im intermediären Bereich beauftragte „lokale Management“ – entgegen vielfältiger positiver Erfahrungen in anderen Bremer WiN-Gebieten – angesichts seiner vielfältigen originären Aufgaben diese zusätzliche Arbeit leisten können, ohne damit überfordert zu werden.

#### 9.4 Aktivierung und Beteiligung/Öffentlichkeitsarbeit

Beteiligungsstrukturen auf Modellgebietsebene – etwa in Form von „Stadtteilkonferenzen“ – sind in Gröpelingen bisher nicht eingerichtet worden. Dies ist aber sowohl aus Sicht mehrerer Interviewpartner und -partnerinnen als auch nach Einschätzung der PvO dringend notwendig, um Transparenz über Entwicklungsziele und -maßnahmen herzustellen sowie damit zusammenhängende Konkurrenz zwischen Projektträgern zu reduzieren. Die Delegation dieser auf das gesamte Modellgebiet bezogenen Funktion an das „lokale Forum“ im „Fokusgebiet“ erscheint erstens als Überforderung dieses sehr quartiersbezogenen Gremiums und zweitens als Überlastung seiner ebenfalls eher an der unmittelbaren „Nachbarschaft“ orientierten Teilnehmer/innen.

Zahlreiche Aktivierungstechniken werden im Rahmen der unterschiedlichsten Projekte im Modellgebiet eingesetzt (vgl. Kapitel 3.4 und 6.2). Dabei sind nach Auffassung mehrerer Gesprächspartnerinnen und -partner allerdings sowohl eine Intensivierung aufsuchender Ansätze (Stichwort „Umsteuerungsstrategie“) – unter anderem zur Verbesserung der Erreichbarkeit von Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund – als auch insgesamt eine bessere Abstimmung sämtlicher Aktivierungsmaßnahmen aufeinander notwendig (Vernetzung im intermediären Bereich).

Schließlich scheint die Einrichtung eines Verfügungsfonds, wie er in anderen WiN-Gebieten besteht, als vielleicht wichtigster Baustein für die Intensivierung der Aktivierungsanstrengungen sinnvoll zu sein. Für die Handhabung eines solchen Budgets durch lokale Akteure auf Modellgebietsebene ist allerdings wiederum die Einrichtung eines Beteiligungsgremiums im intermediären Bereich („Stadtteilkonferenz“) Voraussetzung. Eine Alternative im Sinne eines „ersten Schritts“ ist die Einrichtung eines Verfügungsfonds für das „lokale Forum“.

Insgesamt hätte ein Verfügungsfonds im und/oder für das Modellgebiet mehrere Effekte:

- Die Entscheidung über die Vergabe von vor Ort einzusetzenden Mitteln ist attraktiver als reine „Gesprächsrunden“ ohne Entscheidungsmöglichkeiten; die Motivation zur Beteiligung wird damit größer.

- Auf Basis des gesamten Modellgebietes kann die Mittelkonzentration auf das „Fokusgebiet“ legitimiert werden, ohne dass es zu isolierten Entwicklungen im Bereich Stuhmer Straße kommt.
- Die damit verbundene Dezentralisierung von Macht und Ressourcen öffnet neue Entscheidungsmöglichkeiten direkt vor Ort und kann einen Beitrag zum Aufbau selbsttragender Strukturen im Gebiet darstellen.

Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit erscheint – analog zur geforderten Vernetzung von Projekten, Beteiligungsmöglichkeiten und Aktivierungsansätzen im Modellgebiet – ein abgestimmteres Vorgehen auf Basis eines auch dafür integrierten Konzeptes, das für die Programmumsetzung „WiN/Soziale Stadt“ entwickelt werden müsste, nicht nur sinnvoll, sondern notwendig.

### **9.5 Veränderungen im Modellgebiet aufgrund der Maßnahmen „WiN/Soziale Stadt“**

Generelle Veränderungen im Modellgebiet als Ergebnisse der Programmumsetzung „WiN/Soziale Stadt“ können aufgrund der kurzen Laufzeiten beider Programme seit Ende 1999 bisher noch nicht identifiziert werden. Allerdings bauen sie auf den positiven Wirkungen bereits abgeschlossener Maßnahmen aus anderen Programmen auf, wobei insbesondere städtebauliche Effekte zu nennen sind: „Die ‚depressive‘ Stimmung, die noch 1990 im Stadtteil vorgeherrscht hatte, ist mittlerweile einer allgemein optimistischeren Einschätzung gewichen“, so eine Gesprächspartnerin im Interview.

Da diese positiven Effekte allerdings nur in Teilbereichen des Modellgebiets beobachtet werden konnten (u.a. im Sanierungsgebiet Lindenhof), andere Quartiere jedoch „in Vergessenheit“ zu geraten schienen, ist zur weiteren Programmumsetzung „WiN/Soziale Stadt“ eine Mittelfokussierung auf besonders benachteiligte Teilgebiete Gröpelingens beschlossen worden. Da mit der verstärkten Maßnahmenumsetzung in diesem Gebiet erst Ende des Jahres 2001 begonnen wurde, lassen sich zum Zeitpunkt der Endberichterstellung keinerlei Aussagen zu Veränderungen in diesem Bereich treffen.

### **9.6 Tragfähigkeit der aufgebauten Strukturen im Modellgebiet**

Über die Tragfähigkeit von im Rahmen der Programmumsetzung „WiN/Soziale Stadt“ aufgebauten Strukturen im Modellgebiet lassen sich zum Zeitpunkt der Endberichterstellung aufgrund der oben genannten Gründe ebenfalls keine Aussagen treffen.

Gegenwärtig kann aus Sicht der PvO lediglich die Frage gestellt werden, ob die große Abhängigkeit der Gebietsentwicklung von zahlreichen öffentlichen Förderprogrammen in naher Zukunft überwunden werden kann.

### **9.7 Bedeutung des Modellgebiets für die Gesamtstadt**

Das Modellgebiet hat – aus der Perspektive der „Kerngesellschaft“ betrachtet – insgesamt eine eher untergeordnete Bedeutung für die Gesamtstadt. Hier gibt es keine nennenswerte Zahl von Arbeitsplätzen. Herausragende architektonische oder kulturelle Besonderheiten

ten beschränken sich auf die Gröpelinger Bibliothek, die „Torhäuser“ sowie Aktivitäten des „Kultur vor Ort e.V.“. Das kulturelle Veranstaltungsangebot im Modellgebiet ist für die Gesamtstadt eher unbedeutend.

Eine wichtige Rolle spielt das Modellgebiet eher in „unspektakulärer“ Hinsicht: Es ist der wichtigste Wohnstandort für Haushalte mit Migrationshintergrund (insbesondere für die türkische Bevölkerung Bremens), bietet vergleichsweise günstigen Wohnraum und ist der traditionelle Arbeiterstadtteil der ehemaligen „AG Weser“ mit seinen für große Bevölkerungsteile noch immer wichtigen Identifikationsmöglichkeiten.

Ob – und wenn ja: in welche Richtung – sich die Bedeutung Gröpelingens nach Eröffnung des „Space Parks“ ändern wird, ist zum Zeitpunkt der Endberichterstellung nicht absehbar.

## Literatur

- Amt für Soziale Dienste, Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH, Recyclingbörse, team2 (Hrsg.)*, Gröpelingen macht sich, Informationsheft zur Auftaktveranstaltung am 16.1.2001, Bremen 2001.
- AWO Bremen, Interkulturelles Stadtteil-Management (Hrsg.)*, Jugendliche in Gröpelingen. Angebote und Erwartungen. Bestandsaufnahme des Interkulturellen Stadtteil-Managements 2000 – ein Projekt der AWO Bremen, Bremen, März 2001.
- Bitter, Achim, u.a.*, Über Räume. Künstler reagieren auf den Wandel im Stadtteil Bremen-Gröpelingen, Bremen 2001.
- Bremer Verein für Jugendhilfe & Soziale Arbeit e.V.*, Antrag auf Fördermittel einer Ergänzungsförderung aus Globalmitteln „Wohnen in Nachbarschaften“, April 1999.
- Bremische Bürgerschaft*, Mitteilung des Senats vom 18.4.2000, Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln.
- Bremische Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft*. 14. Wahlperiode, Mitteilung des Senats vom 8.12.1998: Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln, Drucksache 14/708 S, 9.12.1998, Anlage 2: Handlungsprogramm: „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“.
- Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH mit Unterstützung von Kultur vor Ort e.V. (Hrsg.)*, Kultur und wirtschaftliche Entwicklung in benachteiligten Stadtteilen. Culture and economical development in deprived areas. Tagungsbericht der europäischen Konferenz, 14./15.6.2001, Lichthaus Bremen, Deutschland, Bremen 2002.
- Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH (Hrsg.)*, DAS MAGAZIN, Bremen, Juli 2000.
- Bremische Gesellschaft für Stadterneuerung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau mbH, Kultur vor Ort e.V. (Hrsg.)*, unterstützt von Senator für Bau und Umweltschutz, Senator für Wirtschaft und Häfen, Senator für Inneres, Kultur und Sport, Gemeinschaftsinitiative URBAN der Europäischen Union, 13 x Gröpelingen. Streifzüge durch einen Stadtteil im Aufbruch, Bremen 2000.
- Deutscher Städtetag (Hrsg.)*, Europa NEWS Nr. 4 vom 9.3.2001.
- Freie Hansestadt Bremen, Amt für Soziale Dienste (West) (Hrsg.)*, Förderung von Selbsthilfekompetenz im Stadtteil Gröpelingen. Ein Konzept des Amtes für Soziale Dienste, Wirtschaftliche Hilfen Gröpelingen, Gemeinschaftshaus Stuhmer Straße, Bremen, August 2000.
- Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Abt. Erwachsene*, Wohnungspolitik, Unterbringung und Betreuung in Normalwohnraum und Szenarien für die Zukunft: Wegfall vs. Erhalt und Ausbau (mit Kostenberechnungen), Bremen, 3.3.2000.
- Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Bau und Umwelt*, Bericht der Verwaltung für die Deputation für Bau (Stadt) – „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“, Einsatz der Bundesfinanzhilfen und Komplementärmittel der Gemeinde, Bremen Juli 2000.
- Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Bau und Umwelt, Bernd Bluhm (Verf.)*, „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“, Ein Praxisbeispiel, Papier wurde verteilt auf der 75. Sitzung der Fachkommission „Stadtplanung“ des Deutschen Städtetages am 26./27.4.2001 in Erfurt.
- Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Bau und Umwelt*, Deputationsvorlage (15/70) „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die soziale Stadt“ Gebietsabgrenzungen, Bremen, 21.10.1999.
- Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Bau und Umwelt, Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales*, Handlungsprogramm „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“. Grundlagen, Organisationsstrukturen und Arbeitsweisen. Erste Einschätzung und Bewertung zur Anlaufphase des Programms 99, Bremen, 12.8.1999.

- Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Bau und Umwelt*, Vorlage für die Sitzung des Senats am 20.3.2001 „Absicherung von Integrationsprojekten in WiN – Gebieten“ /Anfrage für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft.
- Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung – Referat Öffentlichkeitsarbeit*, Pressemitteilung: Wohnen in Bremen geWiNnt, Senat beschließt Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ (WiN), Bremen, 14.7.1998.
- Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Bau, Verkehr und Stadtentwicklung*, Stadtentwicklungskonzept Bremen, Bremen 1999.
- Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für das Bauwesen*, Flächennutzungsplan Bremen 1983, Bremen 1983. Freie Hansestadt Bremen, Planungsamt, Flächennutzung in der Stadt Bremen, Der Flächennutzungsplan, Bremen 1995.
- Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Wirtschaft und Häfen*, Das Sofortprogramm Nebenzentren, Bremen, 19.4.2001.
- Freie Hansestadt Bremen, Der Senator für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten (Hrsg.)*, Richtig investieren: Gründerzeit in Gröpelingen, Bremen, 1999 (Faltblatt).
- Freie Hansestadt Bremen, Planungsamt*, Konzept zur weiteren Entwicklung des Stadtteils Gröpelingen, Bremen, Stand: 19.9.1990 (unveröffentlicht).
- Freie Hansestadt Bremen, Polizei Bremen*, Bürgerbefragung zur inneren Sicherheit, Grundauserwertung Gröpelingen, Bremen 2001.
- FSTJ-Gröpelingen, Zentrum für Schule und Beruf (Hrsg.)* Zwischen Schule und Arbeitswelt. Freiwilliges Soziales Trainingsjahr Bremen-Gröpelingen, Bremen 2000 (Faltblatt).
- Grundschule Auf den Heuen*, Antrag auf Fördermittel einer Ergänzungsfinanzierung aus Globalmitteln „Wohnen in Nachbarschaften“ vom Juni 1999.
- „Immer noch kein „Ankermieter“. Für das Shopping Center im „Space Park“ wird es langsam eng/„Wir sind nervös“, in: *Weser-Kurier*, 6.12.2001.
- Kenntnisnahmevorlage „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf – die soziale Stadt“ für die Deputation für das Bauwesen*, Bremen, 1999.
- Kultur vor Ort e. V. (Hrsg.)*, Gröpelingen macht sich...und was machen Sie?, Bremen, 2000 (Faltblatt).
- Kultur vor Ort e. V. (Hrsg.)*, Moje Weer, Nr. 8 (1999).
- Kulturwerkstatt westend*, Antrag auf Fördermittel aus dem Programm „Wohnen in Nachbarschaften“, Oktober 2000.
- Lammek, Kurt*, Baudenkmale in der Freien Hansestadt Bremen, Stadtteil Gröpelingen, Fischerhude 1982.
- Mitteilung des Senats vom 8.12.1998 „Wohnen in Nachbarschaften (WiN) – Stadtteile für die Zukunft entwickeln“, Drucksache 14/708 S der Bremischen Bürgerschaft vom 9.12.1998.
- „Momentaufnahme: Der Space-Park und seine Entwicklung aus Sicht des Betreibers. Die Zukunft beginnt in wenigen Monaten“, in: *DER AUFBAU*, H. 2, (2001), S. 31, 32.
- Protokoll der 24. Sitzung der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe* am 19.2.2002.
- RAZ-Team (Hrsg.)*, Kooperationsstelle Jugendarbeitslosigkeit im Landesjugendpfarramt: Eva Dumendiak, forum kirche, Bremen, RAZ – Ran an die Zukunft. Berufsorientierung als Lebensplanung. Ein Konzept für ein langfristiges Beratungsangebot für Jugendliche zwischen Schule und Beruf, 23-seitige Informationsbroschüre, Bremen 1998.
- Sinning, Heidi und Ansgar Wimmer (Hrsg.)*, Bürgerorientierte Kommunen in Deutschland – ein Wegweiser. Projektdokumentation. Band 2: Kurzporträts aus der ersten Wettbewerbsphase, Gütersloh 2000.
- Statistisches Landesamt Bremen*, Empirische Information. Schwerpunkt Stadtteil Gröpelingen, Bremen, März 2001.

*Stiftung Wohnliche Stadt (Hrsg.)*, Glück für zwei Städte. 15 Jahre Stiftung Wohnliche Stadt Bremen 1980-1995, Bremen 1995.

*Täter-Opfer-Ausgleich Bremen im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus e.V.*, Antrag auf Fördermittel einer Ergänzungsfinanzierung aus dem Programm „Wohnen in Nachbarschaften“, Oktober 2001.

*team 2, Diana Lemmen, Renate Viets, Britta Rösener (Verfasserinnen)*, Zwischenbericht Gröpelingen (Entwurf), Bremen, April 2000.

*Voigt, Wolfgang*, Das Bremer Haus. Wohnungsreform und Städtebau in Bremen 1880-1940, Hamburg 1992.